Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Harold Rasch
Um Deutschlands Zukunft

Friedhelm Baukloh
Wählerwille und Parteien

Egbert Hoehl
„Glorreiche Tradition und nationale Erneuerung" — Spanien und der Falangismus (I)

Dr. Fritz Köhler
Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34

Prof. Dr. Wilmont Haacke
Zur Nachkriegsentwicklung der deutschen Presse

Sven G. Papcke
Wird die Bundesrepublik vom Neofaschismus unterwandert?

Einzelheft 3,- DM XI. Jahrgang August 8 1966
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,- DM
G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Juli 1966 661

Kommentare und Berichte

Parteifinanzen (Hanns-Jochen Hauß) 664

Holländisches Gutachten zur Proliferations-Frage (Dr. Fenna van den Burg, Groningen) 667

Prof. Dr. Harold Rasch, Um Deutschlands Zukunft 672

Friedhelm Baukloh, Wählerwille und Parteien 680

Egbert Hoehl, „Glorreiche Tradition und nationale Erneuerung" — Spanien und der Falangismus (I) 686

Dr. Fritz Köhler, Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34 696

Prof. Dr. Wilmont Haacke, Zur Nachkriegsentwicklung der deutschen Presse 707

Sven G. Papcke, Wird die Bundesrepublik vom Neofaschismus unterwandert? — Zu einem Buch von Heinz Brüdigam 714

Walther Müller-Jentsch, Stilwandel der Autoritätsausübung im Betrieb 723

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Großkopf als Erzieher (L. R.) 730

„Generationenwechsel" (Sebastian Haffner) 730

Bücher

Helmut Ridder, Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbotes (Helmut R. Külz) 734

Heinrich Siegler, Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit (H. H.) 737

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 741

Fernseh-Spalte

NDR(fahrungen) (E. H. Wahl) 742

Die politische Satire

Konsequenzen (Dietrich Kittner) 743

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (III) 744

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Antwort der schwedischen Regierung auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 748

Treiben Bundesbehörden strafbaren Verfassungsverrat? — Strafanzeige des Vorstandes der Humanistischen Union wegen Verdachts eines Verbrechens nach § 89 StGB 750

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | August 1966 | Heft 8

Chronik des Monats Juli 1966

1. 7. — Großbritannien. Die Regierung veröffentlicht einen Gesetzentwurf über die Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie, der die 14 größten Stahlproduzenten betrifft, die zusammen mit den schon in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen mehr als 90 Prozent des Roheisens und Rohstahls des Landes erzeugen. Das Gesetz regelt die Entschädigung der privaten Eigentümer. — Am 4. 7. legt das Kabinett ein neues „Gesetz über Preise und Einkommen" vor. Aus Protest gegen den darin u. a. vorgesehenen partiellen Lohnstop demissioniert der Minister für Technologie Frank Cousins und übernimmt wieder das Amt des Generalsekretärs der einflußreichen Transportarbeitergewerkschaft. — Am 19. 7. gibt der Premierminister im Unterhaus weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung der Inflationsgefahr bekannt. Neben einem sechsmonatigen Lohn- und Preisstop werden die Ratenkäufe eingeschränkt, zahlreiche Verbrauchssteuern erhöht und eine Kürzung der Staatsausgaben (darunter des Militäretats) verordnet.

— Jugoslawien. Vor dem Plenum des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten (BdKJ), das auf der Adriainsel Brioni tagt, legt der Vizepräsident der Republik, Aleksandar Ranković, seine Staats- und Parteifunktionen nieder. Innenminister Stefanović verliert seinen Sitz im Zentralkomitee und wird aus dem BdKJ und später auch aus der Regierung ausgeschlossen. In dem Bericht einer Untersuchungskommission werden beide Politiker für gesetzwidrige Handlungen und „Erscheinungen des Mißbrauchs in den Staatssicherheitsorganen" verantwortlich gemacht.

2. 7. — Kernwaffen. Auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik beginnt Frankreich, das den Moskauer Teststop-Vertrag von 1963 nicht unterzeichnet hat, eine neue Serie oberirdischer Kernwaffenversuche. — Am 4. 7. kündigt General Pierre Billotte die baldige Explosion der ersten französischen Wasserstoffbombe an.

3. 7. — SPD/SED. Das Organ der Sozialistischen Einheitspartei, „Neues Deutschland", ruft in einem „Offenen Wort" die Funktionäre und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf, den begonnenen Meinungsaustausch fortzusetzen. Auch der Staatsratsvorsitzende Ulbricht und DDR-Ministerpräsident Stoph befürworten

in Ansprachen auf der Ostseewoche in Rostock den weiteren „Dialog". — Am 14. 7. legen der SPD-Vorsitzende Brandt und seine beiden Stellvertreter Wehner und Erler im westdeutschen Fernsehen die „Grundzüge" der für die Veranstaltungen in Karl-Marx-Stadt geplanten Reden dar.

4. 7. — Berlin. Die Bundesregierung verhindert durch ihren Einspruch die Unterzeichnung des von Senat und DDR-Regierung paraphierten und von den drei westalliierten Stadtkommandanten schon gebilligten Protokolls über die Weiterführung der seit dem 1. Juli geschlossenen Passierscheinstelle für Härtefälle. Zwischen Senat und Bundesregierung kommt es zu einer öffentlichen Kontroverse. — Am 29. 7. lehnt DDR-Staatssekretär Kohl die Entgegennahme einer von der Bundesregierung geforderten einseitigen Erklärung von Senatsrat Korber zu dem schon vereinbarten unterschriftsreifen Protokollentwurf ab.

4.—7. 7. — Warschauer Pakt. In Bukarest treten die Partei- und Regierungschefs sowie die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten zu einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation zusammen. In einer „Erklärung zur Aggression der USA in Vietnam" werten die Teilnehmer „die Bombenangriffe auf die Vorstädte von Hanoi und den Hafen Haiphong, die am dichtesten besiedelten Gebiete Nordvietnams, als eine neue, noch gefährlichere Phase der amerikanischen Politik der ‚Eskalation' des Krieges" und bekunden „ihre Bereitschaft, falls die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam die Bitte äußern sollte, ihren Freiwilligen zu ermöglichen, nach Vietnam zu gehen". In einer „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa" werden „Maßnahmen zur Minderung vor allem der militärischen Spannung" befürwortet: „Ein radikales Mittel dazu wäre die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse, und die heutige Lage macht das möglich." Von Bedeutung seien auch Teilmaßnahmen, so die Beseitigung fremder Militärstützpunkte und die Verminderung der Streitkräfte beider deutscher Staaten „in vereinbartem Umfang und zu vereinbarten Fristen und ihr Verzicht auf Kernwaffen". Jedes konstruktive Herangehen an die deutsche Frage „wie auch an andere Aspekte der Sicherheit in Europa" müsse die Realitäten berücksichtigen. Der Weg zur Wiedervereinigung führe „über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen".

6. 7. — Vietnam. Auf einer Pressekonferenz in Genf äußert UN-Generalsekretär U-Thant, er habe auf seine Friedensvorschläge für Vietnam bisher keine positive Antwort erhalten. Diese Vorschläge seien: Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam; Reduzierung der Kampfhandlungen in Südvietnam; Diskussion mit allen am Krieg beteiligten Parteien (also auch mit der Südvietnamesischen Befreiungsfront). Bei dem Konflikt handele es sich weder um eine Aggresion aus dem Norden noch um einen einfachen Bürgerkrieg, sondern um einen „Kampf um die nationale Unabhängigkeit." — Am 7. 7. unternimmt die indische Ministerpräsidentin Frau Indira Gandhi einen Versuch zur Wiedereinberufung der Genfer Indochinakonferenz von 1954. Die Konferenz solle das Territorium eines von fremden Truppen freien und neutralen Vietnams und seiner Nachbarstaaten Laos und Kambodscha garantieren. Frau Gandhi verhandelt vom 7.—9. 7. in Kairo und vom 10.—12. 7. in Belgrad, um eine für Oktober geplante Zusammenkunft mit Staatspräsident Nasser und Präsident Tito vorzubereiten, und besucht vom 12.—16. 7. die sowjetische Hauptstadt. — Am 17. 7. ordnet der Präsident Nordvietnams Ho Chi Minh eine Teilmobilisierung der Armeereserven an. Ho Chi Minh erklärt, der Krieg könne erst mit dem Abzug der amerikanischen Truppen beendet werden. — Am 30. 7. dehnt die US-Luftwaffe ihre Angriffe auch auf Teile der entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südvietnam aus.

10. 7. — Nordrhein-Westfalen. Aus den Landtagswahlen geht die Sozialdemokratische Partei mit großen Stimmengewinnen als stärkste Partei hervor; die Christlich-Demokratische Union verliert ihre führende Stellung von bisher 96 Mandaten. Zusammensetzung des neuen Landtags: SPD 99, CDU 86 und FDP 15 Sitze. — Am 19. 7. beschließt die CDU-Fraktion, Koalitionsangebote der SPD abzulehnen und trotz der Wahlniederlage die bisherige Zusammenarbeit mit der FDP fortzusetzen und die Bildung einer „Minderheitsregie-

rung" durch die Sozialdemokraten zu verhindern. — Am 25. 7. stellt sich im Landtag neben dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers (CDU) auch der SPD-Landesvorsitzende Heinz Kühn zur Wahl. Dr. Meyers erhält im zweiten Wahlgang bei einer Enthaltung 100 der 200 abgegebenen Stimmen und bildet ein neues Kabinett. — Am 31. 7. fordert Kühn die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Andernfalls werde die SPD bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf den Sturz der Regierung hinarbeiten.

12. 7. — Weltraum. Im Genfer Palais des Nations beginnt die Konferenz eines Unterkomitees des juristischen Ausschusses der Vereinten Nationen. Den Delegationen aus 28 Staaten liegen Vertragsentwürfe der USA und der UdSSR über die ausschließlich friedliche Erforschung des Weltalls und die Nutzung der Himmelskörper vor.

15. 7. — Frankreich. Die von François Mitterrand (dem erfolgreichsten Gegenkandidaten de Gaulles bei den Präsidentenwahlen) geleitete Föderation der Linken veröffentlicht ein „Programm des 14. Juli" für die kommenden Parlamentswahlen. Wichtigster Punkt des innenpolitischen Teils ist die Forderung nach einer Verfassungsreform. Der außenpolitische Teil verlangt den Verzicht Frankreichs auf eine eigene Atomrüstung.

— Abrüstung. Der britische Abrüstungsbeauftragte Lord Chalfont erörtert in Warschau mit Außenminister Rapacki Abrüstungsfragen und Probleme der europäischen Sicherheit.

16. 7. — Deutschlandfrage. In einem indisch-sowjetischen Kommunique über die Besprechungen der Ministerpräsidentin Frau Gandhi in Moskau heißt es: „Beide Seiten vertreten die Ansicht, daß es notwendig ist, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen, um eine deutsche Friedensregelung zu erreichen. Die beiden Seiten vertreten die Ansicht, daß ein konstruktives Herangehen an die Frage einer deutschen Friedensregelung und an andere Aspekte der europäischen Sicherheit nur möglich ist, wenn man von der Wirklichkeit ausgeht. Die indische Seite bekräftigt die Erklärung, die Ministerpräsident Shri Lal Bahadur Shastri in dem sowjetisch-indischen Communiqué vom 20. Mai 1965 abgab, daß man die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten nicht ignorieren könne und daß jeder Versuch einer Veränderung der bestehenden Grenzen gefährliche Folgen nach sich ziehen werde und daß es eine zwingende Notwendigkeit für die Suche nach einer friedlichen Lösung des deutschen Problems auf dem Wege von Verhandlungen unter Teilnahme aller betreffenden Parteien gebe." — Am 26. 7. antwortet Jugoslawien auf die „Friedensnote" vom März 1966 und legt der Bundesregierung nahe, auf jeden Zugang zu Kernwaffen zu verzichten und den Dialog zwischen den „beiden deutschen Staaten" zu suchen.

19. 7. — Bundesverfassungsgericht. Der Zweite Senat erklärt in einer durch das Land Hessen beantragten Grundsatzentscheidung die bisherige Praxis finanzieller Zuwendungen aus Mitteln des Bundeshaushalts an die CDU, SPD und FDP für unzulässig. Möglich sei allenfalls eine gewisse Erstattung der Wahlkampfkosten, die jedoch nicht auf die drei im Bundestag vertretenen Parteien beschränkt bleiben dürfe.

21. 7. — Bundesrepublik/Frankreich. Staatspräsident de Gaulle kommt zu einem eintägigen Besuch nach Bonn, um den Bundeskanzler über seine Moskaureise zu unterrichten. Zur Debatte stehen außerdem der Verbleib der französischen Truppen in der Bundesrepublik.

22. 7. — Ostpolitik. Zur Eröffnung einer Architektur-Ausstellung der Bundesrepublik in Leningrad hält sich Bundesforschungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg in der Sowjetunion auf. Stoltenberg führt auch Gespräche in Moskau.

29. 7. — Nigeria. Aus Lagos wird ein Militärputsch und die Gefangennahme des bisherigen Regierungschefs General Ironsi gemeldet.

31. 7. — Bundeswehr. Verteidigungsminister v. Hassel teilt in einem Rundfunkinterview mit, die Gesamtstärke der Bundeswehr werde sich bis zum Jahr 1970 auf 508 000 Mann erhöhen. Der Minister bezieht sich ausdrücklich auf einen amerikanischen Wunsch zur Verstärkung der Streitkräfte in Westeuropa.

Kommentare und Berichte

Parteifinanzen

Am 19. Juli verkündete der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts seine Urteile zur staatlichen Parteienfinanzierung in den Organstreitverfahren der Gesamtdeutschen Partei, der Bayernpartei, der Deutschen Friedens-Union und der Nationaldemokratischen Partei, sowie in dem abstrakten Normenkontrollverfahren der hessischen Landesregierung. Die Entscheidung des höchsten Gerichts der Bundesrepublik kann in ihrem allgemeinen Tenor nur begrüßt werden, insbesondere die Feststellung, das Grundgesetz habe sich „für einen freien und offenen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung des Volkes entschieden", einen Prozeß, der sich „vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen" müsse. Gerade im Interesse einer derart definierten Parteiendemokratie ist allerdings zu bedauern, daß das Gericht die Konsequenzen dieser das Urteil tragenden Grundgesetznormen durchbricht und sich damit selbst widerspricht.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Gericht sein Renommee als unabhängige und souveräne Institution retten, gleichzeitig aber die Bonner Koalitionsparteien vor einem finanziellen Fiasko bewahren wollte. Das Gericht hatte sich bis auf Leibholz spätestens seit Oktober vorigen Jahres im jetzigen Sinne entschieden. Vor der Urteilsverkündung wollte es aber ganz offensichtlich noch die nordrhein-westfälische Landtagswahl abwarten und am Rettungsanker für die Bonner Regierungsparteien basteln. Das Bundesverfassungsgericht handelte damit genauso wie vor acht Jahren, als es die steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteispenden für verfassungswidrig erklärte, gleichzeitig aber den von finanzieller Auszehrung bedrohten Bonner Koalitionsparteien den Ausweg der staatlichen Finanzierung wies. Das ist um so bemerkenswerter, als das Gericht heute selbst einräumt, sich damals mißverständlich ausgedrückt zu haben. Daß es erneut „mißverstanden" werden wird, kann nach dem Urteil vom 19. Juli als sicher gelten.

Die Unklarheiten setzen bereits beim Kernsatz des ganzen Urteils ein. Das Gericht erklärt keineswegs expressis verbis — darauf weist bereits Dolf Sternberger in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Juli hin — alle Staatszuschüsse für verfassungswidrig. Die Feststellung, es sei verfassungswidrig, „den Parteien Zuschüsse aus Haushaltsmitteln für ihre gesamte Tätigkeit im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung" zu gewähren, besagt offenbar, Staatszuschüsse seien insoweit verfassungswidrig, als sie undifferenziert die „gesamte Tätigkeit" bestreiten helfen. Danach wäre die Leistung solcher Zuschüsse verfassungskonform, die lediglich einer bestimmten partiellen Aufgabe der Parteien dienen. In der Tat begründet das Gericht seine Ablehnung der staatlichen Finanzierung der „politischen Bildungsarbeit" mit deren mangelnder Abgrenzbarkeit.

Die zentrale Formulierung hebt, wie sich anschließend zeigt, auch die Möglichkeit einer staatlichen Wahlkampffinanzierung ab. Um diese zu rechtfertigen, wird einmal festgestellt, daß die Parteien „an der politischen Willensbildung des Volkes in erster Linie durch Beteiligung an den Parlamentswahlen mitwirken". Damit soll offenbar eine Brücke zum Verfassungsauftrag im Sinne des Artikels 21, Absatz

1, Satz 1 gebaut werden. Doch wird bei Parlamentswahlen selbstverständlich kein politischer Wille gebildet, sondern es wird bestenfalls aufgrund eines vierjährigen Willensbildungsprozesses ein politischer Wille kundgegeben. Ebenso kann nur ein Zyniker behaupten, daß im Wahlkampf die eigentliche politische Meinungsbildung stattfinde. Daß sich Artikel 21, Absatz 1, Satz 1 — „die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit" — in erster Linie auf den Wahlkampf beziehen könnte, ist ausgeschlossen. Die zweite Komponente bei der Begründung der Zulässigkeit staatlicher Wahlkampffinanzierung bildet die Behauptung des Gerichtes, die Tätigkeit der Parteien im Wahlkampf sei abgrenzbar von ihrer sonstigen Tätigkeit und die Aufwendungen für den Wahlkampf ließen sich von den übrigen Ausgaben trennen. Das Gericht widerspricht sich jedoch selbst, indem es hintereinander feststellt: „Der ständige Prozeß der Meinungsbildung und Willensbildung gipfelt im Wahlkampf und in der Wahl. Der Wahlkampf kann von diesem ständigen · Prozeß gesondert werden." Es bedarf wahrlich keiner Darlegung, daß der Wahlkampf ebensowenig von der allgemeinen Parteiarbeit abzugrenzen ist wie die politische Bildungsarbeit. Hier also hat man das willkürliche Moment des Urteils zu suchen. „Was die Richter mit der einen Hand genommen haben, geben sie mit der anderen" (Sternberger). Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß sie das nicht zuletzt als die Gefangenen ihres Urteils vom Juni 1958 taten.

Soweit das Gericht das zulässige Ausmaß der staatlichen Wahlkampffinanzierung näher zu umreißen sucht, schafft es alles andere als Klarheit. Was sind „notwendige" Kosten? Was ist ein „angemessener" Wahlkampf? Die Aussage des Gerichtes, es sei das ein solcher, „der unter den jeweiligen Verhältnissen einer angemessenen werbenden Darstellung der Programme und Ziele und der notwendigen politischen Auseinandersetzung der Parteien dient", hilft kaum weiter. Der Wahlkampf ist damit weder nach seiner Dauer noch nach seinem Inhalt definiert. Eine Kostenbegrenzung wird nicht gesetzt. Ebensowenig konnte sich das Gericht entschließen, für eine staatliche Wahlkampffinanzierung die Chancengleichheit der Parteien voll zu sichern. Trotz aller derartigen Postulierungen hält das Gericht eine Prozentklausel für zulässig, wenn sie sich auch „erheblich unter der Fünf-Prozent-Grenze" bewegen müsse. Doch was hat man hier unter „erheblich" zu verstehen? Der SPD-Abgeordnete Jahn setzt sich für eine Grenze bei zwei Prozent ein, offenbar, um die DFU leer ausgehen zu lassen. Koalitionskreise denken an zweieinhalb Prozent, offenbar, um auch der NPD Staatsgelder zu verwehren. Durch den vom Gericht anscheinend angesprochenen Zahlungsmodus entstünden den von dieser neuen Prozentklausel bedrohten Parteien weitere Nachteile. Eine nachträgliche Rückerstattung der Wahlkosten setzt, soweit sie von den Parteien nicht selbst aufgebracht werden können, einen Empfang von Kredit vor dem Wahlkampf voraus. Wo aber die Rückerstattung nicht sicher ist, werden Kredite ausbleiben. Hinwiederum kann maximal natürlich nur das zurückerstattet werden, was die Parteien auszugeben in der Lage waren.

Indem das Gericht die Interpretation und Ausformung aller dieser Bestimmungen jenem Parteienkartell überläßt, das eben noch bedenkenlos Mißbrauch mit öffentlichen Mitteln getrieben hat, ermöglicht es neuen Mißbrauch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die angebotene Wahlkampffinanzierung die bisherige staatliche Subventionierung der Summe nach noch hinter sich lassen könnte. Auch ohne Grundgesetzänderung, von der seitens der CSU immerhin auch schon gespro-

chen wurde, sind die Bundestagsparteien in der Lage, den durch die Aufhebung der bisherigen Finanzierungsmethode entstehenden Finanzausfall auszugleichen. Neben einer Wahlkampffinanzierung auf allen Ebenen, welche dann praktisch einer Dauerfinanzierung nahekäme, könnten sie die Zahlungen an die Fraktionen erweitern. Das Gericht hat es nämlich unterlassen, die Wahlkampffinanzierung ausdrücklich auf die Bundesebene zu beschränken, und durch eine schlüssige Formulierung öffentliche Zuschüsse an die Parlamentsfraktionen akzeptiert. Die ersten Stellungnahmen aus den Ländern zeigen, daß man dort kaum gesonnen ist, Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen. Doch hat man sich vorsorglich mit der Auszahlung der Zuschüsse in diesem Jahr besonders beeilt. Schließlich wird, solange sich das Bundesverfassungsgericht nicht dagegen wendet, die verschleierte Finanzierung der CDU-Wahlkämpfe aus dem Reptilienfonds des Bundeskanzlers und den Mitteln des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung eher zunehmen.

Soll alles in allem die westdeutsche Parteiendemokratie nicht vom Regen in die Traufe kommen und von den Grundgedanken des Karlsruher Urteils wenigstens etwas für die Verfassungspraxis gerettet werden, so geht es um zweierlei. Den Klägerparteien, die Recht bekommen haben, kann eine finanzielle „Wiedergutmachung" für die erlittene Benachteiligung durch nachträgliche Zahlung an sie oder Rückzahlungsgeheiß an die Bundestagsparteien nicht gewährt werden. Nahezu 200 Millionen sind unwiderruflich zum Zwecke der Absicherung des staatlich proportionierten Parteienoligopols ausgeworfen worden. Um so billiger ist es, den Übervorteilten eine Art Kompensation dadurch zu verschaffen, daß im Falle einer staatlichen Wahlkampffinanzierung entsprechend dem Grundgedanken des Urteils die „Grundsätze der Parteifreiheit und der Chancengleichheit" voll und ganz beachtet werden. Eine eventuelle Prozentklausel müßte schon deshalb sehr niedrig liegen, weil der Status quo ja nicht zuletzt das Ergebnis der achtjährigen verfassungswidrigen Finanzierung nur der im Bundestag vertretenen Parteien aus Haushaltsmitteln ist. Alle Parteien im Sinne des Bundeswahlgesetzes, die Landeslisten vorlegen können, sollten für den Wahlkampf zunächst einen gleichen, relativ niedrig bemessenen, Grundbetrag erhalten. Dabei könnten auch indirekte Leistungen, wie kostenloser Postversand und dergleichen, angerechnet werden. Nach der Wahl wären den Parteien dann ihre sonstigen Wahlausgaben unter Zugrundelegung eines vorher festgelegten Höchstgesamtbetrages entsprechend ihrem Stimmenanteil — eventuell von einem bestimmten niedrigen Prozentsatz an — mehr oder weniger vollständig zurückzuerstatten. Eine staatliche Wahlkampffinanzierung als Erfolgsprämie allein würde dem Prinzip der Chancengleichheit widersprechen.

Zweitens mahnt das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber unmißverständlich zur Verabschiedung des Gesetzes über die finanzielle Rechenschaftslegung der Parteien. Es erinnert dabei an den Sinn von Artikel 21, Absatz 1, Satz 4 des Grundgesetzes, indem es erklärt: „Das Verfassungsgebot zielt darauf ab, den Prozeß der politischen Willensbildung für den Wähler durchschaubar zu machen und ihm zu offenbaren, welche Gruppen, Verbände oder Privatpersonen im Sinne ihrer Interessen durch Geldzuwendungen auf die Parteien politisch einzuwirken suchen." Wie der Bundestag diese beiden Komplexe gesetzlich regeln wird, das wird Aufschluß darüber geben, ob es in Bonn noch Achtung vor Geist und Buchstaben des Grundgesetzes gibt.

Hanns-Jochen Hauß

Holländisches Gutachten zur Proliferations-Frage

In einem Brief vom 29. XII. 1964 fragte der niederländische Außenminister J. Luns bei der „Ratgebenden Kommission betreffs Fragen über Entwaffnung und Internationale Sicherheit und Frieden" nach deren Meinung „zu der Frage, welche Maßnahmen ... im allgemeinen nützlich sein können, um eine Nichtverbreitung von Kernwaffen zu fördern ..." Die Mitglieder dieser Kommission sind vom Außenminister ernannt worden, aber sie arbeitet unabhängig. Unter anderen gehören ihr an: Prof. Dr. H.B.G. Casimir, stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates für die Kernenergie, General-Leutnant b. d. Prof. T.E.F.H. Mathon, Prof. Dr. B.V.A. Röling, Direktor des Polemologischen Institutes in Groningen, und G.J.N.M. Ruygers, Mitglied der „Partei von der Arbeit" im Parlament, wodurch die sehr verschiedenartige Zusammenstellung sichtbar wird. Da die Vorbereitung eines derartigen Gutachtens längere Zeit in Anspruch nehmen würde, ist die Kommission dazu übergegangen, einen Interimsrapport aufzustellen. Dieser — einstimmig angenommene — Rapport wurde am 18. März 1966 publiziert unter dem Titel: „Die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der nuklearen Zusammenarbeit innerhalb der NATO".

Der Rapport fängt an mit einer Übersicht über die tatsächlichen Voraussichten auf Verbreitung von Kernwaffen und einer Beurteilung der Folgen dieser Verbreitung. Unter der Verbreitung von Kernwaffen (Proliferation) will die Kommission in erster Hinsicht verstehen: „das Erwerben von selbständiger Verfügungsgewalt über Kernwaffen von Staaten, beziehungsweise Staatengruppen, welche die Verfügungsgewalt nicht besitzen".

Die Kommission geht jedoch davon aus, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, Staaten zu den Kernwaffen zuzulassen, — Möglichkeiten, die ebenso für die Frage der Verbreitung von Kernwaffen von Interesse sind. Auch diese anderen Möglichkeiten, wie ein Mitbestimmungsrecht und Teilnahme an der Produktion von Kernwaffen, werden in Betracht gezogen.

Die Kommission sieht ernsthafte Nachteile in einem Proliferationsprozeß. Sie lehnt die Argumente ab, die unter anderem von französischen Strategen, wie General Gallois und General Beaufre, geäußert werden, daß Proliferation die internationale Stabilität fördern würde, und erklärt mit Begründung, daß Proliferation folgende Gefahren für Frieden und Sicherheit mit sich bringt. (S. 13 bis 17):

1. Proliferation erhöht die Gefahr, daß Kriege, wenn sie ausbrechen, nukleare Kriege sein werden.

2. Ein sich geographisch ausbreitendes nukleares Wettrennen bringt zahlreiche Versuchungen mit sich, Überraschungsangriffe zu unternehmen auf Grund der Verletzbarkeit der neuen Atommächte und der Stufenunterschiede zwischen dem Aufbau dieser Mächte. Die Kommission weist in diesem Zusammenhang auf die Stimmen hin, die sich in den Vereinigten Staaten haben hören lassen zugunsten einer gewalttätigen Ausschaltung der nuklearen Produktions-Anlagen in China.

3. Die Verbreitung von Kernwaffen vergrößert die Möglichkeiten technischer Unfälle, unter anderem durch die Tatsache, daß ausreichende Maßnahmen gegen die Gefahr eines „nicht gewollten" Krieges, als Folge einer technischen Störung, falschen Wahrnehmung, falschen Alarms, eines eigenmächtigen Auftretens von seiten Untergeordneter ein hohes technisches und organisatorisches Niveau erfordern, worüber bestimmt nicht alle Länder verfügen.

4. Proliferation erhöht die Möglichkeit, daß Kernwaffen in die Hände von unverantwortlichen Personen oder Regierungen gelangen. Auch kann die Kernwaffe gefährlich sein, wenn sie während innerstaatlicher Unruhen in die Hände extremistischer Gruppen kommt. (Man stelle sich, so sagt die Kommission, bloß die Situation vor, daß die französische OAS über Kernwaffen verfügt haben würde.)

5. Proliferation führt zu einer zunehmenden Unüberschaubarkeit der internationalen Verhältnisse, die besondere Gefahren mit sich bringt. So erhöht die allgemeine Unüberschaubarkeit einer multinuklearen Situation, die Gefahr der Fehlkalkulationen („Miscalculation" und „misidentification"). Ferner wird Kernwaffenverbreitung jedes Mal wieder zur Zerstörung der existierenden mehr oder weniger stabilen Verhältnisse in einer bestimmten Region führen. Ein Beschluß von seiten Schwedens, sich nuklear zu bewaffnen, würde vielleicht Folgen haben für die Situation Finnlands in bezug auf Rußland.

6. Proliferation heißt außer Verbreitung auch Intensivierung des Rüstungswettrennens. Sie fixiert und fördert die Auffassung, daß Sicherheit von nationaler militärischer Gewalt abhängt.

7. Die Handhabung der kollektiven Sicherheit, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt wurde, würde sehr schwierig, wenn nicht praktisch unmöglich werden, wenn immer mehr Staaten über Kernwaffen verfügen würden.

8. Die Verbreitung von Kernwaffen steht unmittelbar im Widerspruch zu dem Streben nach Waffenkontrolle und Abrüstung.

In dem Rapport wird vor allem auf die Punkte 6 und 8 zu Recht größter Nachdruck gelegt: die Verbreitung von Kernwaffen bringt ein neues Rüstungswettrennen mit sich, dem nur äußerst schwer ein „Halt" zugerufen werden kann. Proliferation ist ein sich selber weiter entwickelnder Prozeß. Die Kommission vertritt übrigens die Meinung — ein Gedanke, der nicht weiter ausgearbeitet wird [1]) —, daß, wenn eine Nichtverbreitungspolitik überhaupt eine Chance haben soll, die Abrüstung der nuklearen Mächte notwendig ist.

Bei der Behandlung ihres Subjekts ist die Kommission auf zwei, miteinander zusammenhängende Dilemmas gestoßen. Das erste ist, daß eine Verbesserung des Zusammenhangs innerhalb des Atlantischen Bündnisses — welcher von der Kommission ohne nähere Anweisungen als „von größtem Interesse" betrachtet wird — womöglich im Gegensatz zu einer (mondialen) Anti-Proliferationspolitik stehen könnte. Bestimmte nukleare Regelungen innerhalb der NATO, die vielleicht den Zusammenhang zwischen den Partnern verstärken könnten, können nämlich einen Proliferationsaspekt haben — und müssen aus diesem Grund abgewiesen werden. Zur gleichen Zeit meint die Kommission, daß man eventuelle nukleare Regelungen innerhalb der NATO auch im Lichte einer notwendigen Entspannung zwischen Ost und West und einer Lösung des Deutschlandproblems betrachten muß. Ebensowenig dürfen sie diesen letzten Zwecken im Wege stehen.

Das zweite große Dilemma entsteht durch die deutsche Bundesrepublik. Einerseits erkennt die Kommission Deutschlands Wunsch nach einer auf militärischem Gebiet nicht-diskriminie-

1) Diesen Gedanken findet man etwas näher ausgearbeitet in einer anderen Broschüre über Proliferation, die in den Niederlanden erschienen ist: Prof. Dr. H. A. Tolhoek, Dr. Fenna van den Burg und Laurens ten Cate: „Die Gefahren der Verbreitung von Kernwaffen". Dieser Bericht wurde publiziert von dem Niederländischen Komitee gegen die Verbreitung von Kernwaffen (R. R. Eybersen, Maasstraat 61, Amsterdam), ein privates Komittee, das aus einem im vorigen Jahr ins Leben gerufenen anti-MLF-Komittee entstanden ist.

renden Behandlung an, andererseits zeigt sie, daß sie mit einer derartigen nicht-diskriminierenden Behandlung die größte Mühe hat: In der Bundesrepublik exisitiert, so sagt die Kommission, ein wirkliches Verlangen nach einer gleichwertigen Position, die in Übereinstimmung ist mit ihrem ökonomischen und militärischen Potential. Sie kann „das deutsche Bedürfnis nach einer allgemeinen nicht-diskriminierenden Behandlung ... verstehen", ebenso wie das Bedürfnis nach einer Art von Partizipation an der nuklearen Verwaltung (S. 44). Es ist der Kommission „jedoch unmöglich, ein eventuelles Verlangen der Bundesrepublik nach dem Besitz von Kernwaffen als ein legitimes Bedürfnis anzuerkennen ..." (S. 44). Eine Enthaltung, so sagt die Kommission weiter, die jedoch für Deutschland akzeptabler gemacht werden kann, wenn auch die anderen NATO-Partner sich verpflichten, auf den Besitz von Kernwaffen zu verzichten.

Es ist klar, daß bei dieser Erklärung der Kommission die Tatsache, daß die Bundesrepublik der einzige NATO-Partner mit territorialen Forderungen ist, eine Rolle gespielt hat. Die Kommission weist übrigens ausdrücklich auf die in Osteuropa lebendige Furcht vor Deutschland hin, und sie betrachtet eine Abnahme dieser Furcht als außerordentlich wichtig für die Lösung des Deutschlandsproblems. Auch aus diesem Grunde sollte man sich hüten vor nuklearen Regelungen, die den Weg zu einer deutschen Wiedervereinigung abschneiden. Ferner würde man die Furcht vor der Bundesrepublik verringern können durch die Aufnahme von Beziehungen dieses Landes zu den osteuropäischen Staaten und durch das Streben nach einer deutschen Wiedervereinigung gepaart „mit dem Verzicht für immer auf die früheren deutschen Gebiete an der Ostseite der Oder-Neisse-Grenze" (S. 45).

Meines Erachtens muß man die Auffassung der Kommission vor dem oben erläuterten Hintergrund sehen. Sie betrachtet also tatsächlich jede Regelung innerhalb der NATO als bedenklich, welche eine selbständige Verfügungskompetenz oder ein Mitbestimmungsrecht der NATO-Partner über Kernwaffen enthält oder dazu führen könnte. So betrachtet sie die Teilnahme an der Entscheidungskompetenz über den Einsatz von Kernwaffen, wenn es eine positive Entscheidungskompetenz ist, das heißt, wenn die Partner tatsächlich die Befugnis erhalten, mitzubestimmen über den Einsatz von Kernwaffen, als Proliferation. Teilnahme an der Verwaltung einer im Bündnis einbegriffenen Kernmacht, wobei mit Verwaltung gemeint wird „Aufbau, Instandhaltung und Organisation" einer derartigen Kernmacht, betrachtet sie nicht als Proliferation. Dagegen existieren aus dem Gesichtspunkt der Proliferation einige ungünstige Aspekte bei Teilnahme an der Bedienung von Kernwaffen, wobei mit „Bedienung" gemeint wird „die tatsächliche Hantierung der in einer Regelung einbegriffenen Kernwaffen und Transportmittel". Eine derartige Teilnahme kann zu einem größen „know how" auf dem Gebiet der nuklearen Waffentechnik führen, was von Vorteil sein kann bei dem Aufbau einer eigenen Kernmacht. Auch ist es denkbar, daß — unabhängig von den Garantien, welche dafür gegeben werden können — eine derartige Teilnahme der nicht-nuklearen Länder „die Möglichkeit gibt, bei Verletzung der offiziellen Regelungen tatsächliche Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erwerben, was zu einer de facto-Proliferation führen würde" (S. 35).

Teilnahme an der Produktion von Kernwaffen oder ihren Transportmitteln betrachtet die Kommission als nicht zu vereinbaren mit dem Anti-Proliferationsprinzip, da auf diese Art und Weise wichtige Kenntnisse auf dem Ge-

biete der nuklearen Waffentechnik erworben werden können.

Nukleare Regelungen auf der Basis des Miteigentums — einer Atlantischen Kernmacht, einer ‚Multilateral Force' — betrachtet die Kommission aus zwei Gründen als Proliferation: Erstens würde eine solche Regelung eine Entwicklung einleiten können, die in ihrer äußersten Konsequenz den Aufbau einer unabhängigen europäischen Kernmacht zur Folge haben würde; zweitens würde sie eine die Proliferation fördernde Wirkung außerhalb des NATO-Gebietes haben.

Schließlich behandelt die Kommission eine Regelung, welche sie nicht als Proliferation betrachtet und welche offenbar ihre Sympathie hat, auch wenn sie allerdings bemerkt, daß es nicht ihre Aufgabe, sondern die der niederländischen Regierung ist, zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Es handelt sich hier um die sogenannte „Inspraak"-Regelung. Den Begriff „Inspraak" sucht man vergebens im holländischen Wörterbuch, er kann infolgedessen leider nicht auf Deutsch übersetzt werden. Er wird jedoch von der Kommission umschrieben als: „ ‚Inspraak' im Sinne der partnerschaftlichen Teilnahme an der nuklearen Planung und Konsultation betreffs eventueller Anwendung von Kernwaffen muß scharf unterschieden werden von der Teilnahme an der Entscheidungskompetenz in bezug auf den Einsatz. ‚Inspraak' heißt nicht mitentscheiden, heißt aber das Ausüben eines tatsächlichen Einflusses auf die Entscheidung eines anderen. Schon aus diesem Grunde kann ‚inspraak' nicht als eine Art Proliferationsform im oben . . . erläuterten Sinne betrachtet werden.

‚Inspraak' nicht-nuklearer Länder der NATO auf die nuklearen Angelegenheiten des Bündnisses würde auf diese Weise stattfinden können, daß auf der Basis gemeinschaftlicher Betrachtungen zwischen nuklearen und nicht-nuklearen Partnern die Pläne und Richtlinien aufgestellt werden in bezug auf die zu führende Strategie, die räumliche Aufstellung der Kernwaffen, die Zielpunkte, worauf diese Waffen gerichtet werden, die Art und Weise, wie im Falle kritischer Situationen gehandelt werden soll, und die Bedingungen, unter denen zum Einsatz der Kernwaffen übergegangen werden kann. Solch eine ‚Inspraak' würde die Ausübung wesentlichen Einflusses mit sich bringen, da die Frage, ob und wie ein Krieg geführt werden wird, in hohem Maße zusammenhängt mit den Vorbereitungen, die bereits von vornherein getroffen sind. Die endgültige Entscheidung jedoch zum Einsatz der Kernwaffen soll ausschließlich von den existierenden Kernmächten getroffen werden. Wenn der Einfluß der nicht-nuklearen Partner bis zur positiven Entscheidungskompetenz über den Einsatz ausgedehnt werden würde, dann würde, wie oben erläutert wurde, tatsächlich von Proliferation die Rede sein" (S. 38).

Wie wird die Sowjet-Union eine derartige ‚Inspraak'-Regelung, gesehen vor dem Hintergrund der von der Kommission als notwendig bezeichneten Entspannung zwischen Ost und West, und speziell in Zentral-Europa, betrachten? Wird auch sie diese als Nonprolieferation ansehen? Eine derartige Frage muß gestellt werden, zumal die Kommission kategorisch die Meinung vertritt, daß eine Regelung der nuklearen Zusammenarbeit „niemals geschehen darf auf eine Weise, daß dadurch die Lösung der Nonproliferationsfrage zerstört wird" (S. 46). Die Kommission wird meines Erachtens etwas zu leicht fertig mit dieser Frage: „Es ist denkbar (so sagt sie), daß die UdSSR gegen eventuelle ‚Inspraak'-Regelungen gerade die Beschwerde erheben wird, daß die Kenntnisse, die auf diese Weise erworben werden, Vorteile bieten für Partner, die sich zu dem Aufbau einer eigenen Kernmacht entschließen soll-

ten. Die Kommission betrachtet dies nicht als ein Argument von entscheidendem Einfluß. Man kann schwerlich von den NATO-Partnern verlangen, daß sie auf jede Regelung verzichten, die vielleicht irgendwann noch von einigem Nutzen sein könnte für einen Staat, der eine eigene Kernmacht aufbauen will" (S. 50). Die Kommission behandelt diese Frage deshalb zu leichtfertig, weil dies wahrscheinlich nicht das Argument oder das einzige Argument sein wird, das die UdSSR gegen eine „Inspraak"-Regelung vorbringen wird. Mit Recht oder nicht, die UdSSR ist doch der Meinung, daß die Politik der Bundesrepublik sich auf den Erwerb nuklearer Mitentscheidung richtet. Aus gutem Grund oder nicht, sie beschuldigt die Bundesrepublik, darin eine Salamipolitik zu führen: zuerst einen nuklearen Finger, dann die nukleare Hand. Ganz davon abgesehen, daß man nicht erwarten kann, daß die UdSSR es als angenehm empfindet, daß die Bundesrepublik „wesentlichen Einfluß ausübt" bei der Feststellung der Zielpunkte, auf welche die Kernwaffen gerichtet werden, und auf die Weise, auf die in kritischen Situationen gehandelt werden wird, wird die UdSSR zuerst die Frage aufwerfen, wo in der Praxis der „Inspraak"-Regelung diese „Inspraak" zu einem weiteren Schritt führen wird, einem Schritt zur substantiellen deutschen Mitentscheidung.

Es ist schade, daß die Kommission in diesem übrigens so interessanten Bericht nicht auf diese zu erwartenden Argumente von seiten der UdSSR eingegangen ist, sie auf ihre Substanz geprüft und Vorschläge gemacht hat in bezug darauf, ob sie als seriös oder nicht zu betrachten sind. Die Kommission sollte dies getan haben, auch wenn das auf Kosten der Einstimmigkeit des Rapports gegangen wäre. Sie ist ein wenig zu leichtsinnig in bezug auf ihre Verantwortung, wenn sie sagt: „Die Kommission meint, daß es nicht zu ihrem Aufgabenbereich gehört, auf detaillierte Weise zu zeigen, welche Arten partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet nach ihrer Meinung auf keinen Fall von einem Nonproliferationsvertrag verhindert werden dürften" (S. 47).

Es ist übrigens gut möglich, daß man diese, ein wenig freibleibende Bemerkung vor dem Hintergrund des Gedankens sehen muß, daß man der niederländischen Regierung nicht durch eine zu ausführliche Erklärung jede Möglichkeit zu Verhandlungen nehmen darf. Die Tatsache, daß die Kommission die Schwierigkeit vielleicht spürt, könnte aus dem folgenden Satz hervorgehen: „Man sollte deshalb einen Vertrag anstreben mit Raum für eine NATO-Regelung, welche dazu beitragen kann, eine unabhängige deutsche Kernwaffe zu vermeiden — und welche aus diesen Gründen von der UdSSR geduldet werden könnte —, während die Anti-Proliferationsbestimmungen des Vertrages versichern, daß im allgemeinen der Verbreitung von Kernwaffen ein Halt zugerufen wird" (S. 51).

Trotzdem bleibt die kardinale Frage: Wenn die UdSSR auch die „Inspraak"-Regelung ablehnt und den Abschluß eines Anti-Proliferationsvertrages vom Verzicht auf eine derartige Regelung abhängig macht, welchem Satz aus dem Rapport sollte man dann den größten Wert beimessen? Dem letzten?: „Die Kommission möchte nicht versäumen, ihren Rapport abzuschließen mit der Wiederholung ihrer Auffassung, daß ein Anti-Proliferationsvertrag von derartig großer Bedeutung ist, daß die Kommission darauf das größte Gewicht auf dem Gebiete nuklearer Angelegenheiten legt" (S. 51).

Dr. Fenna van den Burg, Groningen

Prof. Dr. Harold Rasch

Um Deutschlands Zukunft

Im Frühjahr 1961, noch vor der Errichtung der Berliner Mauer, sprach sich der Verfasser dieser Zeilen zum ersten Mal öffentlich für eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik aus.[1]) Das war damals noch schlechthin Ketzerei und trug dem Autor eine scharfe Rüge von hoher amtlicher Stelle ein. Fünf Jahre später mußte die Christlich-Demokratische Union, wenngleich mit süß-saurer Miene, dem geplanten Auftritt prominenter Redner der SED in Hannover zustimmen, und auch nachdem dieser Auftritt vorerst wieder abgesagt ist, bleibt ihr nichts anderes als das Gefühl: Wir sind noch einmal davongekommen. Die Diskussion über die Zukunft der beiden deutschen Staaten, die man so gern hintertreiben möchte, läßt sich nicht mehr verbieten. Prüfen wir ihre Chancen im Lichte der neuesten internationalen Entwicklung.

I

Drei Momente vor allem kennzeichnen die gegenwärtige außenpolitische Lage: die Krise im Bündnissystem der westlichen Welt, insbesondere der Zerfall der NATO, gewisse neuerliche Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb des Ostblocks und eben die Erörterungen über die Möglichkeiten und Aussichten „gesamtdeutscher Gespräche". Selbstverständlich bestehen mehr oder weniger enge Zusammenhänge zwischen diesen Erscheinungen. Von ihrer richtigen Analyse und Bewertung sollte die Außenpolitik der Bundesrepublik wesentlich beeinflußt werden.

Die Krise der NATO wurde nicht durch Staatspräsident de Gaulle hervorgerufen, der General hat mit seiner Entscheidung, die französischen Streitkräfte, auch die in der Bundesrepublik stationierten, nicht länger der Befehlsgewalt der NATO zu unterstellen, nur die Folgerungen aus einer schon längst offenbar gewordenen Problematik gezogen. Eine Verteidigungsgemeinschaft hält immer nur so weit und so lange, als die Gefahr, zu deren Abwehr sie geschlossen ist, von allen Partnern als existent empfunden wird. Die Gefahr, der die NATO ihre Entstehung verdankt, mag — wenn je vorhanden[2]) — objektiv noch nicht gebannt sein. Aber sie wird allenthalben in der westlichen Welt heute nur noch gering eingeschätzt. Jedenfalls aber haben andere Probleme entschieden Vorrang gewonnen, vor allem das Aufkommen der dritten Weltmacht China, im Verhältnis zu der die vor zwanzig Jahren allein maßgebenden Machtblöcke der USA und der Sowjetunion heute nicht mehr unversöhnlich erscheinende Gegner, sondern bis zu einem gewissen Grade wenn nicht Verbündete, so doch von gleichgerichteten Interessen

1) „Blätter" 5/1961, S. 413 ff.

2) Hierzu Richard J. Barnet und Marcus G. Raskin, Nach dem kalten Krieg. Deutschland in der Entscheidung. List Verlag, München, 1966. Diese Autoren bestreiten entschieden, daß eine solche Gefahr jemals gegeben war. Ihren Vorschlägen — Anerkennung der DDR, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, UN-Kontrolle für Berlin — billigt sogar der Rezensent der FAZ, Hans Kluth, zu, daß sie „nicht Hirngespinste von Weltverbesserern, sondern durchdachte Konzepte" sind (FAZ v. 30. 6. 1966 Nr. 148).

geleitet sind. Die Spaltung der Welt in nur zwei wirkliche Großmächte, zwischen denen eine Verständigung unmöglich erschien, gehört der Vergangenheit an. Nicht uferloses Wettrüsten in West und Ost ist das Gebot der Stunde, sondern Entspannung und Abrüstung. Diesen Gedanken namentlich für die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu unterstreichen, war für de Gaulle der Zweck der großen Reise, die er im Juli nach Moskau, Leningrad und Sibirien unternommen hat.

Die Organisation der NATO ist auf ihrer Juni-Tagung in Brüssel vorerst allen entscheidenden politischen Fragen ausgewichen und hat sich im wesentlichen auf strategische und organisatorisch-technische Probleme beschränkt, zu denen der Entschluß de Gaulles Anlaß gegeben hatte. Der Militärberichterstatter der FAZ, Adelbert Weinstein, kam dabei zu dem Ergebnis, „daß die Allianz niemals eine gemeinsame politische und militärische Strategie wird finden können. Man kann ... heute schon von einem Zusammenbruch der sogenannten Vorwärtsverteidigung sprechen ... Je länger die Krise der NATO währt, um so mehr werden die Neigungen zu bilateralen Abkommen einzelner Staaten mit einzelnen östlichen Ländern wachsen. Die NATO löst sich dann von innen auf." [3]) In der Tat gehört wenig militärischer Sachverstand dazu, um einzusehen, daß eine NATO ohne volle Integration Frankreichs keine NATO mehr und eine Organisation, der die USA, immer tiefer in ihr schreckliches Unternehmen in Vietnam verstrickt, nur noch mit halbem Herzen Unterstützung leihen können, noch weniger ist. Aber auch im Osten sind die Dinge in Fluß geraten. Erneut nehmen die Bestrebungen einzelner Länder des Ostblocks zu, größere Unabhängigkeit von Moskau zu erlangen. Ist Jugoslawien schon seit langem seinen „eigenen Weg zum Sozialismus" gegangen, jüngst unter entschlossener Entmachtung „altstalinistisch" operierender Persönlichkeiten durch Marschall Tito, so versucht neuerdings Rumänien mit Erfolg, seine Beziehungen zum Westen zu festigen, ohne deshalb das kommunistische Lager zu verlassen. Ein Ergebnis der Konferenz der Staaten des Warschauer Pakts, die im Juli in Bukarest stattfand — kein organisatorischer Ausbau des Pakts, wie zunächst von der Sowjetunion vorgeschlagen —, ist nicht unwesentlich von den rumänischen Gastgebern beeinflußt worden.

Und endlich die Bewegung in der deutschen Frage. Die SED hat zu Beginn des Jahres die Initiative zu Gesprächen mit der bundesdeutschen SPD ergriffen, diese hat den Ball aufgenommen. Ein umfangreicher Schriftwechsel hierzu wurde in beiden deutschen Staaten veröffentlicht, man nahm in Aussicht, daß die SPD ihren Standpunkt in einer öffentlichen Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) durch Brandt, Wehner und Erler vortragen, die SED eine Woche später in Hannover erwidern sollte. Schließlich aber lehnte die SED, wie bereits erwähnt, diesen Redneraustausch ab, und zwar mit der Begründung, das vom Bundestag — unter Billigung der SPD — beschlossene Gesetz über die zeitweise Befreiung Deutscher mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik stelle eine völkerrechtswidrige und für sie unerträgliche Diskriminierung ihres Staates und seiner Bürger dar.

II

Während General de Gaulle mit mutigen Schritten neue Wege in einer sich wandelnden Welt geht, streiten wir uns mit seinem Land um die Frage, ob und

---

3) FAZ v. 13. 6. 1965 Nr. 134 S. auch Weinstein, FAZ v. 25. 7. 1966 Nr. 169: „Die Allianz hat keine für alle Partner verbindliche Konzeption".

unter welchen Bedingungen französische Truppen auch in der Zukunft in der Bundesrepublik stationiert bleiben dürfen, sollen oder müssen. Mit Großbritannien liegen wir uns wegen der Höhe unserer Zahlungen für die britische Rheinarmee in den Haaren. Die Vereinigten Staaten setzen uns unter Berufung auf frühere Zusagen unter beträchtlichen Druck, mehr Rüstungskäufe in den USA zu tätigen, und es ist „damit zu rechnen, daß es über die Grenze der deutschen Möglichkeiten, den Amerikanern Devisenhilfen mit deutschen Rüstungsaufträgen in Amerika zu geben, noch zu langwierigen Verhandlungen und Differenzen kommen wird." [4] Kein fruchtbarer, in die Zukunft weisender politischer Gedanke ist auch in diesen Sommermonaten von offizieller deutscher Seite zu vernehmen, nur juristische Tüfteleien und kleinliches Gezänk beherrschen die Szene. Eine umfangreiche „Friedensnote" der Bundesregierung beweist nicht mehr als den Fleiß von Bürokraten, wird im Westen kaum beachtet und im Osten nur mit Hohn bedacht. Nicht ein Hauch einer politischen Führung der Nation ist zu spüren. Die Hauptakteure schwatzen darauf los, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt, niemand koordiniert ihre Gedanken und faßt sie zu politischer Aktion zusammen. Rainer Barzel redet in New York von einem wiedervereinigten Deutschland, das er der Sowjetunion durch das Zugeständnis des weiteren Verbleibens sowjetischer Truppen hierzulande und wirtschaftlicher Leistungen („wir haben's ja") schmackhaft machen möchte, ohne sich vorher mit dem Kanzler, dem Außenminister oder seiner Fraktion abzustimmen. Freiherr von und zu Guttenberg schießt gegen Erhard und Schröder und dementiert sich selbst wenig später. Erich Mende laviert wie immer zwischen allen, bastelt an Verwaltungsrichtlinien über „Kontakte auf unterer und mittlerer Ebene bis an die Schwelle der Anerkennung" und arbeitet eine neue Sprachregelung mit Bezug auf die „Zone" aus. Der Bundeskanzler selbst führt mit riesigem Aufgebot endlose interne Gespräche über die deutsche Frage. Das praktische Ergebnis ist gleich Null.

Die CDU hat, wir sagten es schon, dem von SED und SPD in Aussicht genommenen Redneraustausch seinerzeit nur höchst ungern zugestimmt. Sie war sich offenbar darüber im klaren, daß die Zulassung prominenter Persönlichkeiten der DDR zu einer groß aufgezogenen Veranstaltung in Hannover einen weiteren Schritt in Richtung der „Anerkennung" der DDR darstellen würde. Nur die Sorge, die SPD könnte ihr in den Augen der Bevölkerung die Schau stehlen, hat sie bewogen, nicht von vorneherein Nein zu sagen. Dafür hat sie den „Gesamtvertretungsanspruch" der Bundesrepublik noch einmal durch ein ad hoc geschaffenes Gesetz betont, das es der Bundesregierung ermöglichen soll, einzelne Funktionäre von drüben zeitweise „von der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik freizustellen". Wir wissen nicht, ob es nur dieses Gesetz, ob es überhaupt dieses Gesetz war, das die Regierung der DDR veranlaßt hat, den in Aussicht genommenen Redneraustausch nachträglich wieder abzulehnen. Allzu bequem sollten wir es uns aber nicht mit der Behauptung machen, das Gesetz sei für Ulbricht nur ein Vorwand gewesen, um zu verschleiern, daß er plötzlich kalte Füße vor dem Redneraustausch bekommen habe und kneifen wollte. Vieles spricht dafür, daß die Begründung, die die DDR ihrer Absage gegeben hat, völlig zutrifft. Das Gesetz stellt tatsächlich eine Ungeheuerlichkeit dar und konnte von der DDR kaum ohne Konsequenzen hingenommen werden. Man überlege doch einmal in Ruhe: Hohe Funktionäre eines Staates — und die DDR betrachtet sich jedenfalls selbst als souveränen Staat — werden zu einem Besuch in einem anderen Staat eingeladen, zugleich aber gibt das Gastland offiziell bekannt: Eigentlich seid ihr Mörder und

[4] Gillessen, FAZ v. 11. 7. 1966 Nr. 157.

müßtet von Rechts wegen an der Grenze verhaftet werden, ausnahmsweise wollen wir jedoch dieses Mal Gnade vor Recht ergehen lassen. Wer soll wohl einer solchen Einladung Folge leisten? Wir jedenfalls verstehen, daß die SED es nicht getan hat, und bedürfen keiner hintergründigen Erklärungen hierfür. Erstaunlich bleibt nur die Instinktlosigkeit der Führung der SPD, die doch den Redneraustausch (der uns übrigens sachlich kaum weitergebracht hätte) ehrlich wollte und gleichwohl an dem Zustandekommen des „Geleit-Gesetzes" mitgewirkt hat.

III

Interessen und Machtpositionen können nicht wegdisputiert, sondern nur durch eine stärkere Kraft beseitigt werden. Schlechte Argumente aber lassen sich durch bessere entkräften. Und die Argumente, die von den Politikern und Parteien der Bundesrepublik — sämtlichen im Bundestag vertretenen Parteien — vorgebracht werden, um die Ablehnung der Aufnahme amtlicher Kontakte der Bundesregierung zur Regierung der DDR zu begründen, sind im Jahre 1966 noch weniger überzeugend, als sie es seit eh und je waren.

Dabei ist es interessant festzustellen, daß sich der Schwerpunkt der Argumentation etwas verschoben hat. Die früher beliebte These, die DDR sei gar kein „Staat" und könne daher schon aus diesem Grunde nicht anerkannt werden, ist heute kaum noch zu hören, — zu offenkundig ist es geworden, daß sie unhaltbar ist. Einer Gebietskörperschaft, die mit zahlreichen, auch westlichen und neutralen Ländern Handelsverträge abgeschlossen hat und dort Vertretungen, Handelsmissionen oder Generalkonsulate unterhält, die dem Internationalen Roten Kreuz, dem Internationalen Eisenbahnverband angehört und bei der UN-Wirtschaftskommission in Genf ihren Vertreter hat, die auch mit der Bundesrepublik durch laufend erneuerte Abkommen über Interzonenhandel, Verkehrsfragen, Postaustausch und Rechtshilfe bei der Verfolgung von Verbrechern verbunden ist und deren Unterschrift zugleich mit der der Bundesrepublik unter dem Atom-Test-Stop-Vertrag von 1963 steht, — einer solchen Körperschaft den Charakter eines „Staates" abzusprechen, wirkt nur noch lächerlich. Was heute vorgebracht wird, liegt denn auch mehr auf der politischen Ebene. Es gibt, so sagt man, „nur einen auf dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes basierenden deutschen Staat". „Einen zweiten Staat . . ., der ausschließlich auf der derzeitigen Konstellation der internationalen Machtinteressen beruht, kann die Bundesrepublik nicht anerkennen, wenn es ihr ernst ist mit freiheitlichen und demokratischen Überzeugungen." [5]) Nur dann bliebe die Entschlossenheit, sich nicht mit dem Zustand der deutschen Teilung abzufinden, glaubhaft, „wenn das Prinzip der Distanz zu den Machthabern der Zone gewahrt wird und wenn der Zonenstaat, deren Hauptinstrument zur gesellschaftspolitischen Überfremdung eines Teils Deutschlands, weiterhin im vollen Sinne ‚diskriminiert 'wird. Ihn auf deutschem Boden zu etablieren, war nämlich ‚crimen': ein Verbrechen an der Nation." [6]) Man weiß nicht recht, worüber man mehr staunen soll: über die moralische Ueberheblichkeit, mit der die Frankfurter Hofjournalisten auf die DDR herabblicken, über die naive Anwendung von Begriffen des bürgerlichen Rechts auf weltpolitische Ereignisse oder über die illusionäre Hoffnung, mit derartigen Argumenten praktisch weiterzukommen. Wir wollen hierauf nicht im einzelnen eingehen. Aber folgendes muß doch wieder einmal deutlich gesagt werden:

---

5) Benckiser, FAZ v. 9. 7. 1966 Nr. 156.

6) Ernst-Otto Maetzke, FAZ v. 28. 5. 1966 Nr. 123.

Die Begründung der DDR war die unmittelbare Folge des von uns begonnenen und verlorenen Krieges und der Spaltung der Welt in den ersten Nachkriegsjahren, zu der ja auch einige prominente westdeutsche Politiker ihr — gewiß bescheidenes — Scherflein beigetragen haben. Ihre politisch-gesellschaftliche Struktur mag uns mehr oder weniger sympathisch oder zuwider sein, sie ist ein historisches Faktum, das weder Trotz noch Tricks aus der Welt schaffen können. Man beseitigt die Folgen einer Revolution nicht durch Berufung auf die Prinzipien der gerade gestürzten Ordnung.

Aber wir sehen auch nicht den geringsten Anlaß, uns über die DDR moralisch erhaben zu dünken. Das Leben ist sehr anders drüben, in materieller Hinsicht auch heute noch beträchtlich unter unserem Niveau, drückend vor allem in seiner geistigen Enge, Unfreiheit und bürokratischen Dürre, die viele ausgezeichnete kulturelle Leistungen immer wieder überschattet. Aber es gibt gar keinen Grund zu Überheblichkeit, vor allem keinen zu besonderem Stolz auf unsere „freiheitliche Demokratie". Seien wir doch ehrlich: Was ist denn in mehr als fünfzehn Jahren bundesrepublikanischer Wirklichkeit aus der Demokratie des Grundgesetzes geworden? Die bestehenden Parteien finanzieren sich zu einem ansehnlichen Teil proportional ihrer Stärke in der Vergangenheit aus dem Staatssäckel, [7]) Neugründungen stoßen wegen der berüchtigten 5 %-Klausel auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Auswahl der Kandidaten besorgt ein kleiner Klüngel, der einzelne Bürger hat hierauf so gut wie überhaupt keinen Einfluß. Vor allem aber: worum wird denn eigentlich politisch gerungen, wofür soll sich der Bürger nach demokratischen Grundsätzen entscheiden, wenn alle wesentlichen Sachfragen von den Parteiführern sorgfältig aus dem Wahlkampf ausgeklammert werden, wenn dieser — im Jahre 1965 schon zum zweiten Mal — nur noch mit Allerweltsweisheiten einerseits, gegenseitigen Verleumdungen andererseits geführt wird, garniert lediglich durch die Bilder der Kandidaten nach der Art einer Schönheitskonkurrenz von Filmdiven? Wenn auch außerhalb des Wahlkampfes demokratische Entscheidungen immer seltener werden und an ihre Stelle sachwidrige Kompromisse meist ausgesprochen korrumpierenden Charakters treten? Hat nicht Karl Jaspers leider allzu recht, wenn er uns in seinem neuesten Werk „Wohin treibt die Bundesrepublik?" auf dem besten Wege von der Demokratie über die Oligarchie der Parteimanager in die Diktatur sieht? Wir plädieren nicht für die politische Ordnung, insbesondere nicht für das Wahlsystem der DDR, aber mit unseren eigenen Institutionen, wie sie sich in der Wirklichkeit darstellen, ist weiß Gott auch nicht viel Staat zu machen. Zum mindesten ist — und darauf allein kommt es hier an — moralisches Pharisäertum völlig unangebracht.

Wir jedenfalls wünschen, daß sich endlich Deutsche und Deutsche, „Kapitalisten" und „Kommunisten", an einen Tisch setzen und gemeinsam nach Wegen suchen, um in geduldiger Arbeit einander näher zu kommen, allmählich die Spaltung unseres Landes zu überwinden und die Grundlagen für eine Befriedung in Mitteleuropa und allseitige Abrüstung zu schaffen. Daß dies ein Prozeß von vielen Jahren sein wird, ist sicher. Ebenso sicher aber ist es, daß die Politik der Regierungen Adenauer und Erhard die deutsche Spaltung nur ständig vertieft hat und, würde sie fortgeführt, weiter vertiefen müßte. „Wenn man die Dinge so weiterlaufen läßt, ist in 40 Jahren, wenn die heute jüngste Generation die älteste ist, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nichts mehr zu vereinigen." [8])

[7]) Durch Urteil vom 19. Juli 1966 hat das Bundesverfassungsgericht diesem Unfug, leider nur mit erheblicher Einschränkung, ein Ende bereitet.
[8]) Ernst Richert, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf. Fischer-Bücherei, 1966, S. 242.

Einer Annäherung der beiden deutschen Staaten stehen auch die unterschiedlichen Sozialstrukturen in Bundesrepbulik und DDR nicht entgegen, sie machen sie vielmehr nur um so dringlicher. Die marktwirtschaftliche Ordnung auf der einen, die zentrale Verwaltungswirtschaft auf der andern Seite stellen Denkmodelle dar, die für das Studium unentbehrlich sind, sich in der Wirklichkeit aber nirgend in Reinkultur finden. Was bei uns einmal als marktwirtschaftliche Ordnung konzipiert wurde und zu einer „sozialen Marktwirtschaft" hätte werden sollen und können, ist längst zu einem System einer planlosen Interventions- und Subventionswirtschaft geworden, bei dem diejenigen Interessengruppen am besten abschneiden, deren Schreier sich am lautesten gebärden. Niemand ist ehrlicher darüber entsetzt als etwa die „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft", zu deren Ehrenvorsitzern der jetzige Bundeskanzler gehört. Ob es sich um die Landwirtschaft, den Bergbau, die Werftindustrie, die Entwicklungsländer oder wen sonst immer handelt — ungezählte Milliarden fließen alljährlich in Wirtschaftszweige, die es nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen keineswegs verdienen, und entziehen sich dabei weitgehend der Kontrolle des Nutzeffekts. Der eigentlich volkswirtschaftliche Sinn der marktwirtschaftlichen Ordnung, der allein hohe Unternehmergewinne rechtfertigt — die Mehrung des allgemeinen Wohlstands durch den Zwang zu ständiger Anpassung an den Fortschritt —, wird auf diese Weise immer wieder verfälscht. Andererseits fehlt es bis in die neueste Zeit an vorausschauender Planung für die ständig bedeutsamer werdende Infrastruktur der Wirtschaft. Man mag darüber streiten, ob wir heute vom „marktwirtschaftlichen" oder vom „sozialen" Element des Ideals weiter entfernt sind, jedenfalls ist auch unsere Wirtschaftsordnung in keiner Weise mehr unangreifbares Vorbild, und es ist pure Unwissenheit oder Heuchelei, zu sagen, daß wir von den wirtschaftlichen Erfahrungen der Planer der DDR gar nichts zu lernen hätten. Umgekehrt sind wir fest davon überzeugt, daß auch wir diesen nicht Unwesentliches zu bieten haben.

An zwei Stellen einer Ausgabe [9]) hat die Frankfurter Allgemeine kürzlich ziemlich ausführlich über ein Seminar berichtet, das der Inhaber des Lehrstuhls für Politökonomie des Instituts für Gesellschaftswissenschaft beim Zentralkomitee der SED, Professor Kalweit, in Frankfurt/Main abgehalten hat. Der Rezensent glaubte dabei mit besonderem Nachdruck die Ansicht des Seminarleiters hervorheben zu müssen, „daß Kosten und Preise keine ‚allgemein-gültigen Kriterien' sein dürften, sondern daß sie lediglich für die vorgegebene Planung, deren Instrumente sie seien, das Optimum finden helfen müßten", daß „in der Ökonomie nichts isoliert existiert" und daß „nichts ohne seine Einbettung in die politische Problematik begriffen werden darf."

Nun, so revolutionär ist diese Ansicht nicht, wenn man sich einmal darüber klar ist, daß Marktwirtschaft und Planwirtschaft nicht schlechthin unvereinbare Gegensätze darstellen und daß es im Grunde nur darum geht, dem Plan der politischen Führung eine größere oder geringere Bedeutung zuzuerkennen. Zum mindesten sollte, nachdem auch die Bundesrepublik sich — endlich — zu einer mittelfristigen Finanzplanung entschlossen hat, auch ein überzeugter Marktwirtschaftler auf unserer Seite mit seinem Kollegen aus der DDR ernsthaft diskutieren können. „Was ... trotz aller Unzulänglichkeiten aus dem mitteldeutschen Wirtschaftsraum gemacht wurde, spricht ... vor allem für die Intelligenz der Führung und der Organisatoren und ebenso für eine sehr beachtliche Arbeits-

[9]) FAZ v. 11. 7. 1966 Nr. 157.

moral der mitteldeutschen Produktionsarbeiterschaft wie ihrer Führungshierarchie." [10])

Aber auch mit Engelszungen vorgetragene Argumente nützen nichts, wenn massive Interessen entgegenstehen, und damit kommen wir zu dem eigentlich entscheidenden Problem gesamtdeutscher Zukunft. Es kann keine Besserung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, keine Befriedung in Mitteleuropa geben, solange die Politik der Bundesregierung versucht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig zu machen. Zu diesen Ergebnissen gehört sowohl die neue deutsche Grenze im Osten, die Oder-Neiße Grenze, wie die Existenz und Entwicklung eines zweiten deutschen Staates, wie — selbstverständlich — das Verbot der Herstellung und Verwendung von Kernwaffen durch die Bundesrepublik (die gelegentlich anzutreffende Meinung, wir hätten nur „freiwillig" auf die Herstellung verzichtet, ist barer Unsinn). Hierüber sollten sich alle Urteilsfähigen einig sein.

Für die in der Bundesrepublik entscheidenden politischen Kräfte besteht nun aber ein wesentlicher Unterschied zwischen der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße Grenze und der der DDR, und dadurch wird der längst fällige Kurswechsel in der Außenpolitik der Bundesrepublik sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Wenn die Bundesregierung auch heute noch immer wieder auf den Grenzen des früheren Reichs vom 31. Dezember 1938 pocht, über die erst bei Verhandlungen über einen allgemeinen Friedensvertrag gesprochen werden könne (freilich ohne jede Neigung, mit solchen Verhandlungen einmal zu beginnen), dann geschieht dies vor allem aus taktischen Gründen: man fürchtet die Manager der Vertriebenenverbände für die jeweils nächsten Wahlen und wagt es daher nicht, dem Volk die Wahrheit zu sagen. In der Sache sind sich die Mitglieder der Bundesregierung — schließlich keine Dummköpfe — natürlich völlig darüber im klaren, daß die ehemals preußischen Gebiete im Osten verloren, und zwar endgültig verloren sind. Sie wären gewiß — von den erwähnten wahltaktischen Ewägungen abgesehen — auch jederzeit bereit, dies anzuerkennen, wenn sie nicht besorgen müßten, damit eine Lawine ins Rollen zu bringen. Diese Lawine ist die DDR.

Die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze berührt die Interessen des westdeutschen Kapitals nicht. Was jenseits dieser Grenze liegt, ist Gegenstand schmerzlichen Verlustes und sehnsüchtiger Erinnerungen für immer noch Millionen. Aber deren Zahl und Gewicht nimmt von Jahr zu Jahr ab, und die vergleichsweise wenigen Großen aus dem Osten haben ihren heute polnischen Besitz längst abgeschrieben und im Westen neu aufgebaut. Ein Frieden mit Polen — nur auf der Grundlage einer Anerkennung des gegenwärtigen polnischen Territoriums denkbar — nähme ihnen nichts und bedeutete für die Zukunft keine Gefahr. Eine Anerkennung der DDR dagegen könnte gewichtige materielle Interessen beeinträchtigen. Auch wenn sie als solche die bestehenden Rechtsordnungen zunächst völlig unberührt ließe, würde sie unzweifelhaft die Diskussion über die verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen hüben und drüben seit 1945, beziehungsweise 1949 beleben. Das mag früher oder später gewisse Veränderungen im sozialen Gefüge auch bei uns nach sich ziehen, und zwar Veränderungen zu Lasten bisher bestehender wirtschaftlicher Machtstellungen, — man denke nur an das Problem einer Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer.

---

[10]) Richert a.a.O., S. 83.

Hier liegt, wie uns scheint, der letzlich entscheidende Grund dafür, daß es in der deutschen Frage bisher nicht weitergekommen ist, ein Moment, das erheblich stärker wirkt als alle rein wahltaktischen Überlegungen im Hinblick auf die Vertriebenenverbände. Die politisch maßgebenden Kreise von CDU/CSU und FDP besorgen von einer Annäherung der beiden deutschen Staaten eine Erschütterung des status quo, deshalb betreiben sie eine Politik der „Wiedervereinigung" mit Hilfe „freier Wahlen", von denen sie sich die Erhaltung dieses Status erhoffen könnten. Sie handeln „national" und riskieren dennoch nichts, denn sie wissen genau, daß solche Wahlen nicht stattfinden werden.

Man möchte einwenden, daß ja auch die SPD den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung seit 1960 (Godesberger Programm) in allem Wesentlichen gebilligt habe. Das ist gewiß richtig, und doch muß man wohl unterscheiden: von der Interessenlage ihrer Mitglieder und Förderer her gesehen dürfte die SPD — sobald sie nicht mehr den Vorwurf „nationaler Unzuverlässigkeit" befürchtet, den ihr der alte Adenauer mit raffinierter Meisterschaft entgegenzuschleudern wußte — immer noch eher geneigt sein, zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten beizutragen als CDU/CSU und FDP. Im Dortmunder Parteitag jedenfalls kann man die „Hoffnung bestätigt finden, daß es in der SPD nach wie vor genügend Kräfte gibt, die diese Partei auf die Dauer zu einer selbständigen Politik führen können."[11]) Doch wollen wir hierauf nicht näher eingehen.[12]) Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli haben der CDU eine empfindliche Niederlage bereitet. Weder die Parole des jovialen Ministerpräsidenten des Landes „Meyers macht es" noch die Abwehr eines Streiks der Bergarbeiter durch Zahlung höherer Löhne und Gehälter aus der Staatskasse — ein auch in unserem Subventions-Musterland beispielloser politischer Korruptionsversuch — haben diese Niederlage verhindern können, sogar am Schaltbrett der Wahllokomotive Ludwig Erhard war offenbar nur noch der Rückwärtsgang intakt. Mag für die Wähler die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Landes- und Bundesregierung (Preissteigerungen, drohende Entlassungen, Fehlen jeder langfristigen energiepolitischen Konzeption), die Passivität der CDU in der deutschen Frage oder die allgemeine Führungslosigkeit innerhalb der Regierungspartei maßgebend gewesen sein: die CDU ist schwer angeschlagen. Innerhalb ihrer Spitzengremien wird hinter verschlossenen Türen sehr deutlich die Frage einer Ablösung des Kanzlers zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt erörtert. Franz Josef Strauß hat es, nachdem Rainer Barzel nach seinen eigenen Worten vorerst einmal „Klassenkeile" bezogen hat, nicht mehr nötig, von sich aus nach vorn zu drängen, sondern wird bald in der Lage sein, seinerseits Bedingungen für seinen Wiedereintritt in die Regierung zu stellen.

Indessen geht es um sehr viel mehr als um die Person des Bundeskanzlers. Nicht nur sein völliges Versagen — für keinen aufmerksamen Beobachter überraschend — läßt sich nicht länger bemänteln, die gesamte Politik der derzeitigen Regierungsparteien muß sich wachsende Kritik auch von ihren Freunden gefallen lassen. Außenpolitisch geraten wir ohne entschiedenen Kurswechsel gegenüber dem Osten immer tiefer in die Sackgasse: um das Hirngespinst des „Gesamtvertretungsanspruchs" der Bundesregierung nicht zu gefährden, klammert man sich halsstarrig — aber zweifellos „konsequent" — an die alberne „salvatorische Klausel" in den Passierschein-Verhandlungen und verzichtet lieber auf die

---

11) Berg, Wo steht die SPD heute? „Blätter" 7/1966, S. 586.

12) Eine ausführliche Analyse der Entwicklung der beiden großen bundesdeutschen Parteien bietet Wolf-Dieter Narr, „CDU—SPD, Programm und Praxis seit 1945", 1966.

Beibehaltung der „Härtestelle für dringende Familienangelegenheiten" in Berlin, als daß man bürokratische Formeln über Bord wirft: Wer opfert hier eigentlich die Menschlichkeit der Politik, nur Ulbricht? Innenpolitisch werden die Energien durch einen listigen Kampf um Vollmachten für die Regierung für den Fall eines Kriegsnotstands verbraucht, statt auf die wirklichen Probleme einer modernen Friedensgesellschaft (Forschung, Bildung, Gesundheit, Raum- und Energieplanung) konzentriert zu werden. Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat eine leichtfertige, ja liederliche Geschäftsgebarung uns 1965 an den Rand des Staatsbankrotts gebracht, heute türmen sich riesige ungelöste Probleme des Haushalts 1967 vor uns auf, aber Bundesregierung und Bundestag werfen auch weiterhin mit allen möglichen Subventionen um sich und entwerten damit die — an sich vernünftigen — Pläne zur Stabilisierung der Konjunktur. Wahrlich, es genügt nicht, die „erbarmungswürdige Figur" (Jaspers) des Bundeskanzlers durch irgend eine andere zu ersetzen. Was nottut, ist eine neue Politik, eine Politik des Friedens, der soliden Wirtschafts- und Finanzgebarung, der langfristig überlegten Konzeptionen, der Wahrhaftigkeit.

Den sachlich gegebenen Ausweg aus der derzeitigen Misere weist Artikel 68 des Grundgesetzes: Vertrauensfrage des Bundeskanzlers an den Bundestag, Versagung des Vertrauens durch die Mehrheit der Mitglieder, Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen im ganzen Bundesgebiet. Aber dann ein Wahlkampf nicht nach den in der Markenwarenindustrie bewährten Rezepten, sondern unter offener Darlegung der echten Probleme des Landes durch die Parteien, der in Aussicht genommenen Wege zu ihrer Lösung und der Begründungen hierfür. Mögen CDU/CSU und FPD offen sagen, daß, wie und warum sie an die Mitverfügungsgewalt über Kernwaffen heranwollen. Aber möge eine wirkliche Opposition auch erwidern, daß und warum sie sich mit der gesamten übrigen Welt — auch Präsident Johnson, auch General de Gaulle — derartigen Plänen auf das entschiedenste widersetzt.

Natürlich geben wir uns nicht dem naiven Glauben hin, daß die Regierungsparteien schon jetzt den Mut haben könnten, ihre Politik offen und ehrlich dem Volk zur Entscheidung zu unterbreiten. Noch ist die wirtschaftliche Lage nicht so, daß sie es nötig zu haben meinen, die Grundfragen ihrer Haltung neu zu überdenken und der Kritik der Wähler auszusetzen. Aber schon heute dürfen wir auf allgemeine Zustimmung rechnen, wenn wir — freilich ohne viel Hoffnung — den Wunsch aussprechen: Handeln Sie, Herr Bundeskanzler, so lange Sie noch Gelegenheit hierzu haben; um Deutschlands Zukunft willen, handeln Sie!

Friedhelm Baukloh

Wählerwille und Parteien

Die CDU hat sich allzulange mit der Bundesrepublik identifiziert. Sie tut es auch heute noch, nach dem schweren Schock, den die Wähler des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. Juli der Union bereiteten. Sie hat sich zu einem Arran-

gement mit dem Wahlsieger an Rhein und Ruhr, der SPD, weder in Düsseldorf noch in Bonn bereitgefunden. Sie ist vielmehr entschlossen, auch mit knappster und brüchigster Mehrheit ihre Machtposition im Staate zu verteidigen. Da sie den Wähler fürchten gelernt hat, lehnt sie Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen ab, nachdem keine klare parlamentarische Mehrheitsbildung im wichtigsten Land der Bundesrepublik möglich war, weil die FDP sich freiwillig zur Hilfstruppe der CDU erklärte.

So sind die Sozialdemokraten durch den Wählerwillen veranlaßt worden, die Chancen des Herausforderers künftig ernstlich wahrzunehmen, in Düsseldorf wie in Bonn. Denn die Wahlentscheidung im größten und für die Industriegesellschaft typischen Bundesland war auch eine Abstimmung über die Bundespolitik. Die Strukturkrise des Ruhrreviers, der Währungsverfall, die Rolle der Union als Verhinderer des Redneraustausches mit der SED, die Unsicherheit, die auch weite Kreise der Mittelschichten angesichts der eindeutig großindustriellen Interessenpolitik der Regierung Erhard ergriff, der Einbruch der SPD in breite, bisher traditionell zur CDU neigende katholische Arbeitnehmerschichten, die vielfach als sensationell empfundene Absage auch der Mehrheit der weiblichen Wähler an die CDU, (wobei sowohl die Preisentwicklung wie auch etwa die militante Menschenverachtung in der Opferung der Starfighter-Piloten zugunsten einer einseitigen Rüstungspolitik die — von den Kirchen nicht mehr so massiv wie bisher beeinflußte — Entscheidung mitbestimmte) das alles sind Momente, bei denen die Wähler die Verantwortlichen nicht nur in Düsseldorf, sondern primär in Bonn suchten.

Im Mittelpunkt der Wahlkampfauseinandersetzungen hatte der Bundeskanzler gestanden. Ahnungsvoll schrieben die CDU-„Ruhrnachrichten" [1]), Erhards Reise durch das Revier werde über den Ausgang der Wahl wesentlich mitentscheiden. Man hatte den Bundeskanzler auf die Stimmung im Revier zu präparieren versucht. Doch die vielgerühmte Wahllokomotive entgleiste in Wanne-Eickel und Gelsenkirchen irreparabel, als er die Bergleute, die ihm ihre Sorgen entgegenhielten, „schamloses Gesindel" nannte und damit in recht entlarvender Weise zu erkennen gab, was seine Regierung vom Arbeitnehmer hält, dem sie beharrlich die wirtschaftliche Mitbestimmung verweigert. Wo Erhard im Revier gesprochen hatte, stimmten nicht nur wie im Ruhrgebietsdurchschnitt 60, sondern 65 bis 68 Prozent für die SPD, und das galt keineswegs seiner unwichtigen Person, sondern dem autoritären, undemokratischen Herrschaftsanspruch, gepaart mit Verachtung der „Massen", dessen Sprecher Erhard ist.

Gleichwohl sagte Franz Meyers die schlichte Wahrheit, als er nach dem Verlust von zehn Mandaten im Landtag und nach der eindeutigen Verweisung seiner Partei auf den zweiten Platz vor den Fernsehkameras in der Wahlnacht erklärte: „Ich bin der Verlierer." Um Mitternacht freilich hatte er mit Westrick telefoniert, und da sprach er bereits von den Möglichkeiten, als Chef eines geschäftsführenden Kabinetts weiter zu amtieren, wenn sich keine tragfähige Mehrheit für eine neue Landesregierung abzeichnen sollte. Von dem Augenblick an wußte Meyers, daß es für ihn nach der Parteiräson nur das Weiterwursteln bis zum bitteren Ende oder den Rückzug ins Privatleben gab. Denn in Bonn fielen noch in der Wahlnacht im innersten Kreis der CDU die Würfel. Die Interessenten, welche die Erhardregierung steuern, gedachten nicht, zurückzustecken. Sie verlangten, daß Meyers die Stellung hält.

---

1) „Ruhrnachrichten", Dortmund, 6. VII. 1966.

Freilich kann die CDU nicht mehr allein aus eigener Kraft ihre Macht behaupten. Aber die Drohung mit der Großen Koalition macht ihr die FDP gefügig. Erhard schwieg in der Wahlnacht. Mende fiel es zu, in Bonn zu erklären, es sei nichts geschehen, was die Bundespolitik beeinflussen könne. Und Weyer versicherte der CDU die bedingungslose Gefolgschaft bei dem Abenteuer der Mini-Koalition der Geschlagenen, die schon am 25. Juli (nach je einem Scheingespräch der „Verhandlungsdelegationen" von CDU und FDP mit der SPD) im Landtag von Franz Meyers „zum Wohle des Landes" beschworen wurde.

Da die FDP nicht bereit war, mit der SPD zu koalieren, stand in der Öffentlichkeit bis zu der dramatischen Wiederwahl von Meyers im zweiten Wahlgang mit einer, seiner, Stimme Mehrheit — ein CDU-Abgeordneter hatte durch Stimmenthaltung demonstriert — nur die Große Koalition zur Diskussion. Sie fand viele und unterschiedlichste Fürsprecher in der Presse. Die Große Koalition setzt aber voraus, daß die CDU mehrere Möglichkeiten der Politik anerkennt. Zwar gibt es in ihren Reihen, bis hin zur Führungsspitze, mancherlei Methodenstreit. Doch war man sich darin nach dem Debakel von Düsseldorf rasch einig, daß nunmehr eine Anlehnung in Düsseldorf an die siegreiche SPD dem Eingeständnis des Machtverfalls gleichkam. Es hätte zu einem Koalitionswechsel in Bonn in absehbarer Zeit — wenn nicht gleich nach der parlamentarischen Sommerpause, so doch wohl im nächsten Frühjahr — führen müssen. Eine Hoffnung, wie sie Paul Lücke beflügelte, als er einen Tag nach der Wahlentscheidung Wehner zum sechzigsten Geburtstag als „großen Patrioten" feierte und ihm das von Bundespräsident Lübke gespendete Angebinde verlieh, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Wehner aber gab sich skeptisch und gefiel sich in makabren Aphorismen wie etwa: „Noch wenn ich auf der Bahre liege, wird man sagen: Alles nur Taktik." Er war nicht sicher, ob eine Große Koalition, wie sie ihm vorschwebt, eine Koalition der Notstandsverfassung, nach diesem Wählervotum an Rhein und Ruhr zu verwirklichen sei. Zu jenem Zeitpunkt schrieb, nach Rücksprache mit Industrieanwalt Dufhues, Chefredakteur Schmelzer für die CDU-„Ruhrnachrichten" bereits nieder: „Wenn die gesamte CDU die gleiche Courage aufbrächte, wie der FDP-Vorsitzende (von Nordrhein-Westfalen) Weyer, so könnte sie sich mit der Berufung auf die zwar stark geschmälerte, aber doch auch unzweifelhaft noch existierende Mehrheit an Mandaten und Stimmen zu einer neuen Regierungsbildung durchboxen. Aber dazu gehört eine unbeugsame Energie, die auch einen Sturm der Kritik drinnen und draußen überstehen kann." [2])

Die CDU hat in der Tat die Hoffnung, durch ein starres Festhalten an ihrer Gesamtpolitik ohne Abstriche eine Situation forciert heraufbeschwören zu können, in der es für das Engagement der Bundesrepublik keine Alternative mehr gibt. Das machte auf der Pariser Tagung der NATO-Verteidigungsminister Herr von Hassel deutlich, als er eisern auf dem Wunsch Bonns beharrte, an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen mitbeteiligt zu werden, was bei den anderen NATO-Partnern eine Reaktion auslöste, wie sie Hermann Proebst in der „Süddeutschen Zeitung" treffend beschrieb: „Mittlerweile sprechen sie allerorten über Sicherheit; aber nicht mehr von der unsrigen, sondern von einer für ganz Europa. Das will heißen: Sicherheit vor uns." [3]) Auch in der Deutschlandpolitik verhärtete sich die Bonner Politik weiter. „In Berlin wurde jetzt bekannt", so meldete die SPD-nahe „Westfälische Rundschau" nach dem Scheitern der jüngsten Passierscheingespräche, „daß die von der Bundesregierung geforderte einseitige Erklä-

[2]) „Ruhrnachrichten", Dortmund, 12. VII. 1966.
[3]) „Süddeutsche Zeitung", München, 30. VII. 1966.

rung, die der Berliner Senatsrat Horst Korber bei der Unterzeichnung der nicht zustande gekommenen Passierscheinübereinkunft für dringende Familienfälle abgeben sollte" — die ausdrückliche Nichtanerkennung des Partners der Übereinkunft, der Behörden der DDR nämlich, betreffend — „von einem Beschluß des CDU-Präsidiums vom 1. Juli verursacht wurde. In diesem Beschluß forderte das Führungsgremium der CDU, daß jede Dynamisierung der SPD-Politik als Folge von gesamtdeutschen Initiativen vermieden werden müsse." [4]). Das war die Politik, die den Redneraustausch scheitern ließ und die nach dem 10. Juli auch mit Vehemenz weiter gegen Passierscheinregelungen verfolgt wurde, wobei leider die im Berliner Senat regierende SPD von ihrem primären Verhandlungsrecht mit zaghafter Rücksicht auf das Veto aus Bonn vorerst keinen energischen Gebrauch machte. Indes ist die Fortsetzung der Verhandlungen in Ostberlin nicht blockiert worden.

Die CDU möchte noch einmal dem ihr gegenüber so kritisch gewordenen Wähler den Schneid abkaufen. Man hat im CDU-Lager gesagt, der Wahlerfolg der SPD in Nordrhein-Westfalen sei auf „Panikmache" der Sozialdemokraten zurückzuführen.[5]) In Wirklichkeit macht die CDU in einem erschreckenden Maße Panik in der ganzen Welt mit ihren „Sicherheits"-Forderungen nach Atomwaffen und mit ihren Attentaten gegen jeden Ansatz zur Entspannung. Als einzige Konsequenz aus der Wahlniederlage wird die Hereinnahme von Franz Josef Strauß ins Bundeskabinett diskutiert — und zwar als Vorsitzender des Verteidigungsrats.[6]) Deutlicher kann der Wille zum militanten Wagnis personell nicht unterstrichen werden. Die CDU steuert auf einen provokanten Spannungszustand zu, der ihr erlauben soll, — auch ohne Notstandsverfassung, wenn die SPD nicht mitmacht, die gleichwohl vorher massiv bearbeitet werden dürfte in Hinsicht auf ihre „nationale Pflicht" — ihre politische Handlungsweise ganz der Errichtung einer „zweiten Front" zumindest der psychologischen Kriegsführung in Europa dienlich zu machen. Wenn beispielsweise die Springerpresse so hartnäckig nach Parallelen zwischen Vietnam und Deutschland sucht, in solcher Politik sollen sie von Bonn geschaffen werden. Dabei hat Hassel McNamara in Paris erneut versichert, es liege doch nur an den USA, für die Bundesrepublik Atomwaffen zu bewilligen, dann werde Bonn diese militante Entlastungsoffensive politisch-strategisch notfalls auch im Wesentlichen mit den eigenen Streitkräften bewerkstelligen können.

Daß die Bundesrepublik vom Kalten Krieg nicht loskomme, weil eben sie am meisten Nutzen daraus gezogen habe, ist ein Eindruck, dem man heute in der englischen, der französischen und der italienischen Presse immer wieder begegnet. Am ausgeprägtesten und besorgtesten natürlich in der östlichen Presse. Überschriften wie „Verwässerte Abschreckung" [7]) im Leitartikel von Springers „Welt" zu der jüngsten Pariser NATO-Konferenz sind nicht geeignet, solche Befürchtungen zu widerlegen. Sie finden in der bundesdeutschen Presse gerade im Chor der Befürworter einer atomaren Aufrüstung ihre entschiedenste Bestätigung. „Um aber die Abschreckung glaubwürdig zu machen, müssen nach Auffassung des Bundesverteidigungsministers in einem ‚ausgewogenen System von konventionellen und nuklearen Waffen' im Falle eines Konflikts die Atomwaffen ‚rechtzeitig' für den Einsatz freigegeben werden. Hier geht es um die Atomgarantie, auf die Bonn pocht", [8]) schreibt Axel Schützsack im innigen Einverständnis mit Hassel.

---

4) „Westfälische Rundschau", Dortmund, 1. VIII. 1966.
5) Vgl. Die Schlacht an der Ruhr, „Civis", August 1966.
6) Vgl. „Spiegel", 25. VII. 1966.
7) „Die Welt", Hamburg, 29. VII. 1966.
8) A.a.O.

Das ist „gefährliches Spiel". Die Übergänge zwischen gefährlichem Spiel und dem bewußten Foul des Einzelgängers sind nicht nur im Fußball fließend. Ein besorgter Schiedsrichter pfeift da rechtzeitig ab. Das befürchtet, in einer Art Atomwaffenhysterie, der Leitartikler der „Welt" Axel Schützsack sogar von dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara, dem man in Bonn doch ansonsten wegen seiner Eskalation in Vietnam soviel Bewunderung entgegenbringt. So klagt Schützsack über die Amerikaner: „Sie möchten das Atomrisiko in Europa möglichst klein halten." Und betont dagegen: „Für Bonn stellt sich das Problem notwendigerweise anders." Freilich „notwendigerweise" — wenn man die „Notwendigkeiten" postuliert, welche die CDU ihrer Politik zugrundelegt. Einer Politik, die folglich und eingestandenermaßen das Atomrisiko möglichst groß halten will.

Das hat inzwischen auch der Wähler bemerkt. Nämlich spätestens an den wirtschaftlichen Folgeerscheinungen der immer forcierten Rüstungspolitik. Er hat eingesehen, was Augstein im „Spiegel" — vor dem vorgesehenen nächsten Vorsitzenden des Verteidigungsrats Franz Josef Strauß warnend — auf den Nenner brachte: „Wie man sich rüstet, so liegt man." [9]) Die Erfordernisse einer solchen Bonner Eskalationspolitik übersteigen die Leistungskraft auch der vor einigen Jahren noch blühenden Wirtschaft, deren innere Strukturprobleme bei der einseitigen Bonner Blickrichtung ungelöst und unbeachtet bleiben.

Hatte Meyers etwa noch gehofft, indem er für Erhard in Düsseldorf als Ministerpräsident einer Koalition gegen die Hälfte der Wähler in die Bresche sprang, jetzt werde Bonn wenigstens die dringlichsten Erfordernisse einer Energiepolitik an der Ruhr erfüllen, so holte er sich bereits in der Woche seiner umstrittenen Amtsübernahme die erste schneidende Absage aus dem Bundeskanzleramt. „Stahlhilfe für Meyers abgelehnt!", „Stillegungen bei Krupp", „Revierstadt ohne Bergbau" (Mülheim) [10]), das sind Schlagzeilen aus einer Revierzeitung eines einzigen Tages. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" faßt die Haltung der Bundesregierung als „Konsequenz aus dem 10. Juli" auf: „Absage an die ausgefransten Popularitätsschemen, die mehr als Geld aus der Bundeskasse kosten und nichts als Nackenschläge eintragen wie die öffentlichen Lohnsubventionen für den Bergbau." [11]) Das „schamlose Gesindel", das zu 65 Prozent SPD gewählt hat, soll jetzt die Quittung erhalten. Das sind die „Konsequenzen des Wahlsonntags", wie jener mit brutaler Offenheit geschriebene Leitartikel des Erhard-Kurses in dem offiziösen Regierungsorgan überschrieben war. Im Revier hat sich denn auch die Überzeugung fest eingewurzelt, daß hinfort von Bonn und Düsseldorf aus noch drastischer „gegen das Ruhrgebiet" [12]) regiert werde, wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" es als Sprachrohr der Bevölkerung dieses Raumes nannte. Das artet zur Groteske aus, wenn zu dem für das Ruhrgebiet zuständigen Minister für Raumordnung im neuen Kabinett Meyers ein bisher nie mit den Sorgen des Reviers befaßter Geschäftsführer der Handwerkskammer des münsterländischen Ahaus, Franz Berding, ernannt wird. (Während sich hartnäckig das Gerücht hält, der einzige im Revier in direkter Wahl gewählte CDU-Abgeordnete — alle anderen Ruhrgebietsmandate fielen mit absoluter Stimmenmehrheit an die SPD — habe die protestierende Stimmenthaltung bei der Wahl von Meyers geübt.)

---

9) „Spiegel", 25. VII. 1966.
10) „Westfälische Rundschau", Dortmund, 30. VII. 1966.
11) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. VII. 1966.
12) „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", Essen, 14. VII. 1966.

So klar die Haltung der CDU bundespolitisch fixiert ist auf den Kurs der starr militanten Machtpolitik, so ungewiß ist, wie die SPD sich in die Rolle einer, von der Parteiführung angekündigten, harten Opposition in Bonn und Düsseldorf hineinfinden wird. Beschwichtiger im Kreise um Wehner versuchen zunächst einmal zu verniedlichen und reden davon, Meyers klebe an seinem Ministerpräsidentensessel und verhindere aus egoistischer landesväterlicher Attitüde die starke Regierung aus SPD und CDU, die das Land dringend brauche. Damit wird dem im Grunde tiefresignierten Meyers Unrecht getan. Vielleicht bewußt. Denn sonst müßten solche Gemeinsamkeitsapostel in der SPD ja zugeben, daß sie an der Fortsetzung der Kalte-Kriegs-Politik jahrelang ihr Maß an Mitschuld trugen und daß gerade von ihnen auch heute keine Alternative, wie sie der Wähler verlangt — zu seiner staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und Friedenssicherheit — zu erwarten ist. „Nicht Düsseldorf, sondern Bonn" entscheidet, müssen sich diese Unverwüstlichen von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" [13]) belehren lassen. Völlig zu Recht.

Brandt, auf den sich so viele Erwartungen richten, hat zunächst einmal in den Passierscheinverhandlungen erneut dem Druck aus Bonn nachgegeben. Er bleibt, soviel Klarsicht manche seiner Berater zeigen, ein hamletischer Zauderer. Nur zu geneigt, jeweils den dominierenden Einflüssen in der Parteiführung Recht zu geben, statt selbst, nach dem Vertrauensvotum des Dortmunder Parteitags, die Führung zu übernehmen und sich gegen Wehner durchzusetzen. Wie es der Parteitag wünschte. In Nordrhein-Westfalen aber wird die SPD durch die krisenhaft zugespitzte Entwicklung, getragen von dem Willen einer ständig zunehmenden Mehrheit der Bevölkerung, geradezu gezwungen, auf „Sieg" und nicht mehr auf „Platz" und Kompromiß zu setzen. Die nächsten Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz werden nicht ohne Rückwirkungen auf das CDU-Regime in Düsseldorf bleiben. Neuwahlen vor Ablauf der Legislaturperiode werden auch in der nordrhein-westfälischen CDU weithin als unvermeidlich befürchtet. Heinz Kühn, der Sieger der Landtagswahl und Chef der Düsseldorfer SPD-Fraktion, ist sicher, daß Neuwahlen keine Regierung gegen die SPD mehr erlauben würden. Und daß die CDU, samt ihrer freidemokratischen Geist vermissen lassenden Hilfstruppe um Weyer, einer Niederlage nicht mehr entgehen kann, wenn der diesmal genarrte Wähler das nächste Mal zu befinden hat, wer in Düsseldorf regieren soll.

Das ist eine neue Situation für die SPD. Sie muß nun mit der Gewißheit leben, daß der Wähler eine Wachablösung wünscht, in Düsseldorf wie in Bonn, und daß sie die Regierung von morgen zu stellen hat, wenn dieser Wählerwille konstant bleibt. Der Wähler wird aber nur dann auch weiterhin die SPD favorisieren, wie bei ihrem Durchbruch am 10. Juli, wenn sie jetzt verläßlich bleibt in ihrer Opposition gegen die Inflations-, Rüstungs- und Notstandspolitik, mit der die CDU die Fortsetzung des Kalten Krieges zur ultima ratio erklärt hat.

---

13) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22. VII. 1966.

Egbert Hoehl

„Glorreiche Tradition und nationale Erneuerung" (I)

Spanien und der Falangismus

Die Projektion des spanischen Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 aus bundesdeutscher Sicht entspricht in mancher Beziehung noch immer der nationalsozialistischen Auffassung. Teilnehmer des Spanienkrieges, die auf republikanischer Seite kämpften, werden verketzert. Die damalige Republik wird als „Rotspanien" bezeichnet, ihre Legitimität geleugnet, Franco als Protagonist des christlichen Abendlandes gerühmt.

Zu diesem Resümee gelangte W. Scharlau in einer „Panorama"-Sendung vom 15. Februar 1965. Und er übertrieb nicht. Die in der Bundesrepublik gegebenen Möglichkeiten, sich über die letzten Jahrzehnte spanischer Geschichte zu unterrichten, sind auf wenige Bücher und einige Artikel beschränkt. Wesentliches Schrifttum, vor allem spanischer Herkunft (sowohl von republikanischer als auch von nationaler Seite), ist nur in der Originalsprache zugänglich und liegt zumeist nicht einmal in wissenschaftlichen deutschen Bibliotheken vor. Sozialistische Literatur wird schon gar nicht zur Kenntnis genommen. Die Auswahl an brauchbarem publiziertem Material ist gering. Hier muß zuerst die umfangreiche Darstellung von Hugh Thomas über den Bürgerkrieg (Bibliographie aller erwähnten und im Text verwendeten Werke am Schluß dieses Beitrages) erwähnt werden, die ihren Anspruch auf Objektivität weitgehend erfüllt. Chronologisch und in der Schilderung des Systems und der Ideologie zuverlässig ist Bernd Nellessens Geschichte der Falange. Salvador de Madariagas Topographie spanischen Wesens und spanischer Politik ist hinsichtlich zahlreicher Details unentbehrlich und von europäisch-liberaler Sicht aus repräsentativ. Die vorgegebene Objektivität mündet allerdings gelegentlich in eben jenen schwärmerischen und ungerechten Subjektivismus, den der Autor mit Recht dem politisch-historischen Denken des Spaniers ankreidet. Einem enormen Aufwand an psychologischer Einfühlsamkeit in die „spanische Seele" steht ein befremdender Mangel an Verständnis für die ungeheure Leistung des republikanischen Existenzkampfes gegenüber.

Richard Wrights subjektives, aber hellsichtiges Erlebnisbuch „Heidnisches Spanien" enthüllt den irrationalen Terror, der Lebensform und Weltschau des Spaniers bestimmt. George Orwell schildert seine persönlichen Erlebnisse während des Bürgerkrieges und seinen Bruch mit der Linken in „Mein Katalonien". Zwei wesentliche Darstellungen des Bürgerkrieges aus kommunistischer Sicht von Ludwig Renn und Luigi Nono sind in der DDR erschienen. Reflexionen über die heutige gesellschaftspolitische Situation in Spanien vermittelt ein soeben auch deutschsprachig erschienener kleiner Essayband von Juan Goytisolo.

Da diese wenigen Bücher von ganz verschiedenen Standorten aus konzipiert sind, fällt es dem mit der Materie nicht vertrauten Leser tatsächlich schwer, sich

Politische Texte

Herausgegeb. v. Wolfgang Abendroth, Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim

Charles Fourier	**Theorie der vier Bewegungen** Herausgegeben von Theodor W. Adorno Eingeleitet von Elisabeth Lenk
368 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 12.—
August Thalheimer u. a.	**Kapitalismus und Faschismus** Herausgegeben von Wolfgang Abendroth Eingeleitet von Kurt Kliem, Jörg Kammler und Rüdiger Griepenburg
ca. 180 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 9.—
Karl Korsch	**Marxismus und Philosophie** Herausgegeben und eingeleitet von Erich Gerlach
208 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 9.—
Paul Lafargue	**Das Recht auf Faulheit** — und persönliche Erinnerungen an Karl Marx Herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher
96 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 6.—
Rosa Luxemburg	**Politische Schriften · Band I** Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim
ca. 180 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 12.—
Gottfried Wilhelm Leibniz	**Politische Schriften · Band I** Herausgegeben und eingeleitet von Hans Heinz Holz Übersetzt von Hans Heinz Holz und Manfred Vollmer
ca. 300 Seiten	steifkartoniert mit Schutzumschlag DM 12.—
In Vorbereitung Texte von:	N. Bakunin Friedrich Engels Johann G. Fichte Georg W. F. Hegel Immanuel Kant Gustav Landauer John Locke Karl Marx

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt

zuverlässig zu orientieren. Dazu kommt, daß besonders in den letzten zwei Jahren euphemistische Presseberichte in zunehmendem Maße die Realität des Franco-Regimes verschleiern. Zu leugnen, daß sich ein sozialer und politischer Wandel abzeichnet, wäre böswillige Ignoranz. Die Frage ist nur, welche Grenzen diesem Wandel gesetzt sind und — wie Goytisolo es formulierte — „ob der begonnene Entwicklungsprozeß sich vollenden wird, oder ob er nur eine irreführende Modernisierung der Fassade" bedeutet.

Der nachfolgende Beitrag stellt einen Versuch dar, in der verworrenen Topographie der letzten fünfzig Jahre gravierende Strömungen und Tendenzen aufzuspüren. Das ist, schon wegen der räumlichen Beschränkung, ein äußerst schwieriges Unterfangen. Der Autor ist sich der Gefahren, die sich aus der pauschalen Behandlung eines solch komplexen Themas ergeben, durchaus bewußt. Deshalb die einleitenden Literaturhinweise. Sie mögen allen ernsthaften Interessenten weiterhelfen.

I

„No existe libertad sino, dentro de un orden." Franco. (Inschrift an der französisch-spanischen Grenze in La Junquera.)

Die Straße über den Pyrenäenpaß von La Junquera ist heute einer der meistfrequentierten Trampelpfade der Touristik. Im Januar 1939 spielte sich hier eine der großen Flüchtlingstragödien des zwanzigsten Jahrhunderts ab. Die zerschlagenen republikanischen Truppen und Massen katalanischer Flüchtlinge versuchten nach Frankreich zu gelangen. Die Grenze wurde zwar widerstrebend geöffnet, aber Lagerelend und Emigrantennot erwartete die Menschen. Der erste Akt eines blutigen Dramas ging zu Ende: der Bürgerkrieg. Das Drama nahm auf der spanischen Seite ohne Pause seinen Fortgang. Das übrige Europa hatte noch eine kurze Gnadenfrist. Bereits zwei Monate vor Beendigung der Kampfhandlungen, am 13. 2. 1939, erließ Franco das berüchtigte „Dekret gegen alle Personen, die sich von Oktober 1934 bis Juli 1936 ‚subversiver Betätigung' schuldig gemacht hatten, wie auch jene, die seither die nationale Regierung aktiv oder ‚durch passive Resistenz' bekämpft hatten. Die nationalen Dienststellen wurden damit zu umfassenden Rachemaßnahmen ermächtigt. Die Proskriptionen hatten schon begonnen. General Gambara berichtete an Ciano, daß Franco in Barcelona eine ‚sehr gründliche, drastische Säuberung' eingeleitet hätte . . ." (Thomas). Der „Caudillo" stabilisierte auch späterhin seinen mit Waffengewalt geschaffenen „neuen Staat" nach bewährter Methode. Darüber wird noch zu sprechen sein.

II

„Die Gleichsetzung der Republik mit Kommunismus ist kindisch." Salvador de Madariaga (zitiert nach der „Panorama"-Sendung vom 15. 2. 1965).

Der Verfall des spanischen Imperiums, endgültig besiegelt durch den Verlust der süd- und mittelamerikanischen Kolonien, wurde von den traditionalistischen Kräften nie verwunden. Hier stößt man auf ein Nationaltrauma, das nicht zu

unterschätzende reaktionäre Energien erzeugte, wie die Geschichte der Falange beweist. Schon die Entfaltung und Entwicklung des Liberalismus seit Anfang des 19. Jahrhunderts in Spanien vollzog sich unter heftiger Anfeindung seitens der Traditionalisten. Sie diffamierten den Liberalismus als Frucht der französischen Aufklärung, die Spaniens alte geschichtliche Ordnung vergifte. „Der Traditionalismus hält starr an einer dem Mittelalter verhafteten Interpretation von Monarchie, Staat und Gesellschaft fest..." (Nellessen). Die Rückkehr zur Ständeordnung wird angestrebt, die absolute Autorität der Kirche (deren Instrument die Monarchie ist) propagiert.

Nun hatte aber das Versagen der Monarchie bei der Besetzung Spaniens durch Napoleon das Aufkommen liberaler Ideen begünstigt. Der Aufstand des spanischen Volkes gegen die Franzosen hatte die Bildung einer Nationalversammlung zur Folge, der vorwiegend Liberale angehörten. In Cádiz wurde 1812 auf der Grundlage der parlamentarischen konstitutionellen Monarchie die erste liberale Verfassung Spaniens beschlossen und 1813 die Inquisition als verfassungswidrig liquidiert. Mit der Rückkehr Ferdinands VII. auf den Thron erhob die Despotie wieder ihr Haupt, unterstützt von der Heiligen Allianz. Das restliche 19. Jahrhundert war von Unruhen und Kriegen bewegt. Traditionalismus und Monarchie standen gegen die liberale Bewegung, die sich überdies noch in Gemäßigte und Fortschrittliche („moderados" und „progresistas") spaltete. Die Liberalen mußten Zuflucht zum Militär nehmen, laut de Madariaga eine nicht gerade weise Bündnispolitik, denn der politisierende General sei „der Fluch Spaniens in der Neuzeit gewesen" (was uns sofort wieder an Franco denken läßt). Es ist von sekundärer Bedeutung, sagt de Madariaga, ob der politisierende General einer liberalen oder reaktionären Richtung anhängt, er ist immer „ein Reaktionär durch sein Temperament". So haben die Militärs dann auch „immer die klerikale Reaktion gestützt, geduldet und animiert". — „Die klerikale Reaktion schließlich, die im Gefolge der Militärdiktaturen einzieht, hat unheilvolle Folgen überall." Während des ganzen 19. Jahrhunderts spielt das Militär in Spanien eine alles andere als saubere oder gar segensreiche Rolle. Intrigen, Verschwörungen, Aufstände, Verrat markieren seinen Weg. In seinem 1957/58 erschienenen Spanienbuch sprach Richard Wright von den „teuflischen Kreisbewegungen der Falange: Staat, Armee und Kirche". Die historischen Parallelen sind verblüffend. Sie finden sich umgekehrt auch in den antiklerikalen Maßnahmen, die den Gegnern der Republik bis in unsere Tage Anlaß zu überzogener emotionaler Propaganda geben. Salvador de Madariaga bemerkt: „Die spanische Geschichte des 19. Jahrhunderts würde viel ruhiger verlaufen sein..., wenn die Entwicklung ... ohne den Druck von Klerikalismus und Militarismus vor sich gegangen wäre. Der fast permanente Bürgerkrieg, die Erscheinungsform dieser Entwicklung im 19. Jahrhundert, war zwar ursprünglich ein Kampf zwischen Absolutismus und Liberalismus, entartete aber allmählich in eine Auseinandersetzung zwischen Klerikalismus und Militarismus und endete — schlimmstes der Übel — in einem ungeschriebenen, aber kompakten Friedens- und Bündnisvertrag der beiden Mächte."

Nellessen kritisiert, daß die Liberalen während ihrer ersten Regierungsperiode (1820—1823) massive antiklerikale Politik betrieben, muß aber doch zugeben, daß dies die Antwort auf das Verhalten der Kirche war, die sich auf die Seite des absolutistischen Ferdinand VII. schlug, der die liberalen Errungenschaften diktatorisch beseitigte. Einseitig ist auch Nellessens Interpretation, die Erste Republik (1873—1874) habe mit „ihrem hemmungslosen Extremismus gegen die bestehende Ordnung auch den Höhepunkt des Kampfes gegen die Kirche"

erreicht. Salvador de Madariaga macht deutlich, in welchem Ausmaß der Klerus auch minimale Fortschritte in dem angestrebten sozialen, gesellschaftlichen, rechtlichen und pädagogischen Emanzipationsprozeß des Liberalismus zu verhindern suchte. Auch mit dem Feind-Trick operierte die Kirche unentwegt :„Das Gespenst des Bürgerkriegs ... wird regelmäßig beschworen, um liberale Reformen abzuwehren." Nellessen zitiert König Alfons XIII., der noch im November 1923 dem Papst die „innige Verbindung von Kirche und Staat" bestätigte und erklärte: „das heutige Spanien sei die Fortsetzung Spaniens unter Philipp II., ‚eine Streiterin im Namen der Kirche. Wenn Eure Heiligkeit ... zu einem neuen Kreuzzug wider die Feinde unserer geheiligten Religion aufriefe, so würden Spanien und sein König nie von ihrem Ehrenplatz weichen.' " Nellessen kommentiert richtig: „Solche phantastische Übersteigerung des offiziellen Spaniens verdeutlicht die Krankhaftigkeit des Systems, mit dem sich die spanische Kirche auch im politischen Bereich innig verbunden wußte."

Schon diese wenigen Hinweise lassen erkennen, daß die antiklerikalen Maßnahmen der Liberalen den kirchlichen Einfluß keineswegs verringern konnten. Vermutlich wären weitaus massivere Maßnahmen nötig gewesen, um eine fühlbare Liberalisierung des öffentlichen Lebens (Beispiel: Eherecht, Unterrichtswesen) zu erzielen. Bis zur Abdankung Alfons XIII., in dessen Regierungszeit die Diktatur Primo de Riveras (1923—1930) fiel, blieb Spaniens politische Landschaft zerklüftet. Die Diktatur de Riveras ruhte „mehr auf Gewalt als auf Autorität. Ihre Tendenz war zentralistisch, sie verließ sich auf die Armee, war der Klerikalen Partei und der Kirche wohlgesinnt, hatte aristokratische Sympathien für den Großgrundbesitz und ein gewisses Wohlwollen für die Sozialisten im Gegensatz zu den Syndikalisten ..."

In seiner weiteren Beurteilung Primo de Riveras macht de Madariaga allerdings einige artistisch anmutende Kopfstände. „Großmut" und „Mutterwitz" (!) werden gegen den Terror des Diktators gesetzt. Mitunter ist de Madariagas beredter Objekivismus unerträglich. Aber um nicht ungerecht zu werden: sein Porträt de Riveras macht die politische Situation jener Jahre deutlich. Es war eine beklemmende Situation. Und es ist erstaunlich, daß sich trotz aller polizeilicher Gewaltmaßnahmen, trotz schärfster Zensur, trotz aufsehenerregender persönlicher Diskriminierungen (Miguel de Unamuno wurde wegen kritischer Äußerungen in einem Privatbrief seiner Lehrtätigkeit an der Universität Salamanca enthoben und verbannt), trotz Anpassung des Unterrichtswesens an die Ansprüche „der klerikalen Reaktionäre", um nur einige Markierungen zu setzen, starke oppositionelle Strömungen im Volke herausbilden konnten. Es gehört zu den brauchbarsten Erkenntnissen Nellessens, die „Tragik der spanischen Arbeiterbewegung" dimensional richtig bewertet zu haben. Ihr „Kampf gegen die starre Klassenherrschaft der Liberalen" stand „unter dem Signum der Zerrissenheit im eigenen Lager ... Der kompromißunwillige, leidenschaftliche Zug, der als ein wesentliches Merkmal in der Auseinandersetzung innerhalb der liberalen Bewegung wie in dem Aufeinanderprall von Liberalen und Traditionalisten erscheint, zeigt sich in gleicher Stärke bei der Arbeiterschaft und mit den gleichen verhängnisvollen Folgen für sie selbst wie für das land." (Lediglich die „verhängnisvollen Folgen ... für das Land" müssen als Fiktion zurückgewiesen werden. Selbst eine unverbrüchliche Aktionseinheit der sozialistischen Gruppen hätte unter den gegebenen politischen und klerikalen Verhältnissen wenig mehr erreichen können als märtyrerhafte Selbstbestätigung. Es fehlte sogar an den elementaren wirtschaftlichen Voraussetzungen, die ja erst nach und nach geschaf-

fen werden mußten.) Die Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung verlangt wegen der unerläßlichen Differenzierungen der politischen, psychologischen, kommunalen Grundlagen eine separate Behandlung, die in diesem Rahmen nicht möglich ist. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß de Madariaga einen interessanten „Stammbaum" aufstellte (den auch Nellessen übernahm): „Barcelona kann als anarchistisch und Madrid als sozialistisch gelten." Aus dem katalanischen und kastilischen Wurzelgrund erwuchsen die staatsverneinende und die staatsbejahende Bewegung. Die eine wird auf Bakunin zurückgeführt, es ist die anarchistisch-individualistische; die andere auf Marx, der de Madariaga den Rang zuerkennt, „der einzige wahrhaft historische Organismus im politischen Leben des modernen Spaniens" zu sein. Dieser sozialistischen Richtung (Partido democrático socialista obrero = Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1879 in Madrid gegründet) wird von liberalen Historikern allgemein bescheinigt, daß sie immer die Legalität gewahrt habe. Hierzu zählt auch die UGT (Unión General de Trabajadores), der sozialistische Gewerkschaftsbund. Das Loyalitätsprinzip wurde allerdings übermäßig strapaziert, als es zu engen Kontakten mit Primo de Rivera kam.

Radikale Aktivität stand auf dem Programm der anarchistischen Federación de Trabajadores de la Región Espanola, die sich schon 1888 wieder auflöste, wohl um in kleinen Gruppen ein Maximum an Beweglichkeit entfalten zu können. Die revolutionären Massenaktionen in Spanien sind nichtsdestoweniger den Anarchisten zu verdanken. In der liberalen Schreibweise heißt das dann: sie „schürten Aufruhr". Nachdem sich verschiedene Syndikate gebildet hatten, schlossen sie sich 1908 zur Confederación Nacional del Trabajo (CNT), dem anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbund, zusammen. Die Kampforganisation des CNT war der Sindicato único, später — unter de Rivera — die Federación Anarquista Ibérica, die FAI (als Geheimorganisation bezeichnet, es handelt sich jedoch um eine militante Widerstandsorganisation gegen monarchistische, traditionalistische und faschistische Staatsordnungen). Wolfgang Abendroth schreibt in seiner „Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung": „Der Gegensatz zwischen der anarchistischen FAI und der anarcho-syndikalistischen CNT, die vor allem Landarbeiter und ungelernte Arbeiter umfaßte, einerseits und der aus Bergarbeitern Asturiens und gelernten Industriearbeitern bestehenden UGT andererseits hat sich bis heute in der illegalen Opposition gegen das Regime Francos erhalten ... Die Unterdrückung der baskischen und katalonischen Minoritäten durch die Regierung in Madrid hatte die föderalistischen Tendenzen in den Arbeiterorganisationen gefördert. Die nahezu mittelalterliche soziale Position und geistige Haltung der katholischen Bischöfe und der Klöster und der umfangreiche Grundbesitz der Kirche hatten einen schroffen, bisweilen gewaltsamen Antiklerikalismus zur conditio sine qua non geistiger Freiheit gemacht. Aus diesen Gründen blieb Spanien das einzige europäische Land, in dem eine anarchistische Massenbewegung sich bis in die Gegenwart erhalten konnte." Die 1921 gebildete Kommunistische Partei, von der sich die trotzkistische POUM (Partido obrero de unificación marxista) abspaltete, hatte keinen Einfluß auf das politische Geschehen. (Über die Rolle der POUM während des Bürgerkrieges berichtet George Orwell in „Mein Katalonien". Er selbst gehörte der POUM an). Nach der Entlassung Primo de Riveras sah sich Alfons XIII. bald gezwungen, den Thron zu verlassen. Er dankte ab, als die Gemeindewahlen vom 12. April 1931 in den Städten eine massive antimonarchistische Opposition erkennen ließen. Am 14. April wurde die Republik proklamiert. Der Feind-Trick der Republik-Gegner entlarvte sich von selbst. Es kam weder zum Bürgerkrieg noch

zu den geringsten Ausschreitungen. „Die Revolution war so sauber vor sich gegangen, so unbefleckt von jeder Ausschreitung, wie sie gewöhnlich die dramatischen Augenblicke in der Geschichte besudelt, so frei von militärischer Einmischung für oder wider, so klar in ihrem geordneten Ausdruck der öffentlichen Meinung, daß das erste Gefühl, das ihr Triumph in den Herzen aller Republikaner erweckte, das stolzer Freude war. Spanien hatte der Welt gezeigt, daß eine der ältesten Monarchien Europas von der geistigen Kraft der Demokratie mit einem sauberen Streich gefällt werden konnte, ohne daß dabei im ganzen Land auch nur ein Fensterglas zerbrochen worden war. Es ist schon richtig: die Republik ist lächelnd gekommen und verdiente sehr wohl den wunderlichen Namen, den ihr im 19. Jahrhundert ihre getreuen Verschworenen zu geben pflegten: ‚La Nina Bonita', das schöne Mädchen" (de Madariaga). Am 28. Juni 1931 fanden die Parlamentswahlen statt. Am 14. Juli trat die verfassunggebende Versammlung in Madrid zusammen, ein politisch äußerst gemischtes Forum, das den Ausspruch de Madariagas verständlich macht: „Die Gleichsetzung der Republik mit Kommunismus ist kindisch."

Die kurze Geschichte der Republik ist dramatisch. Schon das erste Kabinett bestand aus Mitgliedern von gelegentlich extrem verschiedener Mentalität und heterogener politischer Herkunft. Es hätte einer langen Zeit inneren Friedens bedurft, um die unterschiedlich gearteten Ansprüche dieser heterogenen Interessengruppen einander anzugleichen. Die politische Hinterlassenschaft der zerfallenen Monarchie mußte geordnet werden. Der in Jahrhunderten aufgestaute Zorn gegen den Klerus und die berechtigten Ansprüche der Kirche standen sich gegenüber. Probleme über Probleme erwarteten die Staatsmänner der Republik: die Katalanische Frage, die Baskische Frage, die Galicische Frage, die religiöse, militärische, Arbeiter-Frage, das Besitzproblem.

Salvador de Madariaga gehört zu den entschiedenen Kritikern an der Kirchenpolitik der jungen Republik, wiewohl er doch immer wieder auf die Notwendigkeit einer Absicherung des kirchlichen Machtstrebens verweist. Es ist falsch, von „antiklerikaler Politik" zu sprechen. Die am 9. Dezember 1931 verkündete Verfassung enthielt nur einige antiklerikale Artikel. Der Jesuitenorden wurde aufgelöst, aber die Ordensbrüder konnten ihre Lehrtätigkeit weiterhin ausüben, weil das Gesetz nur den religiösen Orden eine solche Tätigkeit verbot, nicht aber Privatleuten. „Es war dies nicht der einzige und nicht der letzte Fall gesetzgeberischer Inkonsequenz in der Geschichte der Republik" (de Madariaga). Natürlich läßt sich über einige Maßnahmen streiten. Vielleicht wäre es wirklich klüger gewesen, den Kirchen mehr entgegenzukommen. Aber erstens bestand überhaupt nie die Absicht, das rein religiöse Volksleben einzuengen; vielmehr war die Verweltlichung des bisher stark klerikal beeinflußten öffentlichen Lebens das Ziel. Zweitens begann der kirchliche Kampf gegen die Republik noch vor Verkündung der neuen Verfassung. „Schon aber sammelten sich die Feinde der Republik", schreibt Hugh Thomas, der sich mit Eifer um die Berücksichtigung aller Standorte bemüht. „Den ersten Schuß in dem Kampf, der bis zum Bürgerkrieg währen sollte, gab Kardinal Segura, Erzbischof von Toledo und Primas der Kirche von Spanien, mit seinem scharfen Hirtenbrief Anfang Mai ab." Segura wurde am 14. Juni ausgewiesen. Aber dies dürfte weniger dem Hirtenbrief zuzuschreiben gewesen sein als der unfreundlichen Haltung des Vatikans dem neuen spanischen Botschafter gegenüber. Am 24. Mai nämlich wurde „Luis Zulueta das Agrément verweigert, ein unverständlicher Schritt, denn Zulueta war als hochgebildete, religiös veranlagte, wenn auch nicht orthodox katholische Persönlichkeit für diesen Posten glänzend geeignet . . ." (de Madariaga).

Am 10. Mai 1931 versetzte eine Demonstration der Monarchisten die Menge in Rage. Die Generale Orgaz und Ponte und einige rechtsgerichtete Persönlichkeiten beteiligten sich an der Versammlung, die laut Hugh Thomas „in der Tat einen Aufstand gegen die Republik" plante. Die Anarchisten nutzten die Stimmung, und es kam zu Brandstiftungen in mehreren Kirchen und Klöstern. Hier wären zweifellos drakonische Maßnahmen der Regierung notwendig gewesen. Jedenfalls genügte es nicht, die Ereignisse der monarchistischen Provokation zuzuschreiben. Dies war nur der Anfang einer Reihe von Geschehnissen, welche verhinderten, daß die Republik ihr politisches Gleichgewicht gewann. Die Anarchisten waren zu ungeduldig und hatten vor allem die Landarbeiter hinter sich. (Wie aber hätte die Republik innerhalb weniger Monate deren wirtschaftliches Elend beseitigen sollen?) Die Armee konspirierte. Die Guardia Civil, gehaßt und gefürchtet, versäumte man zu reorganisieren. Der Katholizismus wurde in zunehmendem Maße aktiv. Aus der nach Ende der Monarchie gegründeten „Acción Popular" ging die CEDA (Confederación Espanola de Derechas Autónomas) hervor, eine militante katholische Partei. Ihr Führer war José Maria Gil Robles. Entgegen der Ansicht Nellessens sind Gil Robles durchaus faschistische Neigungen und Tendenzen nachzuweisen. Auch präfalangistische Gruppen unterhöhlten von Anfang an die Republik. Ramiro Ledesma Ramos warb mit seinem Kampfblatt „La Conquista del Estado" (in dem Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf" veröffentlicht wurden) und einem antirepublikanischen Manifest für einen neuen autoritären Staat, der sich auf die „glorreiche" mittelalterliche Tradition Spaniens gründen sollte. Auch Hitler und Mussolini wurden als Vorbilder genannt. Im gleichen Jahr 1931 erschien in Valladolid eine weitere faschistische Wochenzeitung: „Libertad". Herausgeber war Onésima Redondo Ortega, der auch eine falangistisch inspirierte Partei gründete. Die beiden ehemaligen Studenten vereinigten ihre Gesinnungsfreunde sodann in der JONS (Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalisa), deren sechzehn Punkte umfassendes Manifest (1931) schon als Präludium des späteren Programms der Falange — zumindest hinsichtlich der Struktur und Ideologie — angesehen werden kann. Ihr Symbol war das Pfeilkreuz. Ihre Forderungen richteten sich u. a. auf die „Einheit Spaniens", die „nationale Kräftigung", die Unterordnung unter die „Ziele des Vaterlandes", die „imperiale Ausdehnung Spaniens", die „Säuberung der Verwaltung", „das Verbot marxistischer, antinationaler Parteien", „Durchdringung der Massen mit hispanischer Kultur", „radikale Ausmerzung aller ausländischen Einflüsse". Nellessen bagatellisiert dieses Programm als „Ausdruck einer ungestümen Vaterlandsliebe junger Menschen, die gegen die Zügellosigkeit der Situation rebellieren, doch ist ihre Antwort ebenso maßlos wie irreal". Maßlos und irreal: dasselbe gilt für das Programm der Falange. Zunächst aber gewannen die JONS Mitglieder, darunter Radikalisten vom anarchosyndikalistischen CNT, die von extremer Linksaußen-Position ins Lager der extremen Rechten konvertierten. Der Radikalismus machte bereits der ersten Regierung der Republik schwer zu schaffen. Hugh Thomas berichtet von einer offenen Rebellion gegen die Guardia Civil um die Jahreswende 1931/1932. „Im öden, dünnbevölkerten Estremadura steht ein kleiner Pueblo von 900 Einwohnern, Castilblanco geheißen ... Gewalttätigkeiten waren hier unbekannt. Die Ortsgruppe der CNT ersuchte nun um Genehmigung einer Versammlung. Diese wurde verweigert. Die Anarchisten beschlossen, sich nicht hindern zu lassen. Darauf wurde die Zivilgarde eingesetzt. ... Als sie die CNT-Versammlung zu verhindern versuchten, fiel die ganze Dorfbevölkerung über sie her. Vier Gendarmen wurden getötet ... Die Leichen wurden verstümmelt ..." An diesem Beispiel läßt sich ablesen, welch schwerwiegendes Versäumnis es war, die Guardia Civil nicht abgeschafft zu haben. Die

militärisch organisierte und kasernierte Garde war überall verhaßt und stand „im verdienten Ruf der Brutalität" (Thomas). Während der hier skizzierte Übergriff der Zivilbevölkerung psychologisch durchaus verständlich ist (er wurde auch von der Regierung nicht geahndet, weil man nicht das ganze Dorf vor Gericht stellen konnte), muß ein Teil der sich anschließenden Arbeiterunruhen in Frage gestellt werden. Denn bei allem Verständnis für die soziale Notlage konnte die Regierung nicht innerhalb weniger Wochen Mißstände beseitigen, die sich über Jahrhunderte hinweg erstreckten.

Ausgesprochen alarmierend waren die Vorgänge innerhalb der Armee. Manuel Azaña, Ministerpräsident und Kriegsminister der ersten Regierung, ein untadeliger Republikaner, wußte um die Gefahren, die von dieser Seite her drohten. Er unterstellte das Militär den Zivilgerichten, schaffte die Hoheitsgewalt der acht Generalkapitäne ab, stellte die Offiziere vor die Alternative: republikanische Loyalität oder Pensionierung, kurz gesagt: er machte sich äußerst unbeliebt. Viele Offiziere traten in den Ruhestand, erhielten hohe Pensionen und — konspirierten gegen die Republik. „Ein großer Teil der spanischen Offiziere sah in den militärischen Traditionen die Verkörperung eines zeitlosen, hochkastilianischen Spaniens ohne Parteipolitik, das Ordnung schuf und alles Unspanische abwarf. Unter letzterem verstanden sie Separatismus, Sozialismus, Freimaurerei, Kommunismus und Anarchismus. Sie redeten sich ein, ihr Offizierseid, ‚die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten und es gegen seine inneren und äußeren Feinde zu verteidigen' (Art. 2 des Armee-Grundgesetzes), habe Vorrang vor dem Treueid gegenüber der Republik ..." (Thomas). Die UME (Unión Militar Española), eine rechtsgerichtete Offiziersvereinigung, gewann viele Anhänger. Auch die monarchistisch-traditionalistischen Gruppen entfalteten Aktivität. Die konspirativen Absichten dieser Kreise kulminierten in dem Putschversuch des Generals José Sanjurjo vom August 1932. Betroffen waren Madrid und Sevilla. Beteiligt waren Carlisten, aristokratische Offiziere und Faschisten. Laut Hugh Thomas wurde vor dem Aufstand ein Kurier nach Italien geschickt, der von Marschall Balbo die Zusage erhielt, bei Gelingen der Aktion werde man die Aufständischen diplomatisch unterstützen. Solche Details sind außerordentlich wichtig für die Erkenntnis der kontinuierlichen Beziehungen des faschistischen Europas trotz aller nationaler und religiöser Unterschiede. Den Aufstand in Sevilla führte Sanjurjo an, aber ohne großen Erfolg. Er wurde verhaftet, mit zahlreichen anderen Offizieren vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und dann doch begnadigt. Azaña hatte ihm das Leben geschenkt.

Auch Redondo war in diesen Putsch verwickelt. Er verschwand für einige Zeit nach Portugal, um anläßlich des Wahlkampfes im Oktober 1933 wieder aufzutauchen. In diesem Jahr 1933 intensivierten die faschistisch inspirierten Gruppen allgemein ihre Bestrebungen. Am 16. März erschien in Madrid die erste Ausgabe der Zeitung „El Fascio", die offen ihre Sympathie für Mussolini und Hitler bekundete. Der Redaktion gehörten u. a. Ledesma Ramos, Giménez Caballero (der 1932 mit seinem Buch „Genio de España" den katholizistischen Faschismus propagiert hatte) und José Antonio Primo de Rivera, der Sohn des verstorbenen Diktators, an. Zwar wurde die Zeitung verboten, aber diese einzige Ausgabe kam einer Manifestation gleich. In verschiedenen Artikeln wurde dem demokratischen Staatswesen radikal abgeschworen und der Kampf um die Errichtung eines faschistischen Staates verkündet. Kurz darauf (22. und 23. März 1933) verbreitete José Antonio in der monarchistischen Zeitung „ABC", als Antwort auf einen Kommentar zum Verbot von „El Fascio", seine Vorstellungen von der

historischen Mission des Faschismus. Dadurch gewann er neue Freunde. Nach einem Besuch Antonios bei Mussolini am 19. Oktober wurde am 29. Oktober 1933 die „Falange Española" gegründet. Kurz zuvor war Azaña zurückgetreten. Die Regierung hatte mit immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Kleingläubige Intellektuelle polemisierten mit schäbigen Argumenten gegen die Republik, die sie angeblich enttäuscht habe (Ortega y Gasset und Miguel de Unamuno).

In der Rückschau erscheint es wie ein Wunder, daß die Republik überhaupt einige Jahre existieren konnte, zumal nach den Wahlen vom 19. November und 3 Dezember 1933 eine starke Rechtsregierung gebildet wurde. Deren reaktionäre Maßnahmen sabotierten die demokratischen Errungenschaften der vorausgegangenen Regierung. Reformen wurden rückgängig gemacht, inhaftierte Rechtsextremisten, darunter General Sanjurjo, amnestiert, was „die alten Verschwörer zu neuen Komplotten" ermunterte (Thomas). Die Carlisten und Monarchisten entfalteten neue Aktivität. Die Situation der Arbeiter und der Landbevölkerung verschlechterte sich. „Die Löhne der Landarbeiter fielen wieder auf einen Hungerpunkt, die Sicherung der Beschäftigung hörte auf, die Hoffnung auf Landzuteilung schwand dahin. Viele Tausende mußten fliehen und sich in Dörfern, Gebirgen und Tälern im Zentrum, Süden und Südwesten des Landes verbergen" (de Madariaga). Am 13. Februar 1934 erfolgte die Vereinigung der JONS und der Falange. José Antonio hatte sich bereits im Parlament eingenistet. José Maria Gil Robles, militanter Katholik faschistoider Provenienz (Hitleranhänger), Führer der CEDA, der vom Vatikan, dem faschistischen Ausland, dem spanischen Klerus, Militär und Großgrundbesitz unterstützten Katholischen Partei, ließ auf einer Tagung in Asturien durchblicken, „nach dem Zusammentritt der Cortes (Parlament) im Oktober (1934) würde seine Partei die Regierung nicht weiter unterstützen. Das hieß offenkundig, daß er selber die Macht übernehmen wollte" (Thomas). Robles hatte als Führer der Rechtskoalition wesentlichen Einfluß. Die Sozialisten warnten. Nach Ablehnung der Regierung Samper wurden drei Vertreter der CEDA in das von Lerroux gebildete Kabinett berufen. Das brachte die Linke auf den Plan. Und die Rechte schlug zu. Spanien erlebte ein Vorspiel des Bürgerkrieges, den Franco im Juli 1936 entfachen sollte. Zunächst aber wurde er zur Niederschlagung des Bergarbeiteraufstandes (zusammen mit General Goded) nach Asturien beordert, jenes Aufstandes, von dem Romain Rolland sagte, seit der Pariser Kommune habe die Welt nichts so Herrliches gesehen.

(Der zweite Teil behandelt den Zeitraum von 1934 bis zur Gegenwart, unter besonderer Berücksichtigung des Falangismus.)

Dr. Fritz Köhler

Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34

Auf Studien im Deutschen Zentralarchiv Merseburg, die umfangreiches bisher unpubliziertes Material zu Tage förderten, stützt sich die Untersuchung von Fritz Köhler; es scheint uns, daß es auch heute genügend Anlaß gibt, sich diese Vorgänge ins Gedächtnis zu rufen. *D. Red.*

Vor mehr als 30 Jahren, im November 1934, wurde im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Akte geschlossen, die Auskunft gibt über den Beginn einer der dunkelsten Perioden in der deutschen Hochschulgeschichte. Das letzte Stück dieser Akte ist eine Liste: „Zahlenmäßige Zusammenstellung der Entscheidungen auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums." [1]) Sie verzeichnet, gegliedert nach dem Dienstverhältnis, die Zahl der Hochschullehrer, die in den ersten Monaten der faschistischen Diktatur von den deutschen Universitäten und Hochschulen vertrieben wurden: Vom 7. April 1933 bis zum 31. März 1934 allein in Preußen 426, im übrigen Reich 188. Dieser zahlenmäßigen Aufstellung folgt ein ausführliches Verzeichnis. Alle 614 Hochschullehrer sind mit ihrem Namen aufgeführt; dahinter steht der Paragraph des Gesetzes, auf Grund dessen sie von ihrer Hochschule vertrieben wurden. In der Akte liegen noch 42 offensichtlich nicht mehr zustellbar gewesene Entlassungsschreiben, aus denen die Personalien der Hochschullehrer und die Entlassungsgründe im einzelnen zu ersehen sind.

Aus den gesamten Unterlagen wird folgendes deutlich: der faschistische Terror richtete sich vom ersten Tage an gegen jene Intellektuellen, die den Geist des Humanismus, des Friedens, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft verkörperten und lehrten.[2]) Die abgrundtiefe Kultur- und Wissenschaftsfeindlichkeit des Faschismus symbolisierte sich gleichsam in diesem ersten Akt ihrer Kulturbarbarei, dem am 10. Mai 1933 der zweite Schritt zur Zerstörung deutscher Wissenschaft und Kunst folgte: Wissenschaftliche Werke von Weltgeltung und international beachtete künstlerische Leistungen des deutschen Volkes — darunter die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, Heinrich Heine, Thomas und Heinrich Mann, Franz Werfel, Johannes R. Becher, Kurt Tucholsky, Alfred Doblin, Bertolt Brecht, Erich Kästner, Lion Feuchtwanger, Walter Hasenclever, Erich Maria Remarque, Arnold und Stefan Zweig und Hunderter anderer — wurden öffentlich verbrannt. Bis 1939 wurden 17 000 Gemälde, Grafiken und Plastiken aus den Museen und Galerien entfernt und beschlagnahmt, und am 20. März 1939 folgte der

1) Deutsches Zentralarchiv (DZA) Merseburg, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV Nr. XIII. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Beurfsbeamtentums" wurde von der Reichsregierung am 7. April 1933 beschlossen, verkündet und in Kraft gesetzt, Reichsgesetzblatt I, Jg. 1933, Nr. 34 vom 7. April 1933, S. 175.

2) Lothar Berthold, Das System des faschistischen Terrors in Deutschland und die Haltung der einzelnen Klassen und Volksschichten. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Jg. 1964, Heft 1, Seite 11 ff.

Bücherverbrennung die Bilderverbrennung, der nahezu 5000 unersetzliche Werke deutschen künstlerischen Schaffens zum Opfer fielen.

Die Kultur- und Wissenschaftsfeindlichkeit, die diesen Verbrechen zugrunde liegt, kommt in jeder Handlung bei der Durchführung des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zum Ausdruck. Angesehene und international anerkannte Gelehrte wurden aus politischen oder pseudowissenschaftlichen sogenannten „rassischen" Gründen von den Universitäten, aus den wissenschaftlichen Akademien und Forschungsinstituten vertrieben. Eine Woche nach dem Erlaß des Gesetzes erfolgten die ersten sechzehn „Beurlaubungen" an preußischen Universitäten. „Der Kommissar des Reiches" sandte am 13. April an Prof. Dr. Emil Lederer, einen der bekanntesten deutschen Vertreter der theoretischen Nationalökonomie, folgendes Schreiben: „Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (R. G. Bl. S. 175 ff) sehe ich mich veranlaßt, Sie bis zur endgültigen Entscheidung mit sofortiger Wirkung aus Ihrem Amte zu beurlauben. Diese Beurlaubung gilt auch für jede Tätigkeit, die Sie in Verbindung mit Ihrem Hauptamt oder im Zusammenhang mit Ihrer Universitätsstellung ausüben. Ihre Gehaltsbezüge werden Ihnen bis auf weiteres in der bisherigen Weise weitergezahlt." [3]) Aus der ebenfalls in der Akte vorhandenen Entlassungszustellung geht hervor, daß Lederer von der Universität gejagt wurde, weil er seit 1925 Mitglied der SPD und weil er Nichtarier war. Von der Berliner Handelshochschule wurde Prof. M. J. Bonn, der kurz zuvor von seinem Amt als Rektor zurückgetreten war, der bedeutendste Schüler Lujo Brentanos, Verfechter des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, vertrieben. Der Frankfurter Honorarprofessor Sinzheimer, Arbeitsrechtler und sozialdemokratischer Abgeordneter, wurde nach einem Brief gleichen Datums sofort seines Amtes entbunden. Er durfte keine andere Tätigkeit ausüben, und seine Bezüge wurden sofort gesperrt. An der Universität Frankfurt wurden am gleichen Tage die ordentlichen Professoren Heller, Max Horkheimer, Paul Tillich, Karl Mannheim und A. Löwe vertrieben. Die Universität Bonn verlor die Professoren Alfred Kantorowicz (Zahnmedizin) und Loewenstein; von der Berliner Universität wurden die Professoren Cohn und Mark vertrieben. In Halle wurde Günther Dehn seines Lehrstuhls verwiesen; in Kiel Hermann Kantorowicz, in Köln Hans Kelsen, in Königsberg Professor Feiler von der Handelshochschule. Als die Presse am 14. April über die „Beurlaubung" der bekannten Hochschullehrer berichtete, ließ sie keinen Zweifel daran, daß diese Maßnahme durchaus endgültig und eine Vertreibung sei. Das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung" wiesen in ihren Berichten auf den Ruf der relegierten Gelehrten hin und darauf, daß der deutschen Wissenschaft schwerer Schaden zugefügt werde, wenn dieses Gesetz weiterhin angewendet werde.[4])

In den folgenden Wochen und Monaten arbeitete die Beamtenbürokratie pausenlos an der Durchführung dieses Gesetzes. Vor allem wurden solche Hochschullehrer vertrieben, die fortschrittliche und humanistische Ideen vertraten oder sich zum Sozialismus bekannten. Von der Berliner Universität wurde Professor Martin Hobohm verwiesen. Die Begründung lautete: „SPD, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Liga für Menschenrechte, Bund Republikanischer Beamter; außerdem Archivrat im Reichsarchiv und als solcher ebenfalls auf Grund des § 4 aus dem Staatsdienst entlassen.[5])

---

[3]) DZA Merseburg, a.a.O.
[4]) Berliner Tageblatt, 14. April 1933, Vossische Zeitung, Berlin, 14. April 1933.
[5]) DZA Merseburg, a.a.O.: die weiter zitierten Begründungen stammen aus der gleichen Akte.

Die Begründung für die Entlassung Professor Alfred Meusels — meines späteren Lehrers und Mentors — von der Technischen Hochschule Aachen lautet: „Gründer und Vorsitzender der ‚Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland', Betätigung in der ‚Deutschen Friedensgesellschaft', Verteilung staatsfeindlicher Flugblätter; Herausgeber marxistischer Schriften." Daß Meusel ebenfalls langjähriges Mitglied der SPD war, scheint den braunen Häschern entgangen zu sein. Jedenfalls befindet sich ein solcher Hinweis nicht auf der Entlassungszustellung.

Veit Valentin, Dozent an der Handelshochschule Berlin, war Mitglied des Reichsbanners, der Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft.

Professor Max Rauer wurde von seinem Lehrstuhl in Breslau vertrieben, weil er Vorsitzender des Friedensbundes Deutscher Katholiken war und „als solcher durch pazifistische Tätigkeit die Maßnahmen der nationalen Regierung zu sabotieren versucht." Wegen lediglich dreimonatiger Mitgliedschaft in der SPD — vom 15. Februar 1933 bis zu ihrer Auflösung am 9. Juni 1933 — mußte der Bonner Privatdozent Ernst Fuchs seine wissenschaftliche Arbeit aufgeben.

Viele Hochschullehrer wurden aus ihren Ämtern verjagt, weil sie für die Professoren Gumbel und Lessing eingetreten waren; so die Professoren Siegfried Maruck, Hans Rademacher und Berthold Altauer von der Universität und Fritz Noether von der Technischen Hochschule Breslau sowie die Professoren Isidor Traube, Bruno Traut und David Samuel Holde von der Technischen Hochschule Berlin. Auf der Entlassungszustellung für Professor Berthold Altauer heißt es:

„Beteiligung an der Angelegenheit des Professors Gumbel, die keine Gewähr bietet, daß Professor Altauer sich jeder Zeit rückhaltlos für den nationalen Staat einsetzen wird."

Einige der von den Hochschulen vertriebenen Professoren und Dozenten wurden gleichzeitig verhaftet und in die Gestapokeller geschleppt, so der oben genannte Zahnmediziner Kantorowicz, Mitglied und Stadtverordneter der SPD, „wegen Begünstigung der Kommunisten" und „Verbindung zu kommunistischen Flugblattverteilern" und Wilhelm Girnus von der Universität Berlin.[6]) Die Mitteilung im Reichsministerialblatt über die Entlassung galt für Wilhelm Girnus gleichzeitig als Zustellung. Auf dem gleichen Weg wurde Prof. M. H. Kuczynski seine „Versetzung in den Ruhestand" mitgeteilt und dem bekannten Physiker Leo Scilard seine Entlassung.[7]) Wie vielen anderen war den beiden letztgenannten die Flucht ins Ausland gelungen.

Die gesamten Unterlagen über die Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" gegen die Hochschullehrer beweisen eindeutig, daß alle Kräfte, die von den Faschisten als tatsächliche oder potentielle Gegner ihrer Gewaltherrschaft betrachtet wurden, in gestufter Abfolge aus dem deutschen Universitätsleben beseitigt wurden: zunächst diejenigen, die sich in den Parteien und Organisationen der Linken und der Mitte engagiert hatten oder die demokratischen Ideen der Weimarer Verfassung vertraten, dann die in konfessionell orientierten politischen Vereinigungen tätigen Wissenschaftler und

[6]) Reichsministerialblatt, Berlin, 61. Jg. 1933, Nr. 38 v. 29. September 1933, Seite 463 bis 466.
[7]) Ebenda, Nr. 52 vom 15. Dezember 1933, Seite 689.

schließlich sogar ausgesprochene Anhänger der deutschnationalen Rechten, wenn sie sich dem Terror der Nazis aus Gründen der Legalität und der Humanität entgegenstellten. Vertreter aller politischen Parteien und Gruppierungen, Anhänger der verschiedensten politischen Ansichten, Theorien und Lehren ihres wissenschaftlichen Faches befanden sich unter den Verfolgten. Die Quellen belegen, daß der faschistische Terrorapparat viele Wissenschaftler vertrieb, die zu den politischen und gesellschaftlichen Kreisen gehörten, welche den Aufstieg des Nationalsozialismus aus klassen- und nationalpolitischen Gründen förderten oder duldeten und die ihrer Weltanschauung nach oder durch ihre politische Auffassung den politischen Richtungen der sogenannten „nationalen Erhebung" von 1933 eng verbunden waren. Unter den verschiedenen Gelehrten befanden sich sogar solche, die sich gegenüber der faschistischen Diktatur insgesamt durchaus loyal verhielten, sich jedoch gegen einzelne pseudowissenschaftliche Thesen oder politische Maßnahmen wandten. Ein typisches Beispiel dafür ist der faschistische Terror gegen den Professor der Medizin Geheimrat Dr. Paul Krause von der Universität Münster.[8]) Dieser hatte in einem Privatbrief an einen Kollegen gegen die Zulassung der Heilpraktiker gewettert, die von ihm veranlaßten Gegenaktionen mitgeteilt und den Kollegen gebeten, ebenfalls Maßnahmen dagegen zu organisieren. Der Brief war durch Unachtsamkeit und Gutgläubigkeit des Kollegen in die Hände des „Gauobmannes" des „Nationalsozialistischen Ärztebundes" in Münster gelangt, und dieser hatte ihn an den „Führer der deutschen Ärzte", Wagener, weitergeleitet. Dieser machte aus den rein wissenschaftlichen Erwägungen Krauses „politische Sabotage" und begann die Treibereien am 7. Dezember 1933 mit einem Brief an Professor Krause und politischen Diffamierungen im Deutschen Ärzteblatt vom 9. Dezember 1933.[9]) Während des Wintersemesters 1933/34 ist Professor Krause Diffamierungen, Intrigen und öffentlichen Beschimpfungen von der Dozentenschaftsleitung, von den Nazis unter seinen Ärzten und Assistenten, von der faschistischen Studentenschaft ausgesetzt. Gegen den Widerstand der Fakultät Prof. Krause zum Sommersemester 1934 von seinem Lehrstuhl zu vertreiben, gelang den Faschisten nicht mehr. Zwischen dem 7. und 11. Mai 1934 schied Professor Krause freiwillig aus dem Leben. Sein politisches Testament hatte er am 20. Februar 1934 verfaßt: „Mein letzter Gedanke gilt meinem Vaterlande, dem heißgeliebten; ich habe treue Arbeit und Dienste ihm geleistet. Gott schütze es in seiner Not. Gott schütze die deutschen Universitäten und ihre Lehrer, möge der furchtbare terroristische Druck, die Verfolgung, welche ungerecht und überflüssig ist, aufhören. Einen ehrerbietigen Gruß dem Vater des Vaterlandes, dem großen Feldherrn von Hindenburg und seinem Kanzler, möchten sie bald die irrsinnige Verfolgung der Hochschullehrer abblasen."

Diese Zeilen sind auf einem privaten Kopfbogen geschrieben und Dr. Paul Krause unterschrieben. Sie zeigen die tiefe Tragik jener Gelehrten, die politisch-ideologisch dem preußisch-deutschen Militarismus anhingen, ja glaubten, den Faschismus aus patriotischem Pflichtgefühl akzeptieren zu müssen, sich aber gleichzeitig absolute wissenschaftliche und menschliche Redlichkeit bewahren zu können.

Weitere Beispiele hierzu finden sich auch unter den schon genannten Gelehrten, die gleich zu Anfang entlassen wurden.

Gleichzeitig wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" von den Nazis auf den verschiedensten Ebenen dazu ausgenutzt, unliebsame

[8]) DZA Merseburg, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17 Band II Beiheft.
[9]) 63. Jahrgang, Nr. 24.

Hochschullehrer von den Lehrstühlen zu vertreiben oder bestimmte Lehrstühle oder Stellen für Anhänger der Nazipartei und der faschistischen Irrlehren freizumachen. Auch dafür gibt es zahlreiche Belege. So findet sich z. B. folgender Vermerk vom 12. Oktober 1933: [10]) „Die auf beiliegenden 9 Listen verzeichneten Dozenten sind sämtlich Nichtarier, die nicht Frontkämpfer und nicht Vorkriegsbeamte waren. Sie sind aber vor dem Kriege bereits Privatdozenten gewesen. Nach dem Wortlaut des Beamtengesetzes haben sie also am 1. August 1914 die Voraussetzungen erfüllt, die zu einer planmäßigen Anstellung gegeben sein müssen. Sie können also im Amt verbleiben, sofern sie sich hervorragend bewährt haben. Da die Habilitationen in allen diesen Fällen mindestens 19 Jahre zurückliegen und die Betreffenden ein Ordinariat bisher nicht erreicht haben, kann angenommen werden, daß eine hervorragende Bewährung in keinem dieser Fälle vorliegt. Den auf beiliegenden 9 Listen verzeichneten Dozenten — insgesamt 51 — ist die Lehrbefugnis zu entziehen, bzw. ein erteilter Lehrauftrag zurückzuziehen. . ."

War das Gesetz selbst bei „weitherzigster" Auslegung nicht anwendbar, so demonstrierten von den Nazis organisierte Studentenkrawalle die „politische Unzuverlässigkeit" bestimmter Professoren. Und deren Entfernung erfolgte nun „im Interesse der Wiederherstellung oder der Aufrechterhaltung eines geordneten Lehrbetriebes".

Ein „sehr eilig" signiertes Schreiben des Ministerialrates Dr. Haupt vom 28. Februar 1934 an alle Rektoren enthüllt die wahre Willkür, mit der vorgegangen wurde:

„. . . die Frist für das Gesetz ist für die meisten Fälle ja schon längere Zeit abgelaufen, und nur für die Anwendung des § 5 (Versetzung in ein anderes Amt) und den § 6 (Versetzung in den Ruhestand) läuft die Frist noch bis zum 31. März. Die Frage. . . ist nun die, ob nach Ihrem Urteil sich an der dortigen Hochschule noch Dozenten finden, bei denen eine Anwendung des § 6 im Interesse des Dienstes noch geboten erscheint. Es könnte ja sein, daß es sich erst im abgelaufenen Jahr herausgestellt hat, bei welchen Dozenten sich gegenwärtig Schwierigkeiten im Unterricht für die Hochschule ergeben. . .

Es wäre ferner zu denken an solche Herren, deren politische Unzuverlässigkeit sich erst im Laufe der letzten Monate herausgestellt hat . . ." [11])

Dieses Vorgehen des faschistischen Staatsapparates wurde begünstigt durch das hierarchische System der sogenannten akademischen Selbstverwaltung, dessen Organisationsform und Art und Weise der Bindung an den Staatsapparat es diesem jederzeit ermöglicht, durch Auswechseln der Rektoren und Dekane und eine Vermehrung der Vollmachten der Kuratoren die gesamte Universität in die Gewalt zu bekommen.

Wenige Wochen nach der faschistischen Machtergreifung, am 21. April 1933, schrieb der Reichskommissar für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rust, an alle Universitäten: „Zur Gleichschaltung der Hochschulen mit dem Willen der Regierung sind dort, wo seit dem 1. Februar d. J. keine Rektorenwahlen stattgefunden haben, Rektor und Dekan und Senat spätestens sofort nach Semester-

10) DZA Merseburg, Rep. 76, V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 1 Band XIV vom Oktober 1933 bis Dezember 1934.
11) Ebenda.

beginn neu zu wählen. Die Amtszeit dieser neugewählten Rektoren, Dekane und Senate läuft dann bis zum übernächsten ordnungsgemäßen Wahltermin." [12])

An dieses Schreiben Rusts schließen sich viele Briefwechsel an, die besonders die Vorgänge beim Wechsel der Dekane erhellen. So geriet der neue Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau, Professor Nagler, bei den Nazis in Mißkredit, weil er dem abgewählten Dekan, Professor Dr. Schott, nur die Hälfte der Dekans-Bezüge für das Wintersemester 1932/33 abgefordert hatte. Die Reichskommissar hatte entschieden, daß den scheidenden Dekanen die ihnen zustehenden Bezüge vorenthalten und diese den neuernannten Dekanen ausgezahlt würden. Professor Dr. Schott starb kurze Zeit nach seiner Entlassung als Dekan. Seine Witwe schrieb am 13. Juli 1934 an seinen Nachfolger und bat um Uberlassung der ihrem verstorbenen Mann zustehenden Gelder: „Sehr geehrter Herr Professor!... Er hat ja diesem Dekanat mit ganzer Hingabe seine letzte Lebenskraft gewidmet. Ich weiß, daß Sie es verstehen werden, wenn ich die Sache so offen darlege. Es ist Ihnen ja bekannt, wie schwer uns dieser Schicksalsschlag getroffen hat, und auch, welche äußeren Sorgen seitdem auf uns lasten." Dieser Brief geriet ins Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; Nagler wurde ob seiner „humanitären Anwandlung", seinem Vorgänger trotz gegenteiliger Anweisung die Hälfte der Bezüge belassen zu haben, gerügt, und Rust wiederholte die Mitteilung seiner Verfügung an die Universitäten und Hochschulen.

Obwohl auch fast alle Rektoren allmählich durch Personen ersetzt wurden, von denen die Nazis glaubten, sich ihrer bedienen zu können, wagten sie Ende 1934 noch nicht, sich offen der preußischen oder der deutschen Rektorenkonferenz als zentralen Instruments der politischen Führung der Universitäten zu bedienen. Sie verhandelten immer noch mit den einzelnen Universitäten, obwohl aus den Protokollen sowohl der Rektorenkonferenzen [13]) als auch der Kuratorkonferenzen [14]) deutlich wird, daß seit 1931 die zunehmenden diktatorischen Funktionen des imperialistischen Staates auch auf die Hochschulen wirkten und die Rektorenkonferenz zum Organ der einheitlichen politischen Willensbildung der Hochschule wurde. Erst am 8. November 1934 fordert der Rektor der Universität Breslau in einem Brief an den Reichsminister die Wiederholung solcher Rektorenkonferenzen, wie sie in den Jahren 1931 bis 1933 auf Einberufung durch den jeweiligen Minister durchgeführt wurden: „Die gegenwärtige Lage der Universitäten macht es dringend wünschenswert, daß einmal die vom Herrn Minister berufenen Führer der Universitäten Gelegenheit finden, dem Herrn Minister mündlich über die Entwicklung und die Aufgaben der Universität Bericht zu erstatten. Angesichts der ziemlich großen Zahl der in Frage kommenden Rektoren wäre es wünschenswert, daß zunächst ein kleines Gremium dem Herrn Minister Vortrag halten könnte. Wie ich höre, hat der Rektor von Kiel die Rektoren von Königsberg, Göttingen, Bonn und Breslau für eine engere Zusammenarbeit ins Auge gefaßt..." Dieser Brief enthält eine handschriftliche (Kopierstift) Notiz des Bearbeiters im Ministerium, die besagt, daß mit der Einberufung der nächsten Rektorenkonferenz, die für Anfang 1935 vorgesehen sei, zu warten wäre, bis die „Neuwahlen an allen Universitäten" stattgefunden hätten.

---

12) DZA Merseburg, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. III, Nr. 6 vom November 1841 bis Dezember 1934.
13) Ebenda, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. III, Nr. 10 Vol. III vom Januar 1907 bis Dezember 1934, Blatt 330 bis 352, Blatt 385 und 389 bis 422.
14) Ebenda, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. II, Nr. 3 Vol. II vom Januar 1924 bis Dezember 1934.

Das Vorgehen des faschistischen Staatsapparates wurde weiter erleichtert durch die soziale Demagogie der faschistischen Propaganda, die die Notlage und Perspektivlosigkeit der Hochschulabsolventen und des wissenschaftlichen Nachwuchses ausnutzte für die Vertreibung von Gelehrten und wissenschaftlichem Nachwuchs aus ihren Ämtern. Im Nachlaß Friedrich Schmidt-Otts [15]) finden sich aus den letzten zwanziger und ersten dreißiger Jahren zahlreiche Briefe angesehenener Wissenschaftler, die Schmidt-Ott bitten, sich eventuell dafür einzusetzen, daß Anstellungsgesuchen ihrer Kinder oder junger Verwandter stattgegeben werde. Sie hätten so viele Ablehnungen auf Bewerbungen erhalten, daß dieser Bittbrief die letzte Hoffnung darstelle.

Vor allem wurde das Vorgehen des faschistischen Staatsapparates gegen die Hochschullehrer begünstigt durch das Vorhandensein von nazistischen Vertretern pseudowissenschaftlicher und militaristischer Irrlehren in Natur- und Gesellschaftswissenschaft, ihre Duldung und direkte oder indirekte Förderung schon vor der Machtergreifung des Faschismus, durch das Entstehen und die Festigung faschistischer und militaristischer Studenten- und Dozentenverbände und die Halbheiten oder Untätigkeit der akademischen Institutionen gegen sie. So berichtete der Hamburger Rektor auf der 20. Deutschen Rektorenkonferenz am 10. Oktober 1931 in Goslar über die Erfolge von Vorlesungen über wehrwissenschaftliche Fragen. Hamburg sei die einzige deutsche Universität, die Wehrwissenschaften lehre. Er regte an, diesem Vorbild an allen Universitäten zu folgen.[16]) Am 26. 8. 1932 überreicht Professor Banse von der TH Braunschweig dem Preußischen Minister für Wissenschaft [17]) ... einen Artikel [18]), der sein wehrwissenschaftliches Lehrgebäude enthält. Der „Stahlhelm Studentenring" fordert in einer Denkschrift vom 12. September 1932 an den Minister die Errichtung von Lehrstühlen für Wehrwissenschaft. Während der Durchführung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" entstanden dann zahlreiche wehrwissenschaftliche Lehrstühle. Diese Erscheinungen gibt es nicht nur in der Wehrwissenschaft. Am 18. März 1933 schreibt Dr. Erwin Haschè, Physiker, Berlin-Charlottenburg, an Rust: „Hochzuverehrender Herr Minister! Von schwerem jüdischen Joch befreit, atmet die Nation auf...

Ich sehe, daß in meinem Arbeitskreis — allgemeine Physik und medizinische Physik — noch nichts vom neuen Geist zu spüren ist. Im Gegenteil versteht es jüdische Manipulation, gegen die Erneuerung zu intrigieren, mit dem Ziel, die Physik von der dringlichen Säuberung und Erneuerung fernzuhalten. Ich sehe hierin die größte Gefahr für Gegenwart und Zukunft.

... In langjähriger Erfahrung als Physiker, als Hochschul- und Universitätsassistent habe ich reichlich Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie Juden und Marxisten in meiner (nur dem äußeren Anschein nach unpolitischen) Wissenschaft arbeiten und wie sie ihr Teil gründlich dazu beigetragen haben, daß in der heutigen Physik Zersetzung und Unfähigkeit, Reklamewesen und Profitmachertum ihr Unwesen treiben und verherrlicht werden...

Es muß durchgegriffen werden! Der Unterzeichner empfiehlt, zu diesem Zweck Kommissionen ausgewählter Persönlichkeiten zu bilden, die dem Staate garantieren, daß der Umbau der Physik aufs gründlichste durchgeführt wird... Für diese

---

15) Ebenda, Rep. 92, Schmidt—Ott, D 24.

16) Ebenda, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. III, Nr. 10, Vol. III, Blatt 354.

17) Ebenda, Rep. 76 V a, Sekt. Tit. IV, Nr. XIII, vom Oktober 1929 bis September 1933.

18) Deutsche Wehr, Berlin, 5. (36) Jg., Nr. 33.

Kommissionen müssen junge Kräfte herangezogen werden, die nicht durch zahllose Verpflichtungen... zu Kompromissen und halber Arbeit gezwungen sind... Der Unterzeichnete hat in langjähriger Arbeit mit seinem Kollegen Pg. Dr. Bomke bereits in diesem Sinn vorgearbeitet und Pläne entworfen..."

Am 1. April 1933 antwortet Prof. Dr. Achelis als der zuständige Referent auf den Brief und fordert Haschè zur Unterredung auf. Ähnliche Schreiben gibt es von dem Königsberger Professor Schüler vom 3. April 1933, von dem emeritierten Professor der Physik Lenard, Heidelberg, an Hitler vom 21. März 1933.[19])

Der Lehrstuhl des in den Freitod getriebenen Prof. Krause wird z. B. für den Bethelarzt „und Kämpfer gegen die Bethelidee", Dr. Löhr, gefordert — um nur einige Belege zu nennen.

Sie alle zeigen, auf welche Weise der deutschen Wissenschaft ein ungeheurer Aderlaß zugefügt wurde. Angesehene und international anerkannte Gelehrte wurden aus politischen oder pseudowissenschaftlichen, sogenannten „rassischen" Gründen von den Universitäten, aus den wissenschaftlichen Akademien und Forschungsinstituten vertrieben. Nach amerikanischen Schätzungen aus dem Jahre 1937 [20]) wurden im Zeitraum von nur zwei Jahren, vom Wintersemester 1932/33 bis zum Wintersemester 1934/35, von 7758 Angehörigen des Lehrkörpers — Privatdozenten und Lehrbeauftragte eingeschlossen — 1145, also 14,8 %, entlassen. Einzelne Disziplinen, wie z. B. die Physik [21]) oder auch einzelne Fachgebiete, wie etwa das Römische Recht, [22]) waren anteilmäßig schwer betroffen. Die Gelehrten hinterließen große Lücken, denn mit ihnen verließen viele Schüler das Land, selbst dann, wenn sie nicht unmittelbar der Universität verwiesen wurden. Nach anderen Angaben soll bis 1938 ein Drittel des gesamten Lehrkörpers von den Universitäten und technischen Hochschulen entfernt worden sein.[23])

Durchaus repräsentative, wenngleich unvollständige Untersuchungen [24]) haben ergeben, daß insgeamt 3120 Professoren, Dozenten, Lektoren, Lehrbeauftragte und Lehrer bis zum Jahre 1938 von den deutschen Hochschulen vertrieben wurden, das waren insgesamt 39 % des Lehrkörpers der wissenschaftlichen Hochschulen des Wintersemesters 1931/32. Darunter befanden sich 723 Ordinarien — d. h. 29 Prozent der unter 60jährigen des Lehrkörpers im Wintersemester 1931/32, und 1236 Nichtordinarien — d. h. 33 Prozent der unter 50jährigen des Lehrkörpers im Wintersemester 1931/32.

Am stärksten waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Mathematik und Geographie, die Geisteswissenschaften sowie die Rechtswissenschaft betroffen. Sie verloren über ein Drittel (bis zu 41 Prozent) ihrer Ordinarien und Nichtordinarien.

Unter den vertriebenen Gelehrten befanden sich auch Frauen, so die „deutsche Madam Curie", Lise Meitner, ferner Roda Erdmann, [25]) Else Sander, Alice Daffer-

---

19) Vgl. Fußnote 23.
20) Wiedergegeben in: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I, Tübingen 1960, S. 20.
21) Walter Gerlach, Eine Bilanz der Naturwissenschaften, in: Bestandsaufnahme, Eine deutsche Bilanz; München — Wien — Basel 1962, Seite 360/1.
22) Empfehlungen des Wissenschaftsrates, a.a.O.
23) Helge Pross, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933 bis 1941, Berlin 1955, Seite 26.
24) Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer. Herausgegeben von Helmuth Plessner, Bd. III, Göttingen 1956.
25) DZA Merseburg, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 1 Bd. XIV, Brief aus dem Kulturministerium an Finanzminister vom 8. Januar 1934.

Politz, Charlotte Auerbach, Elsa Blauber und andere. Die Verfolgung traf ebenso schwer den akademischen Nachwuchs, dessen Ausbildung jäh unterbrochen wurde. Viele junge Forscher gingen dadurch der deutschen Wissenschaft verloren. Die in Deutschland verblieben, waren zum größten Teil für zwölf Jahre vom wissenschaftlichen und kulturellen Leben abgeschnitten. Victor Klemperer beschreibt in seinem erschütternden „Notizbuch eines Philologen" das Leben eines aus dem Amte vertriebenen, verfemten und verfolgten Gelehrten in Deutschland.[26]) Und von denen, die ins Ausland entkamen und dort wissenschaftlich tätig sein konnten, kehrten wenige zurück. Schon wenige Wochen nach dem Erlaß des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" wurden von englischen und amerikanischen Wissenschaftlern Stellen zur Vermittlung vertriebener deutscher Wissenschaftler eingerichtet. Im Briefwechsel Schmidt-Otts liegt ein Brief der Gattin Professor Paul Ehrlichs vom 7. Dezember 1933, in dem sie bittet, ihrem Neffen eine Stelle ins Ausland zu vermitteln. Es handelte sich um einen Sohn des bekannten Dermatologen Felix Pinkus. Er hatte zunächst unter Leitung von Professor Roda Erdmann am Institut für Experimentelle Zellforschung gearbeitet, danach an der Hautklinik der Universität Breslau, die von Professor Jadessohn, danach von Professor Jeßner geleitet wurde. Schmidt-Ott teilt Frau Ehrlich eine englische und eine amerikanische Anschrift von Stellen zur Vermittlung von Wissenschaftlern mit.[27])

In dieser schweren Zeit bewahrten nicht wenige der deutschen Gelehrten Würde und Mut; einzelne traten für die vertriebenen und geächteten Fachkollegen ein. Als zum Beispiel die Beschimpfungen und Intrigen gegen Professor Krause ihren Höhepunkt erreichten, stellten sich „die sämtlichen amtlich tätigen ordentlichen Professoren der Medizinischen Fakultät Münster" gegen seine Vertreibung. In einem Brief an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 5. März 1934 weisen sie auf Krauses nationale Gesinnung hin, die er als Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei stets vertreten hatte, und auf seine wissenschaftlichen Leistungen, da nach ihrer Meinung in der „ganzen Angelegenheit" beiderlei Verdienste zu wenig bekannt wären: . . . Er ist ein wissenschaftlich anerkannter Forscher. Auf dem Gebiet der Anwendung der Röntgenstrahlen zur Erkennung und Behandlung von Krankheiten hat er sich große Verdienste erworben; er ist dabei ein Märtyrer seiner Wissenschaft geworden: durch die dauernde Beschäftigung mit den Röntgenstrahlen, deren Gefährlichkeit damals nicht genügend bekannt war, hat er sich schwere Verbrennungen an den Fingern zugezogen, er mußte diese dauernd verbunden halten und mußte befürchten, daß die Amputation der Finger eines Tages notwendig wird, um eine lebensgefährliche Erkrankung des ganzen Körpers zu vermeiden.[28])

Es unterzeichneten: R. Rosemann (unleserlich), Heidreich o. ä., Coenen, Esch, Vogt, A. v. Spily o. ä., Többen, Freund, Götte, Mehrer o. ä., Stübner, R. Müller.

Unmittelbar nach den ersten Entlassungen von Hochschullehrern auf Grund des berüchtigten Gesetzes wendet sich am 16. April 1933 der Göttinger Rektor Prof. Dr. W. Meinardus an Rust: „. . . Ihr Hauptansehen verdankt sie (die Göttinger Universität) aber naturgemäß den Männern, die an ihr gewirkt und ihren Namen in alle Welt getragen haben. . . Aus diesen Gründen erscheint es wohl berechtigt, mit größter Sorge der geplanten Reform entgegenzusehen, wenn sie den Universi-

[26]) Vict. Klemperer, L T I, Notizbuch eines Philologen, Berlin 1947.
[27]) Briefwechsel Schmidt—Ott, DZA Merseburg, a.a.O.
[28]) DZA Merseburg, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17 Bd. II Beiheft.

tätslehrer nicht zugleich als Forscher und damit als Einzelindividuum, das nicht einfach ersetzbar ist, wertet. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn ein dem neuen Beamtengesetz entsprechendes schematisches Verfahren geübt würde. Es würden wahrscheinlich einige von unseren Koryphäen darunter fallen, und so ist eine außerordentlich vorsichtige individuelle Behandlung am Platze..." [29]) Die Eingabe von Meinardus freilich war inkonsequent, da er in ihr zugleich die Entfernung angeblicher „Schädlinge" von den Hochschulen nachdrücklich akzeptierte und betonte, er wolle „unserer nationalen Erhebung möglichst viel Freunde" gewinnen.

Max Planck nutzte seinen internationalen wissenschaftlichen Rang, um Kollegen und Nachwuchswissenschaftler vor der Vertreibung zu bewahren. Er schreibt am 30. Juli 1933: „Hochverehrter Herr Ministerialdirektor! Von Ihrer gütigen Erlaubnis Gebrauch machend, übersende ich Ihnen beiliegend ein Verzeichnis einiger vermutlich nicht arischer an preußischen Instituten tätiger Naturwissenschaftler, besonders Physiker, deren Ausscheiden nach meiner Überzeugung einen empfindlichen Verlust für die deutsche Wissenschaft bedeuten würde, in alphabetischer Ordnung. Die Liste will keineswegs vollständig sein, vielleicht darf ich sie bei Gelegenheit noch ergänzen. In vorzüglicher Hochachtung Ihr aufrichtig ergebener M. Planck". Es folgen die Namen: „Prof. Born, Göttingen, Universität; Prof. Courant, Göttingen, Universität; Prof. Frank, Göttingen, Universität; Prof. Erwin F. Freundlich, Potsdam, Observatorium; Prof. Richard Goldschmidt (Biologie) Bln.-Dahlem, Kaiser-Wilhelm-Institut; Prof. G. Hertz, Charlottenburg, Techn. Hochschule; Dr. H. Kallmann, Priv.-Doz., Universität Berlin; Dr. F. London, Priv.-Doz., Universität Berlin; Frl. Prof. Meitner, Berlin, Universität; Prof. v. Mises, Berlin, Universität; Prof. P. Pringsheim, Berlin, Universität; Prof. F. Reiche, Berlin, Universität; Frl. Dr. Spona, Priv.-Doz. Göttingen, Universität; Stud. phil. Teller, Laborant im physikalischen Institut Göttingen." [30])

Weil aber all diese Proteste gegen die Vertreibung der Gelehrten sehr vorsichtig und zu vereinzelt geäußert wurden, gelang es nicht, die Faschisten an ihrem Vorgehen zu hindern. Einstein begründete deshalb seinen Austritt aus der Bayrischen Akademie der Wissenschaften folgendermaßen: „Akademien haben in erster Linie die Aufgabe, das wissenschaftliche Leben eines Landes zu fördern und zu schützen. Die deutschen gelehrten Gesellschaften habe aber... es schweigend hingenommen, daß ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Gelehrten und Studenten ... ihrer Arbeitsmöglichkeit und ihres Lebensunterhaltes in Deutschland beraubt wird." [31]) Wenngleich der Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Max Planck, die Bedeutung Albert Einsteins mit der eines Johannes Kepler und Isaac Newton verglich, beschloß die außerordentliche Plenarsitzung der Akademie am 6. April 1933 in ihrer Mehrheit, den Austritt Einsteins zu billigen, ja ihn gewissermaßen zu begrüßen als Befreiung von einer schweren Bürde, die ihre politische Reputation gegenüber den braunen Machthabern belastete.[32])

Die Verfolgung deutscher Hochschullehrer nach der faschistischen Machtergreifung rief auch im Ausland zahlreiche Proteste hervor. So sandte am 25. Mai 1933 der Staatssekretär der Reichskanzlei Unterlagen an das Ministerium für Wissen-

---

29) Ebenda, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. XIII.
30) Ebenda.
31) Friedrich Herneck, Albert Einstein, Berlin 1963, Seite 206.
32) Ebenda, Seite 204.

schaft, Kunst und Volksbildung, aus denen hervorgeht, daß Professoren der Universitäten London, Oxford und Cambridge große Demonstrationskundgebungen in Cambridge und Oxford geplant hatten. Jedoch hatten der Bibliothekar des Foreign Office, Gazelee, und der Kanzler der Universität Cambridge, Mr. Baldwin, Kundgebungen verhindert und vorgeschlagen, daß eine Erklärung, unterzeichnet von Professoren der drei Universitäten, an die deutsche Boschaft gegeben würde. Die Erklärung lautet: „Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Universitäten Oxford, Cambridge und London, wünschen der tiefen Besorgnis Ausdruck zu geben, mit der wir die angedrohte Entlassung oder den erzwungenen Rücktritt von Lehrern an deutschen Universitäten und anderen Unterrichtsanstalten sowie den Ausschluß von Studenten auf Grund von Rasse, Religion und Überzeugung beurteilen. Dieses Verfahren führt bereits zur Entfremdung der Sympathien vieler englischen Deutschfreunde, und auch die Stimmung in akademischen Vereinen ist äußerst erregt. Wir fürchten, daß eine derartige fortgesetzte Diskriminierung weiter Bevölkerungskreise zu einer Minderung des Ansehens führen wird, das die deutschen Universitäten bisher in der Welt genossen haben." (Folgen für Oxford die Unterschriften des Vice-Chancellors und acht weiterer Professoren, für Cambridge die des Vice-Chancellors und von zwölf Professoren. Für London haben der Vice-Chancellor, der ex-Vice-Chancellor und außerdem vier Professoren unterzeichnet.[33])

Das Auswärtige Amt teilt am 14. Juni 1933 an das Preußische Ministerium für Wissenschaft und an das Reichsministerium des Innern mit, daß die American Association of University Professors beim Völkerbund protestiert habe und daß eine Bewegung besteht, entlassene deutsche Professoren an amerikanischen Universitäten, darunter Yale, aufzunehmen. „In dieser Richtung arbeitet Duggan International Education Office. Verweise auch auf außerordentlich scharfe Kritik von Emil Lenguel in ‚Nation' vom 31. Mai." [34])

Am 10. März sendet das Auswärtige Amt zwei Hefte der „News Bulletins" des Institute of International Education in New York. Das Heft vom Dezember 1933 enthält einen Artikel über akademische Flüchtlinge, das Heft vom Februar 1934 eine Übersicht über die deutschen Professoren, die in den Vereinigten Staaten untergebracht worden sind.[35])

In den Niederlanden veröffentlicht die „Chronica Botanica" im April 1935 (Vol. I, S. 129) Zahlen über vertriebene Hochschullehrer und die ihnen zuteil gewordene internationale Hilfe. „... Approximately 650 of the university teachers dismissed have left Germany. Of these, 248 have been permanently re-restablished, 131 in Europe and 117 outside Europe; 336 others have been given temporary assistance which has enabled them to continue their studies in Univesities or other institutions. Most of this work of academic assistance has been carried out by special emergency committees in Europe and the United States, which have succeded in raising a quarter of a million pounds for the purpose of creating special positions in universities and research centres for the refugee scholars." Auch unterrichtet die Chronica über Vorgänge im wissenschaftlichen Leben Deutschlands. So teilte sie z. B. mit, daß am 29. Januar 1935 im Harnackhaus in Berlin eine Gedenkfeier anläßlich des Todestages des gleichfalls vertriebenen Fritz Haber stattfand, an der teilzunehmen der Unterrichtsminister allen ihm Unter-

33) DZA Merseburg, ebenda.
34) Ebenda.
35) Ebenda.

stehenden verboten habe und auf der Max Planck und Otto Hahn gesprochen hätten.[36])

Die Vertreibung humanistischer Gelehrter in den Jahren 1933/34 auf Grund des wissenschaftsfeindlichen Gesetzes vom 7. April 1933 war wichtigster Bestandteil und entscheidenste Etappe der Faschisierung der deutschen Universitäten und Hochschulen. In dem Maße, in dem diese Gelehrten vertrieben wurden, gewannen jene Professoren Einfluß, die den faschistischen Ungeist vertraten, seine Irrlehren als Wissenschaft ausgaben und den Faschismus unter der Dozenten- und Studentenschaft durchsetzten, die Wissenschaft der faschistischen Diktatur auslieferten, sie völlig in den Dienst der Vorbereitung und Führung der faschistischen Aggression stellten.

Prof. Dr. Wilmont Haacke

Zur Nachkriegsentwicklung der deutschen Presse

Binnen weniger Jahre ist Harry Pross *) zu einem der Autoren aufgestiegen, die über vergangene wie gegenwärtige Publizistik Grundlegendes sagen. Erinnert sei an seinen Beitrag „Ein Schema publizistischer Bildung" in der Zeitschrift „Output" (Heft 13) der Hochschule für Gestaltung in Ulm vom Juli 1962. Erfreulich vorurteilslos klang sein Aufsatz über beschämende „Eigentümlichkeiten der bundesdeutschen Meinungsbildung", der in dem Bande „Vor und nach Hitler, Zur deutschen Sozialpathologie" (Olten und Freiburg i.Br., 1962) nachzulesen ist. Das Werk „Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870" (Olten und Freiburg i. Br., 1963) schließlich war ein Beitrag zur Erforschung und zur Darstellung der Geschichte der kulturpolitischen Zeitschrift in Deutschland, auf den weder die Literatur- noch die Publizistikwissenschaft und erst recht nicht eine den Erscheinungen der Publizistik gegenüber aufgeschlossene Politologie verzichten wird.

Ob sich Harry Pross durch das zwanzigjährige Jubiläum des Entstehens einer neuen deutschen Presse, die aus gegenwärtiger Perspektive nicht gerade Anlaß zum Jubeln bietet, verführen ließ, den Sammelband „Deutsche Presse seit 1945" herauszugeben? Wie er im Vorwort zugibt, sind die Aufsätze des Werkes zuvor Beiträge für eine Sendereihe des von ihm geleiteten politischen Ressorts

---

36) Ebenda. Briefwechsel zwischen den Professoren Meyerl, Sybold und Lehmann vom November 1935, vgl. auch Otto Hahn, Vom Radiothor zur Uranspaltung, Eine wissenschaftliche Selbstbiographie, Braunschweig 1962.

*) Der Artikel behandelt den von Harry Pross herausgegebenen Sammelband „Deutsche Presse seit 1945", Scherz-Verlag, Bern—München—Wien 1965.

stehenden verboten habe und auf der Max Planck und Otto Hahn gesprochen hätten.[36])

Die Vertreibung humanistischer Gelehrter in den Jahren 1933/34 auf Grund des wissenschaftsfeindlichen Gesetzes vom 7. April 1933 war wichtigster Bestandteil und entscheidenste Etappe der Faschisierung der deutschen Universitäten und Hochschulen. In dem Maße, in dem diese Gelehrten vertrieben wurden, gewannen jene Professoren Einfluß, die den faschistischen Ungeist vertraten, seine Irrlehren als Wissenschaft ausgaben und den Faschismus unter der Dozenten- und Studentenschaft durchsetzten, die Wissenschaft der faschistischen Diktatur auslieferten, sie völlig in den Dienst der Vorbereitung und Führung der faschistischen Aggression stellten.

Prof. Dr. Wilmont Haacke

Zur Nachkriegsentwicklung der deutschen Presse

Binnen weniger Jahre ist Harry Pross*) zu einem der Autoren aufgestiegen, die über vergangene wie gegenwärtige Publizistik Grundlegendes sagen. Erinnert sei an seinen Beitrag „Ein Schema publizistischer Bildung" in der Zeitschrift „Output" (Heft 13) der Hochschule für Gestaltung in Ulm vom Juli 1962. Erfreulich vorurteilslos klang sein Aufsatz über beschämende „Eigentümlichkeiten der bundesdeutschen Meinungsbildung", der in dem Bande „Vor und nach Hitler, Zur deutschen Sozialpathologie" (Olten und Freiburg i.Br., 1962) nachzulesen ist. Das Werk „Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870" (Olten und Freiburg i. Br., 1963) schließlich war ein Beitrag zur Erforschung und zur Darstellung der Geschichte der kulturpolitischen Zeitschrift in Deutschland, auf den weder die Literatur- noch die Publizistikwissenschaft und erst recht nicht eine den Erscheinungen der Publizistik gegenüber aufgeschlossene Politologie verzichten wird.

Ob sich Harry Pross durch das zwanzigjährige Jubiläum des Entstehens einer neuen deutschen Presse, die aus gegenwärtiger Perspektive nicht gerade Anlaß zum Jubeln bietet, verführen ließ, den Sammelband „Deutsche Presse seit 1945" herauszugeben? Wie er im Vorwort zugibt, sind die Aufsätze des Werkes zuvor Beiträge für eine Sendereihe des von ihm geleiteten politischen Ressorts

---

36) Ebenda. Briefwechsel zwischen den Professoren Meyerl, Sybold und Lehmann vom November 1935, vgl. auch Otto Hahn, Vom Radiothor zur Uranspaltung, Eine wissenschaftliche Selbstbiographie, Braunschweig 1962.

*) Der Artikel behandelt den von Harry Pross herausgegebenen Sammelband „Deutsche Presse seit 1945", Scherz-Verlag, Bern—München—Wien 1965.

von Radio Bremen gewesen. Was in den Äther gesprochen wird, verrauscht. Das mag mancher, der seinen eigenen Worten zunächst mit Befriedigung lauschte, bedauert haben. Aber er wird dann doch froh darüber gewesen sein, mußte er sie später unversehens wieder lesen. Nicht alle Beiträge des Buches sind „buchwert".

Pross kam und kommt es darauf an, daß sich Persönlichkeiten, „die an der Nachkriegsentwicklung der deutschen Presse maßgeblich beteiligt" waren, über Fortschritte und Rückschritte der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwelt frei äußern. Dazu hat ihn die Einsicht bewogen, daß über Glanz und Glorie der Massenmedien seit 1945 bisher zwar mancherlei geschwätzige, jedoch zu wenig authentische Literatur vorlag. Die neue Edition stammte nicht von Pross, stünde hinter ihr nicht die Absicht, öffentlich zu kritisieren und durch Weckrufe an das im Halbschlaf befindliche Verantwortungsbewußtsein von Politikern und Journalisten zu appellieren.

In seinem Vorwort stützt sich Pross auf die fingierten „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu", die Maurice Joly 1864 in Paris erscheinen ließ. Montesquieu sagt darin über die Presse: „Sie verhindert ganz einfach die Willkür bei der Ausübung der Macht. Sie zwingt dazu, nach der Verfassung zu regieren. Sie zwingt die Vertreter der Staatsautorität zu Anständigkeit, zur Zurückhaltung, zur Achtung vor sich selbst und den anderen." Im übrigen gebe sie jedem, der unterdrückt werde, die Möglichkeit, sich zu beklagen und gehört zu werden.

Mit seiner Kollektion will Pross überdies „redaktionelle Erstickungserscheinungen" beizeiten sichtbar machen. Er weist darauf hin, daß „außer den Institutionen in der Publizistik auch noch Autoren und Redakteure vorhanden" seien. Augenzwinkernd meint er, daß man auch in Zukunft „nicht ganz auf sie verzichten" könne. Demnach hat er gleichsam eine Batterie aufgefahren zur Defensive des Publizisten, der schöpferisch durch Diagnose und Prognose wirkt.

Warum Pross sein Buch „Deutsche Presse s e i t 1945" genannt hat, das ist nicht ganz verständlich. Wer „seit" sagt, kündigt doch eine geschichtlich geschlossene Folge an. Besser hätte es aber geheißen „Deutsche Presse nach 1945". Damit hätte er angedeutet, daß hier Fragmente zu einer erst zu schreibenden Geschichte der Presse zwischen 1945 bis 1965 zusammengetragen werden. Dies ist geglückt.

Natürlich sind nicht alle Beiträge „geraten". Immerhin werden auch die mageren einen gewissen Wert als Auskünfte zu Einzelfragen behalten. Man wird ihnen am ehesten gerecht, versucht man, sie nach ihrer Substanz zu werten.

Den Band leitet Helmut Crons Aufsatz „Der Journalist und seine Verbände" ein. Darin parliert der Verfasser ohne Tiefe über die Arbeit der 1951 gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Publizistik". Den gleichnamigen Instituten bestätigt er, daß ihre „Aufgabe nicht darin bestand und besteht, Journalisten auszubilden, sondern das weite Feld der Publizistik mit Presse, Funk, Fernsehen, Film ... wissenschaftlich zu erhellen." Die Journalistenschulen hingegen sollen einen Ausbildungsgang „für jene neuartige Kategorie von Aspiranten" darstellen, die „nicht mehr aus Gründen ihrer natürlichen Begabung zum journalistischen Beruf kommen, sondern sich ihm wie einem Kunsthandwerk widmen

wollen". In beiden Ausbildungsrichtungen zeichnet sich der Unterschied zwischen dem der Nachricht dienenden Reporter und dem der Meinungsbildung verpflichteten Publizisten ab. Die einen bedürfen einer exzellenten handwerklichen, die anderen einer überdisziplinären akademischen Formung. — Daß die Gründung des „Deutschen Presserates" ähnlich wie seinerzeit die der „Freiwilligen Selbstkontrolle der deutschen Filmwirtschaft" gewisse Formen einer wiederholt beabsichtigten Restauration im Stile der Karlsbader Beschlüsse von Metternich und Gentz zumindest auf Zeit verhindert hat, sei nicht bezweifelt. (Vgl. Ernst E. Hirsch: „Ziele und Aufgaben eines Pressegesetzes des Bundes", in: Die deutsche Presse 1954, herausgegeben vom Institut für Publizistik an der Universität Berlin, Berlin 1954, S. 39 bis 44.) Ob der „Deutsche Presserat" aber tatsächlich „von allen Bevölkerungskreisen angerufen" wird und ob er sich innerhalb und gar „außerhalb der Presse eine unbestrittene Autorität verschafft" hat, das vermögen Außenstehende eher zu beurteilen als das langjährige Mitglied H. Cron.

Als gewichtigster Aufsatz ist „Die Pressepolitik der Alliierten" von Harold Hurwitz anzusehen, der mustergültig das Schicksal der deutschen Presse zwischen 1945 — 1949 beschreibt. Er berichtet aus der Sicht des Heimkehrers aus der Emigration, dessen Herz auf der Seite der Besiegten schlägt. „Anfangs sollte ein totaler black-out herrschen", dann kam es anders. Man müßte ganze Seiten zitieren, um klar zu zeigen, warum die einstige politische Engagiertheit der deutschen Presse durch die Jahre 1933 - 45 und 1945 - 49 so gebrochen und zerbrochen worden ist, daß sie sich seither nur selten zu freier Meinungsbildung aufschwingt. Wirtschaftlicher Glanz und politisches Elend der Lizenzpresse werden schonungslos beleuchtet, nicht minder die ewige Publizitätsfeindschaft, ja Öffentlichkeitsscheu deutscher Regierungsstellen. Im Verlaufe einer Datengeschichte der durch die Alliierten vollzogenen Zeitungsgründung sagt Hurwitz: „... im allgemeinen setze die bedacht graduelle Art, wie die Politik der Militärregierung den Wiederaufbau förderte, jeder spontanen Initiative und den Perspektiven der Menschen Grenzen." Mit welchem Ergebnis geschah das? „Diese Politik förderte im Grund einen Provinzialismus, der unterhalb der Schwelle jeder nationalen Identität lag. Das wirkte sich ebenso auf Redakteure wie auf Zeitungsleser aus." Und welches waren die Folgen? „Das deutsche Volk paßte sich fügsam diesem Leben im leeren Raum der persönlich bitteren und politisch unechten Realität an, indem es einen trennenden Provinzialismus ... entwikkelte."

Daß man in der „Presse der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" den nationalen Instinkten oder gar Erbverblendungen der Deutschen — trotz aller gleichzeitig betriebenen Auspowerung des Landes — rascher und raffinierter entgegenzukommen verstand, läßt sich dem gleichnamigen Aufsatz von Cordes Koch-Mehrin abermals entnehmen. Stilistische Plattheiten wie: „Bei uns im Westen(!) neigt man vielfach dazu ..." „Es ist notwendig, daß wir uns(!) mit den Methoden der Kommunisten auseinandersetzen" belasten die Lektüre. Pross hätte erkennen müssen, daß der Aufsatz kaum über E. M. Hermanns klassischen Report „Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone" (Bonn 1957) und den als Manuskript gedruckten Bericht „Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone" (ohne Autorennamen herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 54 der Denkschriften des „Sopade-Informationsdienstes", Bonn, ohne Jahr) hinausführt.

Manfred Kötterheinrichs Beitrag „Die Konzentration in der deutschen Presse" beruht zum Teil auf ungewöhnlich intensiven Anlehnungen an Arbeiten von Walter J. Schütz, die vor der Publikation des Pross-Mitarbeiters erschienen sind. (Man kontrolliere daraufhin den Aufsatz „Wettbewerbsbedingungen und Konzentrationstendenzen der deutschen Tageszeitungen", in: „Publizistik", 8. Jg., Heft 4, Juli-August 1963). Auch hat Walter Hagemann — dank der Mitarbeit seiner Studenten in Münster — schon vor Jahren gemeldet, daß auf dem Markt der Tageszeitungen etwa 185 „publizistischen Einheiten" rund 1400 von ihnen abgeleitete Ausgaben entgegenständen. (Vgl.: Walter J. Schütz: „Deutsche Tagespresse in Tatsachen und Zahlen", „Publizistik", 1. Jg., Heft 1, Januar-Februar 1956; „Investigación de la estructura en materia de prensa alemana", in: La Prensa, hrsg. vom Instituto de Cencias Sociales, Barcelona 1963). Damals lagen die Zahlen nur unbeträchtlich anders, gebessert hat sich nichts seither, eher verschlechtert. Daß der Konzentrierung auf dem Gebiete der Tagespresse nicht zu entgehen ist, zeigen ausländische Zusammenlegungen mit gleicher Deutlichkeit.

Gewinnreich zu lesen sind Fritz Sängers ungeschminkte Ausführungen über „Die Nachrichtenagenturen". Er philosophiert über die coincidentia oppositorum: Nachricht und Wahrheit. Dabei muß man mit ihm froh darüber sein, daß Hamburg an der Elbe, am Meer, in Weltnähe Nachrichtenzentrale der Bundesrepublik geworden ist, und nicht Bonn am Rhein, am Siebengebirge und tief in der Provinz. Sängers sarkastische Bemerkungen über „Communiqués als Maskenbildnerei der Politik" sollte man im Geiste vor sich haben, sobald in politischen Kommentaren der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens über davongeschwommene Felle und ihre töricht hinterdreinschauenden Gerber gesprochen wird. Zum Schluß zitiert Sänger — wie schon in seiner Schrift „Die Nachricht als Voraussetzung der politischen Entwicklung" (Tutzing 1958) — eine heilsame Äußerung. Am 29. September 1944 konnte im englischen Unterhaus ein unabhängiger Abgeordneter zur Außen- und Nachrichtenpolitik seiner Regierung sagen: „Wenn die Regierung sich bei den eingehenden Nachrichten einschaltet und der Allgemeinheit nur das zur Kenntnis bringt, was sie für ratsam hält, dann ist das der moderne Ausdruck der Diktatur, der erste Schritt zum Kriege."

Diesen fünf Aufsätzen über die deutsche Presse seit 1945 folgen Ausflüge zu Einzeltypen. Schonungslos zeichnet Günther Gillesen in seiner Studie „Die Tageszeitung" die graue Eintönigkeit der heutigen deutschen Presse gegenüber der farbenreichen Presse am Ende der Weimarer Republik. Gillesen hält übrigens im Gegensatz zu. H. Cron nichts vom Presserat. Er meint, daß er sich nicht gegen 7 Massenzeitungen, nur 88 ganz und gar selbständig redigierte Tageszeitungen, die Menge der Regionalzeitungen und erst recht nicht gegen die jede Privatsphäre hemmungslos durchbrechende „Bild-Zeitung" durchsetzen könne. Über den Presserat urteilt er: „Ein solches Unternehmen ist schon von seinen Voraussetzungen her falsch. Ein Tadel von dort wiegt wenig." Wie die deutsche Zeitung in Zukunft aussehe, das bestimme „letzten Endes jeder einzelne Leser". Die Leser seien es, welche mit ihrem Groschen Tag für Tag ein Plebiszit darüber abgäben, „worüber und wie sie in den Zeitungen informiert und unterhalten werden wollen." Kein große Hoffnungen erweckender Ausblick!

Karl Pawek versucht, „Boulevardzeitungen und Illustrierten" gerecht zu werden. Er erkennt sie als eine während des 19. Jahrhunderts in Großstädten entwickelte, nicht mehr zu beseitigende Form der Benachrichtung und der Unterhaltung der Massen. Ihr psychotherapeutischer Nutzen ist längst von international bedeuten-

den Soziologen, Gruppen- und Individualpsychologen erkannt worden. (Man vergleiche hierzu die Bücher von Roger Clausse: „Publikum und Information", Köln und Opladen 1962; „Les nouvelles, Synthése critique", Brüssel 1963.) Beide Typen würden nur deshalb so bösartig bekämpft, weil sich „die provinzielle Mentalität der bundesdeutschen Öffentlichkeit" nicht mit ihnen abzufinden vermöge. Pawek macht darauf aufmerksam, daß die modernen Kommunikationsmittel „nicht der Konzeption eines Schiller, Fichte oder Humboldt" entsprungen seien, sondern schlicht der Logik der Konsumwirtschaft.

Der Unterschied zwischen traditionellen Unterhaltungsorganen und zeitgemäßen Illustrierten wird aus folgenden Thesen Paweks erkennbar: „Wer früher eine Zeitschrift bezog, war darauf eingestellt, mit Gedanken bedient zu werden ..." — „Der heutige Leser aber will Fakten sehen ... er will in die Intimität des Geschehens eindringen." Pawek fordert „gestalterisches Niveau" in Verbindung mit „Populärwissenschaft". Geht es also doch nicht ohne die traditionelle Rezeptur von „Reclams Universum", des „Kosmos" und der „Koralle"? Aus der Sicht der während der fünfziger Jahre von Pawek geschaffenen führenden Kultur-Illustrierten „magnum" ist man gezwungen, Teilstücke seines als Lehrbrief über den gegenwärtigen Journalismus in der Bundesrepublik ernst zu nehmenden Beitrags zu bejahen. Darin predigt er den Journalisten der Mammutblätter, es bleibe nur noch die Möglichkeit, „die Sensation im Kern der Dinge aufzuspüren". Sie sollten es „mit der Substanz der Dinge versuchen". — „Die Substanzen müssen unsere künftigen Sensationen sein, mit ihnen müssen wir bei der Masse ankommen". Hat gleiches nicht schon vor dreißig und vierzig Jahren Egon Erwin Kisch nicht nur gelehrt, sondern erreicht? (Vgl. Emil Utitz: „Egon Erwin Kisch, der klassische Journalist", Berlin 1956; Ferner „Kisch-Kalender", hrsg. von F. C. Weiskopf, Berlin 1956.) Hat Kisch mit seinen Methoden und Techniken nicht seinerzeit eine Generation zuverlässiger Reporter, die während der sogenannten „Neuen Sachlichkeit" schrieben, günstig beeinflußt? Jeder Band der über die Weimarer Republik so mannigfache Aufschlüsse vermittelnden Zeitschrift „Der Querschnitt" beweist es.

In seinem Aufsatz über „Die Wochenzeitungen" geht Walter Fabian instruktiv auf die Geschichte dieses Typus ein, der in der Gegenwart dank seines reichhaltigen politischen und kulturellen Kommentars die noch vorhandenen Tageszeitungen traditionellen Zuschnitts überbietet. Fabian erinnert an die ausländischen Vorbilder in England, Frankreich, Österreich — deren Zeitungen freilich um ihrer politischen Linienführung willen bis heute lesenswert geblieben sind — und in der Schweiz. Er erinnert an Hellmut von Gerlachs unvergeßliche „Welt am Montag" und an die Zugkraft seiner Leitartikel. Über das Elend des Leitartikels in der gegenwärtigen Presse zu lamentieren, wäre vergebliche Liebesmüh! Fabian berichtet, wie Goebbels für seine Gründung „Das Reich" aus all jenen Vorbildern gelernt hat. Darüber hinaus vermittelt Fabian eine musterhafte Übersicht über die heutigen Wochenzeitungen der Bundesrepublik — von „Christ und Welt" bis zum „Vorwärts" mit seinen allerdings vom Inhalt her höchst gefälligen Sonderausgaben „V-illustriert". Warum der „Spiegel" in Deutschland selbst von Lexikonredaktionen stets als ein Sonderfall und nicht gleichfalls als Wochenzeitung empfunden wird, ist kaum zu begreifen. Ungeachtet seiner Aufmachung als nach bekannten Vorbildern geschaffenes Nachrichtenmagazin erfüllt er akkurat die Aufgaben einer Wochenzeitung. Eine brauchbare Definition des Typus Wochenzeitung von wissenschaftlicher Seite steht noch aus. Allerdings ist im „Spiegel" zusätzlich aufgegangen die in England schon während des achtzehnten Jahr-

hunderts häufig variierte Form des politisch-polemisch-satirischen Magazins, das die zeitgenössischen Geschehnisse grell beleuchtet.

Über „Die literarischen und Kunst-Zeitschriften" den Literaten und Verleger V. O. Stomps schreiben zu lassen, der sich zumindest auf dem Gebiet der schöngeistigen Zeitschriften seit den zwanziger und dreißiger Jahren wie kein zweiter auskennt, war eine gute Idee. Über Kunstzeitschriften hätte man gerne noch Bruno Erich Werner gehört, wäre ihm nicht nach dem Abschluß seiner glänzenden Analyse über „Die Zwanziger Jahre, Von Morgens bis Mitternachts" (München 1962) die Feder allzufrüh aus der Hand genommen worden. Stomps beschreibt die unter dem Protektorat der Besatzungsmächte entstandenen Neugründungen. Mit Ausnahme der einer publizistikwissenschaftlichen Dissertation werten Zeitschrift „Ost und West" von Alfred Kantorowicz und „Sinn und Form", die V. O.. Stomps ausdrücklich gegen die von ihm bemängelte Überheblichkeit der „Neuen Deutschen Hefte" in Schutz nimmt, ist die Zeit über sie hinweggegangen. Ferner widmet er jenen Zeitschriften Aufmerksamkeit, die während des Dritten Reiches zum Verschwinden verurteilt wurden, dann wieder erscheinen durften — darunter konfessionelle Blätter wie „Eckart" und „Hochland" —, schließlich Organen, die zum Schluß kein besonderes Niveau mehr zeigten, wie die „Weltbühne" im Osten und die „Deutsche Rundschau" im Westen. Die Fülle literarischer und kunsttheoretischer Neuerscheinungen der fünfziger und sechziger Jahre läßt sich nicht nachzeichnen. Zumeist sind sie durch Kurzlebigkeit und allzu kleine Auflagen charakterisiert, was im Wirtschaftswunderland nicht wundernimmt. Aus der Fülle der Periodika, die selbst Stomps nicht vollständig aufzuzählen vermag, schließt er, daß „die Jugend unabhängiger geworden" sei, als sie „es jemals gewesen", eine angesichts der Fülle der Jugendgesetze bezweifelbare Äußerung. Stimmt es, daß „der alte Begriff des Schönen durch den des Lebenswahren ersetzt" worden ist? Dergleichen haben doch schon Arno Holz und Johannes Schlaf zur Zeit Gerhart Hauptmanns Berliner Debüt „Vor Sonnenaufgang" zu erzählen gewußt!

Als vorläufiges Fazit des Bandes ist Helmut Lindemanns Beitrag über die fatale „Rolle des freien Publizisten" zu verstehen. Wer an das Schweigen Erich Kubys, an das Emigrieren Hans Magnus Enzensbergers, an den Rückzug prominenter Kritiker wie Rüdiger Proske, Gert von Paczensky und Eugen Kogon aus dem „Panorama", an das unvergessene Ausscheiden Paul Sethes aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zurückdenkt, der weiß, welches Los der freie Publizist in der Bundesrepublik gezogen hat. Lindemann unterscheidet zwischen dem Bericht erstattenden Journalisten und dem Meinung bildenden Publizisten. Der Publizist versuche, „in die Öffentlichkeit hineinzuwirken". Er gehöre zu den Schriftstellern, „die aus eigener Verantwortung und mit der unverwechselbaren Eigenart ihrer Aussage" bemüht sind, „den Gang der Entwicklung mitzubestimmen". Lindemann schildert, wie selten sich eben solche Publizisten in der Lizenzpresse ansiedeln konnten. Sie teilen das Schicksal mit allen schöpferischen Menschen, denen es die Gegenwart versagt, ihr Können mit den Maßstäben der früheren Reichshauptstadt Berlin messen zu lassen. „Das Fehlen einer Hauptstadt, die mehr ist als ein Regierungssitz, war für die Entwicklung des politischen Lebens ... verhängnisvoll genug." Daraus ergibt sich für Lindemann, daß „der Publizist in der Bundesrepublik Deutschland in der Provinz lebt, wo immer er auch seinen Wohnsitz haben mag". Zur Unterstreichung seiner Thesen erinnert Lindemann an „Das Treibhaus", Wolfgang Koeppens Bonner Pressezustände entschlüsselnden Schlüsselroman, der unbedingt in das erst zu schaffende historische Bild der Presse nach 1945 einbezogen werden muß. Nach Lindemanns Erfahrung führen Publizi-

sten, die nicht „wie Winfried Martini oder Erich Krämer-Badoni zu den Stützen der restaurierten bürgerlichen Gesellschaft zählen", ihren politischen Kampf ohne Aussicht auf Wirkung. Ihre Schwierigkeiten umreißt er mit einem Zital aus einem Leitartikel Joseph Drexels vom Sommer 1948: „Ist es nicht grotesk, daß man sich in gleicher Weise der Gefahr aussetzt, im Osten Deutschlands als ‚Reaktionär' und ‚Handlanger des Kapitalismus' angeprangert zu werden, wenn man nicht alle Grundsätze östlicher Besatzungspolitik in Bausch und Bogen akzeptiert, wie man im Westen sofort als ‚Kommunist' und ‚russischer Agent' denunziert wird, wenn man sich zur deutschen Einheit bekannt?" In einem Lande, in dem Fernseh-Publizisten mit Eiern und Tomaten beworfen werden, in dem fanatisierte Jugendliche zeitgenössische literarische Werke — die sie selber nicht gelesen haben — inquisitorisch auf Scheiterhaufen verbrennen, in dem man den Kindern von Kabarettisten lebensgefährdendes Gift mit der Post ins Haus schickt, ist ein Publizist, der seinem Volke unbequeme Einsichten klarlegt, eben dazu verurteilt, daß er „sich nicht beliebt" machen kann. In der Tat sind „Konformisten unter den Publizisten" von jeher selten gewesen. Denn: „Wer zufrieden ist, meldet sich kaum zu Wort!"

Den eigentlichen Schlußstrich unter die Sammlung zieht Richard Schmid mit seiner Frage: „Wie frei sind Meinung und Meldungen?" Ein Vergleich mit amerikanischen, englischen und schweizerischen Rechtsgepflogenheiten beweist, daß in der Bundesrepublik eine Fülle von Mißständen abzuschaffen ist. Nach Schmids Meinung sollte sich, wer „die Pressefreiheit erhalten will, mit der Freiheit der schlechten Presse abfinden." In anderem Zusammenhang schreibt er: „Nicht weniger schwierig ist das Problem der sogenannten inneren Pressefreiheit, die Frage der Freiheit des Journalisten im Verhältnis zu seinem Verleger . . ." Als Quintessenz des Schmidschen Beitrages mag die Forderung nach „kritischer Durchleuchtung der Presse selbst" gelten. Er wünscht sich ein überall zu verbreitendes „demokratisches Mißtrauen und staatsbürgerliche Wißbegierde", mit denen die Presse allem und jedem überall begegne, nur nicht sich selbst. Richard Schmid schließt in der Erkenntnis, daß Meinung und Meldung nicht stets frei sind, deshalb mit der Mahnung: „Nicht nur die Kritik der Presse tut not, sondern auch die Kritik an der Presse".

Gewiß hat Harry Pross diesen Satz, der die letzte Äußerung im Buche darstellt, absichtlich als Schlußakkord gewählt. Er verdeutlicht die Tendenz des Werkes. Sie ist der gleichen Absicht entsprungen, die einstmals den Satiriker Jonathan Swift bewog, eines schönen Sonntagmorgens, als es noch nicht zu spät war, über das Schlafen in der Kirche zu predigen.

Sven G. Papcke

Wird die Bundesrepublik vom Neofaschismus unterwandert?

Zu einem Buch von Heinz Brüdigam[1])

I

Selten genug, aber doch ab und zu besuche ich einen Friseur. Dort sitzt man nicht nur bequem, man kann auch genüßlich „dem Volk aufs Maul schauen"!

Dabei kann man böse Überraschungen erleben. So versuchte ich vor kurzem einem Figaro auf den berühmten politischen „Zahn" zu fühlen. Ich hatte kaum angebohrt — da kullerten die alten Märchen divisionsweise!

„Wir brauchen endlich Atombomben", so tönte er, „denn der Russe will uns an den Pelz. Wir Deutschen können doch keinem trauen; alle wollen sie uns vernichten, wenn sie könnten. Wir müssen wieder stark sein. Aber nicht nur der Iwan. Nein. Vor allem der Jud sitzt uns fest im Nacken. Die jüdische Weltverschwörung will uns vernichten!"

Ich versuchte einzulenken. Einen derartigen Ausbruch hatte ich bei seinen grauen Haaren, seinem gelassenen Gehabe nicht erwartet. Vor allem aber fürchtete ich um meine Frisur. Doch ich tat gerade das Verkehrte! Der Haarfritze, in Rage geraten und meinen Widerspruch „zerfetzend", schnibbelte ganz selbstvergessen nur noch an der einen Seite. Ich resignierte, da ich einen Sioux-Skalp fürchtete. Der Haarpfleger hatte mich in der Hand. Ich schwieg; er redete.

„Ich habe die Roten an der Ostfront erlebt. Primitive Untermenschen. Aber gefährlich. Die überfallen uns, sobald wir weich werden. Ich kann die Russen nicht ausstehen. Aber den Juden, den hasse ich! Der ist noch gefährlicher. Ich bin Antisemit! Die sollen bloß herkommen. Schmarotzen frech an unserem Geld. Der Jud könnte verrecken — ich würde keinen Finger rühren. Diese Erpresser. Die hat Gott im Zorn geschaffen. . .!"

So rauschte es fort. Erschöpft erwartete ich das Ende. Die Frisur gelang trotz allem. Aber mit meiner Laune, mit meiner Neugier auf die „Volksmeinung" war es dahin. Er berichtete mir noch: daß er keine Zeitungen mehr lese. Sie befänden sich ja doch in jüdischen Händen. Die bezahlten Schreiberlinge zerfledderten alle nationalen Werte. Die Zersetzung des Deutschtums würde durch die Überfremdung mit welschen Fremdarbeitern noch unaufhaltsamer. Dieser Haarartist liest also nicht einmal die „Nationalzeitung", der deutschen Getreuen Leib- und Magenblatt. Daher weht der Wind nicht. Diagnose: der gute Mann „zehrt" noch

[1]) Vgl. Alfred Hohm, Die Beleidigten — Dokumentation und Kommentar über ein publizistisches Abenteuer, „Blätter", Heft 3/1965, S. 266.

immer von dem Gedankenragout, an das er von Kindbein an gewöhnt, das ihm im Dritten Reich seligen Angedenkens eingebleut wurde. Er wiederkäut bloß. Das aber reicht.

Ich war froh, wie man verstehen kann, daß ich alleine im Salon bedient wurde. So brauchte ich mich nur vor mich hin zu schämen. Man könnte sicher einwerfen: ein Barbier macht noch keinen braunen Sommer. Doch gegen diesen Einwand bin ich skeptisch. Hier handelt es sich ja nicht um einen maroden Einzelfall. Man höre sich einmal aufmerksam um! Ich fürchte, über 40 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung huldigt versteckt noch in dieser oder jener Form faschistoiden Mystagogien. Die Skala ihrer Mythen schwankt vom primitiven Nazismus bis zum pikierten Gutbürgernihilismus, der sich im Schauder irrationaler Ergüsse in die drallen Arme eines gewaltsamen Dezisionismus flüchten möchte. In der „Zeit" (21, 1966, S. 9) hat Erhard Eppler die Verschnürung des braunen Rutenbündels, wie es in der NPD neuerdings versucht wird, scharfsichtig analysiert. „Die Bestandteile des nazistischen Konglomerates führten ein unauffälliges Eigendasein in Schulzimmern, an Stammtischen, auf Verbandstagungen und in Wahlkämpfen." Und er fährt fort, daß sich auch „Ruten" dieses nazistischen Bündels in den Händen der demokratischen Parteien finden. Überlebt hat diese braune Wundertüte nicht zuletzt, weil einfach eine klare Belehrung fehlte. Weil bei uns die politisch-soziale Aufklärung nur die Formen, das demokratische Zeremoniell betraf. Ein Dilemma unserer Demokratie in der Bundesrepublik scheint schon in diesem willkürlichen Beispiel aufgedeckt: Mein Friseur hat drei Söhne! Hatten sie, so muß man fragen, in der politischen Realität der Bundesrepublik überhaupt eine Chance, über die Braunsicht ihres Herrn Papa aufgeklärt zu werden? Oder bleiben sie sein modernisierter politischer Abklatsch? In der Schule jedenfalls wurden sie höchstens unvollkommen belehrt, dort spielt sich politische Information zumeist als Konformierung ab. Dort überwiegt hehre Lyrik, schöngeistige Literatur und eine oberflächliche Faktenüberschwemme noch immer politisch-gesellschaftliche Enthüllung. Es wird schlimm, wenn die Systeme schneller wechseln, als sich die Lehrer umstellen können. Unsere Schulen bleiben zumeist sentimentale Belehrungsanstalten, in denen sich die Lehrerschaft an Tacitus oder Miegel ergötzt. Ihre Ahnung historischer Gesetze, ihre Vorstellung der gesellschaftlich-politischen Dialektik bleibt nebulos. Wenn die dem Schüler aufgetischte Information nicht durch ein sozial-politisches Verständnis katalogisiert wird, erscheint sie als Ballast. Sie bleibt angeklebt, wie des Kaisers falscher Bart. Lohmar (Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963) hat die daraus entstehende Resignation des Verstandes und des Handelns akkurat beschrieben. „Die Folge der Überinformation (als Kehrtwendung der verkleckerten Information) ... ist der Rückgriff ... auf minimale... Schlagworte. ... Die bruchstückhafte Überinformation führt zu einer Entpolitisierung (des Denkens)" (S. 29 f). Insofern bleibt auch die von Schelsky belobigte Skepsis der jungen Generation oft idealistisch. Sie erschöpft sich notgedrungen in einer Eintagsrevolte gegen die Riten der Alltagswelt. In einer Flucht nach vorne wird dann später, wenn mit dem 25. Lebensjahr der Bauch beginnt, die Vorväterwelt mit ihren behäbigen Vorstellungen blindlings, als Lösung aller „pubertären" Fragen akzeptiert. Von Pädagogen ist dieser Prozeß oft beklagt worden. Aber er ist beabsichtigt! Der „Faust", den bekanntlich jeder junge Deutsche bei sich trägt, bleibt im Tornister. Im Gepäck ruht er besser als im Kopf. Das angelernte Wissen bleibt Konsum. Es erfüllt seine Funktion im Reigen des Sozialprestiges. Auch bei den Jungen richtet es sich zwangsweise nach den gängigen Verlautbarungen aus. Um nur anzutippen: In dem schulischen Eintopf wird etwa das Dogma des 20. Juli, die Idealisierung des 17. Juni oder die „Politik der

Stärke" nie in Frage gestellt. Die Kritik richtet sich meistens eher gegen das bundesdemokratische „Lizenzsystem". Die Skepsis der „skeptischen Generation" verdichtet sich bei der Menge, auf die es ankommt, deswegen notgedrungen nicht im Sinne einer ideologiekritischen, politisch aufgeklärten Haltung. Sie bleibt eigenbrötlerisch und bloß krittelnd, oft die falschen Gegenstände angreifend. Wie lautet das Fazit: ein Brauner kann eine beliebige Menge ihm anvertrauter Menschen infizieren. Es gibt keinen politischen § 175. Die Familie ist in der Bundesrepublik ein unantastbares, ja heiliges Gut. Auf die Versteinerung der Ständestaatlichkeit, die sich in dieser Familienvorstellung ausdrückt, und ihre politische Rolle in der Prolongierung der Herrschaft der Restauration in der Bonner Republik kann hier nicht näher eingegangen werden. Diese Familiensakralisierung wäre ein Thema für sich...

Heinz Brüdigam nun kann den traurigen Ruhm für sich buchen, nahezu als erster in umfassender Weise die Breite und die Wirkung dieses verborgenen Faschismus, dieses weiterwirkenden Glaubens einer Gossenelite, wie Bullock sagte, fein säuberlich in den Ecken rnd Palästen der Bundesrepublik aufgespürt zu haben. Zwar haben sich auch andere Autoren mit dem Problem des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik befaßt. So legten etwa Knütter und Jenke fundierte Arbeiten vor. Aber sie beschränken sich zum einen auf die ganz rechte Linie, auf die sogenannten Rechtsradikalen. Diese Richtung wird heute sogar von der NPD verleugnet! Sie hat keinen politischen Einfluß. Sie ist bloß lächerlich. Dadurch lenken diese Autoren aber im Grunde von der bei Brüdigam herausgearbeiteten Tatsache ab: daß der Neofaschismus in vielen Varianten ein Grundelement des bundesrepublikanischen „Zeitgeistes" geworden ist! Erst kürzlich hat auch Professor Horkheimer auf die anwachsende Gefahr des Neofaschismus hingewiesen. Man könnte diese Ablenkung auch als Absicht der Bücher von Knütter oder Jenke deuten: Durch Aufzeigen der Extreme die Aufmerksamkeit von der Wirkung ihrer gedanklichen Ausläufer abzuziehen. Zum anderen, so nützlich diese Bücher auch sind, bleiben sie zu abstrakt. Sie verweisen kaum auf die gesellschaftliche Bedingtheit dieser „Ideen" und lassen ihre weiterwesende historische Herkunft und Wirkung aus dem Spiel. Objektiv verteidigen sie damit den Neofaschismus der Mitte. Indem sie seine Extreme als tote, kuriose Gespenster an die Wand malen, erwecken sie den Eindruck, als ob dann die gemäßigten Strömungen schon lange versandet sein müßten. Der „Neo"faschismus ist hier letztlich zu einem historischen Problem geworden! Denn anscheinend sind die gesellschaftlich-politischen Komposthaufen für sein Gedeihen in der Bundesrepublik vertrocknet. Was noch Ärger macht — weiß nur nicht, daß es schon begraben ist. Hinter dem Rücken wird in diesen Schriften die Anklage zur begütigenden Apologie. Das ist den Autoren sicher nicht klar geworden. Deswegen aber hat das Buch Brüdigams eine enorme politische Bedeutung. Ich möchte es als eine der wichtigsten aktuell-politischen Arbeiten der letzten Zeit bezeichnen. Dennoch war seine Resonanz gering!

II

Heinz Brüdigams Buch wird den Alkoholumsatz steigern; oder die Auswanderungsämter werden strapaziert werden. Denn in seinem nun in der zweiten Auflage vorliegenden Buch „Der Schoß ist fruchtbar noch...! Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik", Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1965, 343 S., steigt ein Nornentanz angeb-

lich längst aus dem Abonnement entlassener Barden und abgelebter Mythen vor dem arglosen Leser auf. Zu seinem Schreck erkennt er, daß die düstere Bühne, auf dem diese braune Walpurgisnacht tobt, die politisch-gesellschaftliche Szenerie der Bundesrepublik ist.

Sicher, uns allen war bewußt, daß die „Erneuerung" von 1945 unvollendet blieb, wie Kogon es milde formulierte. Es war auch vorauszusehen, daß eine aufgepropfte, eine nicht selbst gewollte reeducation, die noch dazu aus politischen Gründen in den Kinderschuhen stecken blieb, nicht mit einem Schlag Nationalismus, Autoritarismus und Militarismus fleckenlos aus dem deutschen Gemüt tilgen würde. Man machte sich auf einen langen, aber doch am Ende unaufhaltsamen Prozeß der Neufundierung des politischen Bewußtseins der Deutschen gefaßt. 40 Jahre vielleicht, so rechnete man leichtsinnig, könnte diese Umwandlung dauern. Im Jahre 1945 war ja das deutsche Volk trotz aller widrigen Umstände zum ersten Mal in seiner langen Geschichte für einen Moment von allen Obertanen frei. Das war eine einmalige Chance! Und es schämte sich seiner Fehltritte; Scham aber ist, wie Marx es 1844 verdeutlichte, auch eine Art von innerer Revolution. Diese innere Revolution von 1945 fand in dem wirklich vorzüglichen Grundgesetz von 1949 seinen Ausdruck. Aber der inneren Revolution folgte keine äußere Revolutionierung. Das Erhalten der gesellschaftlichen Zustände entsprach objektiv sogar einer Restauration. Deswegen soll konsequenterweise 1966 das verdächtige Zeugnis der inneren Revolution zu den Ahnen geschickt werden, nachdem es schon 1953 durch die Korea-Gesetze kastriert worden war.

Aber nach der Befreiung von 1945 hoffte man noch, daß jetzt eine Veränderung in Gang gesetzt werden würde, die diesmal, nach mehreren Ansätzen, in der politischen Verantwortlichkeit und der Zivilcourage und in einer vernünftigen sozialen Ordnung enden sollte.

Und wohin sind wir tatsächlich gekommen?

Grabenkämpfer im Kalten Krieg —, Kanzlerdemokratur —, zwei verfeindete deutsche Staaten —, Griff nach der Atombombe —, Pläne einer Formierten Gesellschaft und des Damoklesschwert eines Ermächtigungsgesetzes à la Bonn, das verniedlicht als „Gesetz für die Stunde der Not" verkauft wird! Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Was haben die Deutschen wieder falsch gemacht?

Wie alle historischen Zustände, so hat auch das Dilemma der deutschen Demokratie nach 1945 eine lange Krankengeschichte. Die Kontinuität der deutschen Schwierigkeiten erlaubt es, den verblüffenden Irrweg der Geschichte nach 1945 wieder als „typisch deutsch" zu verstehen. Das heißt: die Deutschen haben wieder nichts gemacht.

Es begann, wenn wir uns erinnern, als die Alliierten schon 1947 wieder mit einer deutschen Armee liebäugelten. Im schon seit 1946 entbrannten Kalten Krieg waren deutsche Mannen wieder genehm. Da man den Deutschen aber noch nicht so ganz traute, sperrte man sie in den Käfig der NATO. Wir konnten von neuem zeigen, was für tüchtige Kerls wir waren. Schon am 5. 9. 1950 tönte Guderian in einem Interview mit der US-„News" wieder: „Mit deutschen Soldaten kann ich einen drei-, selbst fünffachen Feind schlagen!" Unterstützt von massiger amerikanischer Hilfe, tat der deutsche Fleiß das nämliche. Wir trompeteten wieder obenauf.

Aber die Remilitarisierung war bloß ein Symptom. Nicht die politische Krankheit selbst. Der Krankheitserreger war der Erhalt der politischen Macht in den Händen der bürgerlich-industriellen Schichten, die schon Hitler an die Macht gerufen, die die Weimarer Republik liquidiert hatten. Die Fama, Hitler habe sich dem deutschen Volk aufgezwängt, wird nicht gehaltvoller, weil sie alt ist. 1933 wurde kein Staat zerstört, wurde keine Verfassung zerrissen! Der Bankrott wurde nur offensichtlich. Die Demokratie hatte in den Herzen und Hirnen der Deutschen schon lange ausgespielt. Jetzt, nach 1945, legten die in den westlichen Siegerländern regierenden Schichten die herrenlose Macht konsequent wieder in die Hände der ihrem Status entsprechenden Gruppen. Dadurch wurde ab ovo eine eigentliche Besinnung und entschlossene Reinigung verhindert. Diese faktische Restauration ist der Krebsschaden der jungen Republik. Schon einmal haben die Deutschen eine ähnliche Restaurierung versucht. Auch nach 1918 hat sich die Sozialdemokratie, die 1914 elend versagt hatte, autoritär im Sinne des ancien régime ausgerichtet. Nicht zuletzt in Furcht und Zittern vor den Linksrichtungen der Rätebewegung. Anstatt die Grundlagen für einen dauerhaften demokratischen Staat zu planieren, etablierte sie sich mit den gerade erst besiegten Mächten. 1918 wie 1945 hätten aber die Monopole zerschlagen, die Beamtenschaft, das Rechtswesen, die Polizei, die Universitäten und die Armee gesäubert werden müssen. Im Notfall unter Anwendung von Gewalt. Aber dieser Hinweis, den Shirer sehr richtig machte, bleibt illusionär: denn kann die herrschende Schicht, von den Alliierten wieder eingesetzt, den Staat von sich selber reinigen?

Die Alliierten ließen die Gelegenheit verstreichen, auch eine gesellschaftliche, nicht nur eine oberflächlich politische Ausmerzung der Nazis und des Faschismus durchzuführen. Auch in der erweckten Bonner Republik blieben die gleichen gesellschaftlichen Kräfte maßgebend, die schon vor 1933 der Dünger des braunen Unkrauts gewesen waren. Als später die Bevormundung durch die Siegermächte wegfiel, übernahmen die großbürgerlich-industriellen Schichten die Herrschaft und bestimmten die politische Ideologie der Bundesrepublik. Die westdeutsche Demokratie wurde, wie Aron es treffend ausdrückte, in einen neuen Machtstaat, in eine konservative Kanzlermonarchie verwandelt.

Die Aufrüstung, der Korea-Krieg und vor allem ein messianischer Antikommunismus, in den USA von McCarthy zu hysterischen Tobsuchtsanfällen gesteigert, kam den gesellschaftlichen Schichten, die an einem aufrüstenden Machtstaat politisch und ökonomisch profitierten, sehr gelegen. Das prekäre Weltgleichgewicht der Macht erlaubte die Behauptung eines dauernden Belagerungszustandes. Die glücklich wiedergefundene Existenz eines totalen Feindes, der an die Stelle der Juden rücken konnte, der Kommunismus, gestattete es ihnen, im Namen des Erhalts der Sicherheit und für eine innenpolitische Gleichschaltung aufzutreten. Angesichts dieser Hinterabsichten wurde diese Politik bisher zu wenig als das gebrandmarkt, als was sie sich in ihren Argumenten darstellt: als Ableger eines Kryptofaschismus. Sozusagen ein Faschismus im Frack. Aber die herrschenden Schichten sind gleichzeitig ihre eigenen Kritiker. Es gibt in Deutschland im klassischen politischen Sinne keine Opposition mehr. Das diese „Kritik" milde ausfällt, leuchtet ein.

III

Brüdigam geht in seinem Werk nicht weiter auf diese historische Entwicklung ein. Das liegt auch nicht im Interesse seines Buches. Aber seine Arbeit beruht auf der Erkenntnis dieser Kontinuität des politischen Irrtums und der politisch-

gesellschaftlichen Schichten. Sonst hätte sein ganzer Aufriß keinen politischen Boden. In der ersten Auflage hatte der Verfasser die Wirklichkeit dieser faschistoiden Tendenzen erfaßt, wenn er schrieb: „Es ist die aus den gesellschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik geborene gesamte politische Atmosphäre, die diese Literatur möglich macht!"

Man hat dem Buch Brüdigams, das ihm sechs Zivilklagen eintrug, den Vorwurf gemacht, es biete eine bloße Aneinanderreihung von Tatsachen. Information aber vermittele keine Einsicht. Das Buch kenne keine Überbegriffe. Brüdigam dagegen führt aus, daß der gedankliche Salat, der in dem faschistischen Eintopf schmort, kaum begrifflich auseinanderzuhalten sei. Das ist natürlich nicht ganz richtig. Man braucht nur auf die einschlägigen Arbeiten von Nolte, Sontheimer, Lipset, Arendt oder Friedrich zu verweisen. Von bräunlichen Versuchen einer „philosophischen" Klassifizierung, die etwa Armin Mohler versucht, soll hier gar nicht die Rede sein. Aber: Brüdigam kann es nicht vor allem auf eine Zerlegung der faschistoiden Verästelungen ankommen. Er hat eine elementarere politische Aufgabe zu erfüllen. Er will diese Ansichten und ihre Vertreter überhaupt erst einmal bekanntmachen. Und er will ihre stetige Wirkung verdeutlichen. Dann erst kann man sie wirksam bekämpfen. Brüdigam versucht ihr Weiterwirken auf die Politik und die Ideologie der Bundesrepublik aufzudecken. Er demonstriert, daß die dargelegten „Gedanken" schon wieder eine politische Gefahr bilden. Ein Staatswesen, in dem sich derartige Ansichten — ohne verboten zu werden — mit so hoher Auflage verbreiten lassen, torkelt schon wieder am Rande eines politischen Nervenzusammenbruches, ohne es zu merken. Die herrschenden Ideen aber sind zumeist die Ideen der Herrschenden, wie Marx darlegte. Hinzu kommt, daß der allgemeine Wohlstand eine grundsätzliche, eine politische Kritik als „zersetzend", als ketzerisch abtut. Das Funktionieren des herrschenden Systems, das Wirken der Mittelsicherheit verhindert ein Infragestellen der aus dieser gesellschaftlichen Struktur entspringenden politischen und sozialen Mängel. Oder: die vorgetragene Kritik, etwa in bezug auf den Bildungsmangel, die Universitätsmisere oder die scheinbar unaufhaltsame Entmachtung des Parlamentes, betrifft nur die Phänome. Sie beunruhigt — aber sie kann nicht ändern. Schon 1962 hat Herbert Marcuse (vgl. „Ideologiekritik und Wissenssoziologie", Neuwied 1964, ed Lenk) die Erdrückung des politischen Denkens durch die Organisation beschrieben: „Unter dem Einfluß... der Größe und Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und des steigenden Lebensstandards zerbricht die politische Opposition gegen die fundamentalen Institutionen der alten Gesellschaft... (Sie) wird zur Opposition innerhalb der akzeptierten Gesellschaft!" (S. 335) Auch Manfred Friedrich („Oppositon ohne Alternative", Köln 1963) und Jacques Ellul („L'Illusion politique", Paris 1965) haben auf diesen Prozeß in gewichtigen Schriften verwiesen. Wie gewöhnlich scheint es den Deutschen wieder mehr um Sicherheit, Ordnung und Wohlstand — als um politische Freiheit zu gehen. „Die bequeme, glatte, vernünftige, demokratische Unfreiheit, die in der hochentwickelten Industriekultur herrscht..." (Marcuse, a. a. O. S. 344) scheint den Deutschen zu genügen. Wie allerdings die Sicherheit, die sie sich durch das politische Stillhalten einheimsten, beschaffen war: das machen zwei Weltkriege deutlich.

Brüdigam schreibt mit Recht in der 2. Auflage: „Es geht nun darum, daß diese (faschistoiden) Einzelerscheinungen heute insgesamt wieder eine politische Gefahr darstellen!" Das ist die grundlegende These des vorliegenden Buches. Sie findet sich darin bis ins Übermaß bestätigt. Es muß hinzugefügt werden, daß auch der Verfasser der Ansicht ist, die westdeutsche Demokratie besäße das institu-

tionelle Rüstzeug — fände sie nur zu sich —, mit dieser Attacke von rechts lässig fertig zu werden. Aber gleichzeitig ist sich Brüdigam bewußt, daß diese Argumentation einem Zirkelschluß aufsitzt. Denn: wie der Herr, so's Gescherr! Daß die Herrschenden sich mit dieser Gefahr nicht befassen, hat mehrere Gründe, deren einer nicht zuletzt in der Verwandtschaft der Ideen besteht. Insofern ist der von Brüdigam aufgewiesene braune Radetzkymarsch eher ein Anzeichen für eine Krankheit als das Leiden selbst. Die Krankheit dagegen grassiert in der scheinbaren politischen „Mitte", unter den Vertretern der Formierten Gesellschaftsnarretei und den Notstandspropheten — von Propagatoren anderer verdächtiger Visionen ganz zu schweigen. Denn sie verwalten die faktische Macht, sie üben die Beeinflussung aus. Ihre Fieberkurve ist die stetige Umwandlung der Bundesrepublik von einem liberalen Sozialstaat in einen autoritären Machtstaat.

Noch aber ist es Zeit, zum politischen Gegenangriff zu sammeln. Die Deutschen brauchen dazu nicht einmal die „moralische Aufrüstung". Und indem Brüdigam in seinem Buch den scheinbar abliegenden politischen Überbau der Formierten Gesellschaft untersucht, trifft er die aktuelle politische Gefahr. Damit leistet er zum einen eine politische Aufklärungsarbeit. Das alleine ist schon dankenswert. Er informiert und bietet Stoff für Gegenargumente. Vielleicht erreichen diese phantastischen und gefährlichen Mythen das politische Gewissen der westdeutschen Bevölkerung, die unwissend unter dem Baldachin materieller Erfolge dahinschmatzt. Zum anderen entblößt er das scheinheilige Äußere der sogenannten Formierten Gesellschaft. Da diese Gedanken von unserem Bundesbiedermann Erhard leutselig vertreten werden, können sie doch gar nicht gefährlich sein! Die „Haupttugend" des deutschen Bürgers ist noch immer das Vertrauen, nicht etwa die Kritik.

IV

Daher genügt es, daß Brüdigams Arbeit Material anhäuft. Auch wenn der Leser in der Flut nie gehörter Namen, Zeitungen, Verlage und Zeitschriften zu ertrinken droht. Anerkennenswerterweise hat nun der Verfasser in der 2. Auflage es wenigstens in Ansätzen versucht, den reißenden Strom der Fakten zu kanalisieren, indem er sie unter gewisse typische Ansichten gliederte. An ihnen läßt sich die allgemeine Substanz der vorgetragenen Meinungen klar machen.

Wie geht Brüdigam nun im einzelnen vor? Der erste Abschnitt befaßt sich mit dem Beginn der Bundesrepublik. War die Kapitulation von 1945 ein Tag der Befreiung oder der Niederlage? Harmlose Frage, Wortklauberei — so könnte man meinen. Doch Brüdigam hat schon richtig erkannt: wenn Worte demaskieren, so diese Bezeichnungen. Derjenige nämlich, der den 8. Mai 1945 als Zusammenbruch, als Katastrophe bezeichnet, bleibt in einer imperialen, machtstaatlichen politischen Denkweise hängen. Karl Jaspers hat als erster diese Dialektik deutlich gesehen und deswegen die Denktradition des Bismarckreiches als für die Zielsetzung der Wiedervereinigung ohne Belang abgelehnt. Diese Erkenntnis bezeichnete Sebastian Haffner, der damals noch weit rechts stand, als „Denkunfall des Philosophen". Die Bewertung des 8. Mai ist das politische Scheidewasser wirklicher Fortschrittlichkeit, weg vom verhängnisvollen Reichsbegriff. In den Augen der von Brüdigam untersuchten Rechten ist daher dieses Datum auch nur ein „Versehen". Es resultiert in Wirklichkeit aus verlorenen Siegen, wie Herr v. Manstein sich auszudrücken beliebte. Diese Rechte lebt, wie Walter Görlitz einmal

schrieb, von Legenden. Aber ihre Anicht bildet, wenn auch anders legitimiert, die allgemeine Meinung in der Bundesrepublik. Der 8. Mai als Katastrophe gehört zum politischen Jargon — wie die sogenannte DDR, der sogenannte Ulbricht. Nicht nur für die Rechten war dies Datum daher die schicksalhafte Tragödie der Deutschen. Dieses Ereignis muß revidiert werden!

Nachdem Brüdigam die Versuche einer Aufwertung der SS ausmalte, führt er den Leser in die neuerstandene Kriegsliteratur ein, die sich inhaltlich nur in Nuancen von der des Dritten Reiches unterscheidet. Diese Literatur hat riesige Ausmaße angenommen. Ihre „wissenschaftliche" Sparte wird von Steuergeldern unterstützt. Die Kriegsromane bringen den Verlagen genug Geld. Brüdigam arbeitet heraus, daß in diesen Schriften der Krieg noch immer als „Genius" der Menschen, wie Scheler sich ausdrückte, als Zustand der überhöhten Existenz, als Lebenselixier der deutschen Recken in einer total verfeindeten Welt dargestellt wird. Seit Hegels Behauptung, daß Kriege notwendig seien, damit nicht die Seelen der Völker verfaulen („Philosophie des Rechts", §§ 324 ff), gehören diese Vorstellungen zum Manna der deutschen Ideologie.

Brüdigam geht weiter. Er zeigt, daß in diesen Schriften auch der Zweite Weltkrieg nicht von den Deutschen begonnen worden sei. Eine neue Kriegsschuldlüge wird konstruiert. Diese Ansicht hat sich ja auch Strauß schon zu eigen gemacht. Entsprechend der hier vertretenen Kriegsmentalität — muß auch der Widerstand abgewertet werden. Lenz, Drieu LaRochelle und Grimm etwa werfen Hitler in diesem Zusammenhang vor, er habe Machiavelli nicht aufmerksam genug gelesen. Der Widerstand, der sich jetzt als bloßes Personalproblem entpuppt, wäre unmöglich gewesen, wenn Hitler rechtzeitig radikale Rechts- und Linksabweichler liquidiert hätte. Die „Mentalreservationisten", eine Wortschöpfung von Lenz, mit der er die Intellektuellen ärgern möchte, wollten die Deutschen bloß wehrlos machen, ihres Führers berauben, um eigenen politischen Machenschaften zu frönen. Andere Rechtsradikale stützen ihre Ablehnung jeglicher Art des Widerstandes auf den „Eid". Aus einer germanischen Eidmythik ist noch im Remer-Prozeß von 1952 ein politisch-moralisches Problem aufgebauscht worden. Rudel, Lenz, Remer, Hagen, Boehm und andere fanden, daß der Eid unabdingbar sei. „Eid ist Eid! Wer am Eid rüttelt, rüttelt an den Grundfesten der Welt." Das verkündete der Ase Remer. In einem salto mortale wird daher letztlich auch dem Widerstand die deutsche Niederlage angekreidet. Er habe das Gelingen der Invasion, die Katastrophe von Stalingrad und den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte verschuldet. Auch Hitler ist sein Opfer!

Neben anderen aktuellen Hinweisen deutet Brüdigam auch das Weiterleben brauner Vorstellungen und Verhaltensweisen an den westdeutschen Universitäten an. Er führt die daraus resultierende Problematik nicht weiter aus. Aber — wenn auch nicht unbedingt die faschistoide, so doch die autoritative Neustrukturierung der Universitäten geschah nach 1945 in alter Manier. Krippendorff schrieb vor kurzem, daß sich die ideologischen Gründe für ein Scheitern der Demokratie in Westdeutschland am besten an der Retaurierung der alten Mächte und ihrer Ideologie an der deutschen Uni ablesen lasse. Der Professor, der an Ansehen im Volke noch immer alle „Stände" hinter sich läßt, herrscht hier als kleiner Diktator. Hier hat sich — außer in den Betieben — in unserer Gesellschaft noch ein Fleckchen nichtdemokratisierten Herrschens erhalten. Es blüht im verborgenen, verhüllt im Schlamassel einer im ureigensten Sinne mittelalterlichen Fakultätenhuberei. So schön diese Idylle scheint, so erhebend das Volk sie an-

scheinend findet: die Professorenherrlichkeit ist vergammelt. Selbst in der Sache liberale Professoren sind von dieser herrschaftlichen Attitude, diesem Flair der Unnahbarkeit nicht frei. Das Offiziers-Unteroffiziersverhältnis, wie es der französische Professor Maurice de Gandillac benannte, das an der deutschen Uni sein Unwesen treibt und das dem Lernenden gleich den „im Leben notwendigen" gehörigen Respekt in die Knochen bläst, ihn im Anblick der Gewaltigen erschauern läßt, wirkt sich auch auf die geistigen Früchte der Studierenden aus. Wer sich als Persönlichkeit nicht frei verhält, bleibt auch im geistigen Urteil befangen, plappert nach. Die Professorenidylle verhüllt oft die übelste Art des Autoritarismus: den Meinungsterror.

In diesen kurzen Hinweisen auf den Inhalt des Buches von Brüdigam wird schon deutlich, daß die Arbeit die Möglichkeiten einer neuerlichen politischen Verirrung in Deutschland an den Tag zerrt. Denn wo die Substanz der Erziehung, wo das Denken nicht dem Wesen der Demokratie entspricht, wird die politische Zukunft eines Landes verbarrikadiert. Das aber ist gerade das verkündete Ziel der Rechten. Der Leser würde wünschen, daß Brüdigam in der eingeschlagenen Richtung weiterarbeitet. Seine Analyse müßte vielleicht noch eindeutiger die Verbindungswege zur politischen „Mitte" ausgraben. Das allerdings ist ein brisantes Thema; es würde ihm manchen weiteren Prozeß eintragen. Dann aber erst fände sich seine These eindeutig bewiesen, daß die Extreme nur die Früchte einer allgemeinen Restaurierung dieser „Ideen" in der Bonner Republik sind. Insofern erscheinen sie tatsächlich als „legitim"! Alles, was Brüdigam ganz rechts aufdeckt, schwefelt modifiziert längst als Ideengut der parlamentarischen Parteien. Sicher: dort ist es nicht allgemein akzeptiert.

Hinzu kommt noch, daß man die Refaschisierung schon wieder als eine allgemeine Bewegung der Nachkriegszeit verstehen muß. Sie entspricht darin der Zeit nach 1920! H. D. Sander drückte dies triumphierend in der WELT (23. 11. 1965) aus: „Der Linksruck fand nicht statt. Der allgemeine Wohlstand richtet sich ohne ihn ein! Der konservative Friede wirkt über sich hinaus." Seine Folgerung: „Das heutige Europa wurde von den Konservativen wieder aufgebaut — ohne Restauration!" ist nicht nur unrichtig, sondern willkürlich ideologisiert. Schon 1963 erschien in England und Frankreich eine vorläufige Studie von Dennis Eisenberg („Fascistes et nazis d'aujourd 'hui", Paris), in der die faschistischen Bewegungen der Nachkriegszeit in Schweden, Dänemark, der Schweiz, in den USA, England, Belgien, Portugal und Spanien, in Hispanoamerika und in Afrika usw. dargelegt wurden. Auch der Neofaschismus ist nur als ein internationales Phänomen zu verstehen. Wir verwiesen schon darauf, daß es die vornehmste Aufgabe der Arbeit von Brüdigam war: aufzuklären! Darin liegt auch die positive politische Substanz seiner Schrift. Trotz der Anhäufung des politisch Negativen — fehlt die Kehrtwendung nicht. Erst dadurch auch erhält dies Buch sein politisches Gewicht. An ihm kann keiner vorbei, der sich über den Ideologiensumpf, der in der Bundesrepublik herrscht, informieren will. An ihm kann keiner vorbei, der den Sumpf drainieren will. Sein Aufriß enthält die Mahnung, mit der Drainage nicht zu lange zu warten. Es kommt darauf an, die politische Unkenntnis zu beseitigen, die politische Passivität zu überwinden und achtzugeben, daß nicht wieder die Trommler die Bundesrepublik betäuben.

Brüdigams Buch enthält den politischen Hilfeschrei: Wo bleiben die deutschen Demokraten?

Walther Müller-Jentsch

Stilwandel der Autoritätsausübung im Betrieb

Mit dem nachstehenden Beitrag setzen wir die seit November vergangenen Jahres in dieser Zeitschrift geführte Diskussion zum Thema der Mitbestimmung fort. Idee und praktische Formen der Mitbestimmung rücken in unserer Zeit deshalb immer mehr in den Mittelpunkt lebhafter Erörterungen, weil die parlamentarische Demokratie durch den voranschreitenden Prozeß wirtschaftlicher Machtkonzentration in Gefahr gerät. Die politischen Ansprüche, die die Konzerne an den Staat stellen, treten in immer spürbarerem Umfang zu den Ansprüchen der Wähler in Konkurrenz und drohen, diese aus ihrer Position als verfassungsmäßiger Souverän zu verdrängen. Die großen Gefahren, die eine derartige Entwicklung innen- wie außenpolitisch heraufbeschwören könnte, lassen sich gerade in Deutschland, in dessen Geschichte die Großindustrie eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, kaum unterschätzen. Die „Blätter" haben deshalb der Erörterung der Mitbestimmung — die einen Weg öffnen würde, den an sich unvermeidlichen wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß den Bedingungen der Demokratie anzupassen — besondere Aufmerksamkeit gewidmet und beabsichtigen, diese Debatte auch weiterhin zu beobachten und zu ihr beizutragen. Da jede friedliche Entwicklung in Mitteleuropa unzweifelhaft zur Bedingung hat, daß namentlich bei uns in der Bundesrepublik die parlamentarische Demokratie erhalten bleibt, diese aber von den erwähnten wirtschaftlichen Entwicklungen her in Frage gestellt wird, kommt den Lösungen, die in der Bundesrepublik im Verlaufe der nächsten Jahre für diese Problematik gefunden werden, auch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa große Bedeutung zu.

Der heute zum Abdruck gelangende Beitrag bringt diese zentralen politischen Fragen, um derentwillen wir das Mitbestimmungsthema zur Diskussion stellen, nicht ausdrücklich zur Sprache. Dennoch hielt es die Redaktion für richtig, diesen Aufsatz, der die innerbetrieblichen Strukturen erörtert, hier einmal einzublenden. So gewiß dieses Thema für unsere Diskussion nur ein Randgebiet darstellt, so sehr schien uns andererseits, daß die Art, in der der Verfasser diesen besonders problemreichen Fragenkomplex behandelt, Anregungen allgemeinen Charakters vermittelt, die auch unter den Gesichtspunkten der von uns geführten Diskussion von Interesse sein dürften.

D. Red.

Im Verlaufe der spätkapitalistischen Entwicklung ist der Jargon der Public-Relations-Abteilungen auch in Leitartikeln und Wirtschaftsspalten der seriösen Presse heimisch geworden. Begriffe wie Klasse, Herrschaft, Kapitalismus, gar Ausbeutung entsteigen für die dort schreibenden Journalisten direkt der „Mottenkiste des Klassenkampfes", um welche die „Sozialpartner" einen weiten Bogen zu schlagen pflegen. Die Beschreibung konkreter Herrschaftsverhältnisse nimmt in der publizistischen Landschaft des restaurierten Liberalismus leicht den Charakter des Verstaubten, Unverbesserlichen an. Epigonen des 18. Jahr-

hunderts weisen auftrumpfend das 19. Jahrhundert in die Schranken. Erfolgt die Beschreibung jedoch im Imperfekt, so sind kräftige Farben gestattet; denn die Gegenwart profitiert von dem Kontrast zwischen Manchester und Wolfsburg. Wieweit dieser in der Tat vorhandene Kontrast auf realen Veränderungen in der Situation des Lohnarbeiters beruht, kann erst jenseits der blanken Fassade ausgemacht werden.

I

Eine charakteristische Frühform der kapitalistischen Produktionsstätte war die im 16. Jahrhundert aufkommende Manufaktur. Hervorgegangen aus der Hausindustrie, unterschied sie sich von der Werkstatt des zünftigen Handwerkers in doppelter Hinsicht: 1) unter der zentralen Leitung eines Kapitalisten arbeiteten in ihr eine weitaus größere Zahl von Handwerkern und ungelernten Arbeitern; 2) die für sie typische Arbeitsteilung war die von Adam Smith in seinem bekannten Beispiel von der Nadelfabrikation beschriebene Arbeitszerlegung. Die maschinellen Erfindungen des späten 18. Jahrhunderts und deren Einführung in die Manufaktur revolutionierten vollends die zünftige Produktionsweise. Der freie Lohnarbeiter ersetzte immer mehr den Handwerker. Während dieser noch in einem beträchtlichen Umkreis von Tätigkeiten bewandert und mit soliden Kenntnissen des Materials, das er bearbeitete, ausgestattet war, leistet jener innerhalb eines maschinellen und kooperativen Zusammenhangs bloße Teilarbeit. Marx spricht davon, daß er zum Teilarbeiter werde, zum lebenden Anhängsel eines toten Mechanismus. Zwar führt die Entqualifizierung und Zerlegung der Arbeit zur Steigerung ihrer Produktivität, doch kommt dies allein dem kapitalistischen Unternehmer zugute. Ihm nämlich ist der Lohnarbeiter, obgleich formal freier Vertragspartner, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, weil er nichts als seine Arbeitskraft besitzt, die er dem Eigentümer der Produktionsinstrumente verkaufen muß, um sein Leben reproduzieren zu können. Aus eben diesem — durch die Eigentumsverhältnisse vermittelten — gesellschaftlichen Zwang rührt es her, wenn der Arbeiter sich dem Druck der konkreten Herrschaftsverhältnisse im Betrieb aussetzte. Deren brutalste Spielarten sind unter dem Begriff des Manchestertums in die Sozialgeschichte eingegangen. Friedrich Engels hat sie in seinem frühen Buch über die „Lage der arbeitenden Klasse in England" eindringlich beschrieben. Die von Marx konstatierte Entfremdung und prognostizierte Verelendung des Proletariats waren keine metaphysischen Hirngespinste: sie basierten auf Alltäglichkeiten wie dem zwölf-, vierzehn- oder sechzehnstündigen Arbeitstag, der Frauen- und Kinderarbeit, der Entlohnung unter dem Existenzminimum und nach dem Trucksystem, der militärisch straffen Disziplinierung, den Verkrüppelungen durch die Arbeit an ungeschützen Maschinen und anderen Formen des Elends und der Entmenschlichung.

Daß jene Zustände schließlich doch nicht eine solch prekäre Polarisierung der Klassen und Extremisierung ihrer Lagen herbeiführten, um — wie von Marx prognostiziert — das kapitalistische System zu sprengen und über sich hinauszutreiben, lag nicht zuletzt an den Kämpfen jener Klasse, die den dialektischen Umschlag von der tiefsten Entmenschlichung zur menschwürdigen Gesellschaft vollziehen sollte. Die koalierten Lohnarbeiter zwangen die Bourgeoisie zu Reformen, welche ihren Kämpfen den revolutionären Stachel nahmen. Aber nicht nur Arbeitskämpfe, ebenso Wirtschaftskrisen und die Entfaltung der technischen

Produktivkräfte erzwangen Reformen, die reale Verbesserungen für die Arbeiter bedeuteten, obwohl ihnen zugleich die Tendenz innewohnt, den objektiven Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschleiernd zu verewigen.

Manifest wird dieser Gegensatz einmal im Interesse des Arbeiters nach hohem Lohn und dem gegensätzlichen des Unternehmers nach geringen Kosten, zum anderen in der Unterwerfung des Arbeiters unter die Autoritätsstruktur des Betriebes, die auf Disziplinierung im Interesse der Ausbeutung angelegt ist. Beides, Lohnarbeit und Herrschaftsausübung, hat sich seit Marx zumindest in seinen Erscheinungsformen entscheidend geändert. Die folgende Analyse dieses Wandels bezieht sich allein auf die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas.

II

Von einem Strukturwandel der Lohnarbeit kann in dreifacher Hinsicht gesprochen werden: 1) die Reallöhne sind gestiegen, 2) die Lohnfindung wurde versachlicht und institutionalisiert, 3) die Arbeiter erwarten neben dem Lohn nichtgeldliche Gegenleistungen.

In dem Buch „Kapitalismus heute und morgen" analysiert John Strachey die wirtschaftlichen Folgen der Demokratie und des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Erhöhung der Reallöhne und ihre Orientierung an dem Produktivitätsniveau auf politischem Wege, gegen die wirtschaftlichen Tendenzen des kapitalistischen Systems, durchgesetzt wurde. Der politische Kampf gegen ökonomische Gesetzmäßigkeiten wie den Preis der Ware Arbeitskraft, der sich zu Marxens Zeiten nach deren Reproduktionskosten bemaß, löste die rein schuldrechtliche Beziehung zwischen Kapitalist und Arbeiter auf und sicherte dem Lohnarbeiter bestimmte Mindestgarantien. Die erzwungenen sozialpolitischen Eingriffe des Staates in der Industrialisierungswelle des späten 19. Jahrhunderts dienten vor allem der Sicherung der Lage der Arbeiter bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität. Das zwiespältige Ergebnis der staatlichen Interventionen war, daß sowohl die Lebensbedingungen der ökonomisch Schwächeren gebessert wurden als auch das System als Ganzes vor seinem Untergang bewahrt blieb, weil die gleichen Maßnahmen die Absatzmärkte für die Fertigproduktion offenhielten. (Henry Ford erkannte als einer der Ersten, daß nur mit gleichzeitiger Erhöhung der Massenkaufkraft, letztlich der Löhne, eine Serienproduktion zu realisieren sei.)

Technische und soziale Entwicklungen haben den Auseinandersetzungen um den Lohn ihre frühere Schärfe und Explosivität genommen. Durch Rationalisierung der Lohnfindung, etwa der analytischen Arbeitsplatzbewertung nach Euler und Stevens, wird persönliche Willkür weitgehend ausgeschaltet. Der Fortgang der Mechanisierung machte auch den Leistungslohn überflüssig. Wie eine Untersuchung des Instituts für Sozialforschung, „Mechanisierungsgrad und Entlohnungsform", erbrachte, verliert der Leistungslohn mit der Ausschaltung der körperlichen Arbeit und der Einschränkung des menschlichen Einflußspielraums auf das Arbeitstempo seine Anreizfunktion. Das institutionalisierte Aushandeln der Löhne zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, das, was Geiger als „Institutionalisierung des Klassengegensatzes" bezeichnete, versachlichte den Lohnkampf und kanalisierte die Konflikte, die ehedem das

System bedrohten. Indes hat der Lohn trotz aller Rationalisierung, Versachlichung und Institutionalisierung nicht aufgehört, eine politische, von objektiven Machtverhältnissen abhängige Größe zu sein; die erwähnten Tendenzen können einen Kompromiß erleichtern, aber keinen Interessenausgleich herstellen.

Einer These Friedeburgs [1]) zufolge verlangt die industrielle Arbeit von den Arbeitern nicht Arbeit schlechthin, sondern zugleich Bereitschaft zur Einordnung und Disziplin für fremde Interessen. Für diese zusätzlichen Leistungen verlange der Arbeiter als Bürger einer demokratischen Gesellschaftsordnung nicht-geldliche Gegenleistungen wie demokratischere Herrschaftsverhältnisse und leistungsadäquate Aufstiegschancen. Wie Analysen und Befragungen ergaben, verbirgt sich hinter Forderungen nach höherem Lohn oft die Forderung nach solchen nicht-geldlichen Leistungen. Friedeburg spricht daher mit Dahrendorf vom Symbolcharakter des Lohnes; Lohnkritik sei eher Ausdruck als Ursache allgemeiner Unzufriedenheit mit den betrieblichen Verhältnissen.

III

Mit dem letzten Punkt wird bereits der zweite Komplex von Verbesserungen in der Situation des Lohnarbeiters berührt: der Stilwandel der Autoritätsausübung.

Nach Oskar Lange [2]) hat die leitende Arbeit in antagonistischen Produktionsweisen den zwiespältigen Charakter, einmal den Produktionsprozeß zu organisieren, zum anderen die Ausbeutung der Arbeit zu forcieren. Obgleich beide Funktionen, die gesellschaftliche rationale wie die aus partikularen Interessen herrührende, im Kapitalismus ineinander verschränkt sind, ist es doch vornehmlich die zweite Funktion, die einen doppelten Wandel erfuhr: 1) die unmittelbaren Vorgesetzten verlieren mehr und mehr ihre disziplinären Funktionen, 2) die hierarchischen Strukturen der Betriebe werden durch demokratische Institutionen aufgelockert.

In industriesoziologischen Untersuchungen der letzten Jahre [3]) wird der Nachweis geführt, daß mit fortschreitender Mechanisierung und Rationalisierung der Produktion die unmittelbaren Vorgesetzten, vor allem die Meister, ihrer Kontroll-, Korrektur- und Disziplinarfunktion verlustig gehen.

Im frühen Industriekapitalismus war der Werkmeister einer der ersten Angestellten, an den Unternehmerfunktionen delegiert worden waren. Während Marx [4]) in ihm nur den „Industrieunteroffizier" sah, der die „gemeinen Industriesoldaten" einer „kasernenmäßigen Disziplin" unterwarf, werden in Fritz Croners Studie über die Angestellten [5]) dem ursprünglichen Werkmeister vier Aufgaben zugeschrieben: erstens die Arbeitsleitung, das heißt, „daß er die Ar-

---

1) Ludwig von Friedeburg, Soziologie des Betriebsklimas (Frankfurter Beiträge zur Soziologie Band 13). Frankfurt 1963, S. 102 f.
2) Oskar Lange, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft (Europäische Perspektiven). Wien 1964, S. 170
3) Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting, Technik und Industriearbeit. Tübingen 1957
Hans Paul Bahrdt, Industriebürokratie. Stuttgart 1958
Friedrich Weltz, Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Stuttgart 1964
4) Karl Marx, Kapital I. Berlin 1962 (MEW Band 23), S. 447
5) Fritz Croner, Die Angestellten in der modernen Gesellschaft (Sammlung „Die Universität"). Frankfurt/M — Wien 1954, S. 65 f.

beit überwachte, das Arbeitstempo bestimmte und Disziplin hielt", zweitens die Planung, drittens die Kalkulation, vor allem die der Lohnkosten, viertens die Arbeits- und Produktionskontrolle. Die heute vieldiskutierte Werkmeisterkrise hat ihre Ursache darin, daß der Werkmeister eine Reihe dieser typischen Vorgesetztenfunktionen abgeben mußte. „Diese finden sich — meist in veränderter Gestalt — oberhalb und unterhalb der Meisterposition wieder, bei seinen Vorgesetzten, bei der zentralen Bürokratie, bei der Arbeitsvorbereitung oder beim Arbeiter selbst, der im hochtechnisierten Betrieb in stärkerem Maße selbstverantwortlich handeln muß, und schließlich in den maschinellen Anlagen, deren Eigenschaften und Anordnung den Arbeitsablauf genau festlegen, und in Kontrollapparaturen, die eifriger über die Arbeitsleistung wachen, als der Meister es könnte." [6])

Hans Paul Bahrdt und Friedrich Weltz sind der Ansicht, daß mit fortschreitender Technisierung des Produktionsprozesses an die Stelle der hierarchischen die funktionale Organisation tritt, innerhalb welcher Anweisungsbefugnisse allein noch Ausfluß einer ausgeübten Funktion im Arbeitsprozeß sind und nicht der einer Position innerhalb der Hierarchie. Es wäre indes verfrüht und entspräche wohl kaum den Intentionen der genannten Autoren, die Formalisierung und Versachlichung der Autoritätsausübung in dem Sinne zu interpretieren, daß die den partikularen Interessen dienende Funktion der leitenden Arbeit von der gesellschaftlichen rationalen aufgesogen werde, daß der Saint-Simonistische Traum von der Transformierung der Herrschaft über Menschen in die Verwaltung von Sachen Realität geworden sei. Der Druck wird nur anonymer. Die industrielle Technik, welche vornehmlich Ursache des beschriebenen Wandels in den Autoritätsbeziehungen ist, wurde unter dem Aspekt der Profitmaximierung entwickelt und eingesetzt. Ihre relative Eigengesetzlichkeit verhext nur zu leicht die Logik der bestehenden Produktion, die eine Logik der geringsten Kosten ist, in einen quasi-naturgesetzlichen Sachzwang. Jedoch ist die disziplinierende und antreibende Gewalt in die Maschinerie geschlüpft und drapiert sich als Ratio einer neutralen Technik. Die Rationalisierung der Arbeitsprozesse könnte aber, mit den Worten Adornos, „statt primär auf ‚Produktivität', ebenso auf die menschenwürdige Gestaltung der Arbeit selbst, die Erfüllung und Differenzierung genuiner Bedürfnisse, die Bewahrung der Natur und ihrer qualitativen Mannigfaltigkeit inmitten ihrer Bearbeitung für menschliche Zwecke sich richten." [7])

Ansatzpunkte einer bedeutenderen Einschränkung autokratischer Unternehmerherrschaft bietet die aus revisionistischen und syndikalistischen Traditionen gespeiste Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung der Werktätigen und ihrer Repräsentanten, im weiteren die nach der Institutionalisierung einer sozialen oder Wirtschaftsdemokratie als Erweiterung und Sicherung der politischen Demokratie. Führende Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wie Bernstein und Naphtali, begriffen die Demokratisierung der Wirtschaft neben der des Staates als notwendige Etappe auf dem Wege zum Sozialismus, an dessen allmählicher Verwirklichung sie festhielten. Die Vorstellungen einer gleichzeitigen Demokratisierung von Staat und Wirtschaft gewannen in dem Rätesystem der Jahre 1918/19 organisatorische Gestalt. Es ist nicht zufällig, daß die Arbeiterbewegung erst nach revolutionären und

---

6) Hans Paul Bahrdt, Industriebürokratie. Stuttgart 1958, S. 29
7) Theodor W. Adorno, Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: Sociologica II (Frankfurter Beiträge zur Soziologie Band 10). Frankfurt 1962, S. 239

krisenhaften Erschütterungen des kapitalistischen Systems Veränderungen in der Herrschaftsstruktur des Betriebes erzielen konnte. So wurden mit dem Betriebsrat (als Erbe der Rätebewegung) nach 1918 und mit der qualifizierten Mitbestimmung nach 1945 Interessenorgane der Arbeitnehmer im Betrieb institutionalisiert. Zwar wurden durch sie die hierarchischen Strukturen des Betriebes aufgelockert, denen die Arbeiter zuvor ausgeliefert waren, doch die in sie gesetzten Erwartungen wurden enttäuscht. Statt den ersten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus zu tun, konnte der Betriebsrat aufgrund seiner rechtlich zwiespältigen Stellung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber als eine Art Abteilung für Soziales und Schlichtungsstelle betrieblicher Spannungen in die formelle Autoritätsstruktur eingegliedert werden. Ob die Mitbestimmung in der Montanindustrie ihr weitgestecktes Ziel, die politische Demokratie durch eine wirtschaftliche zu sichern, erreichen konnte, bleibt fraglich, weil sie sich allein auf die Leitung der Unternehmen (Vorstand und Aufsichtsrat) beschränkt und nicht durch eine gesamtwirtschaftliche demokratische Planung und Kontrolle ergänzt wird. Wohl konnte durch sie die autoritäre Ordnung, besonders im Bergbau, gemildert und das Betriebsklima verbessert wie auch die Arbeit des Betriebsrates als Interessenvertretung erleichtert, doch nicht der Arbeiter aus seiner Objektstellung befreit werden — dazu bedürfte es zumindest der Mitbestimmung auf den untersten Ebenen, am Arbeitsplatz und in der Werkstatt. Diese Forderung wird neuerdings vom DGB in seinem Aktionsprogramm erhoben (im Grundsatzprogramm steht sie noch nicht).

IV

Obgleich die gesellschaftlichen Zustände Arbeiter und Angestellte weiterhin zu einem proletarischen Dasein anhalten, das gekennzeichnet ist durch ökonomische Ausbeutung, weitestgehende Besitzlosigkeit, perspektivische Existenzunsicherheit und Fremdbestimmung, verleitet sie ihr konkretistisch verengter Blick zur Akzeptierung des Bestehenden. Nicht nur die realen Verbesserungen, die ihre proletarische Existenz kaschieren, auch der Verzicht der Arbeitnehmerorganisationen auf die Formulierung von Fernzielen, die auf die qualitative Veränderung der Gesellschaft gerichtet sind, hat sie mit einem Zustand ausgesöhnt, der ihre Unmündigkeit verlängert. Das Grundsatzprogramm des DGB — um beim deutschen Beispiel zu bleiben — enthält zwar das Potential für derartige Ziele, doch harren die vorsichtigen Formulierungen noch der geeigneten Interpretationen, die dies Potential in die „reale" Utopie oder die kühne Antizipation umzusetzen und den in Wahrheit apathisch gewordenen Massen näherzubringen vermögen.

Den Konkretismus teilt der Arbeiter mit manchen Sozialforschern, die den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand bereits als klassenlose Gesellschaft verkennen. Siegfried Landshut [8]) vertritt ernsthaft den Standpunkt, daß mit dem Fehlen des Klassenbewußtseins, der Angleichung der Einkommen und des Konsumverhaltens die Klassen aufgehoben, mit dem Übergang der Parteien zum Pragmatismus die Ideologien verschwunden und mit dem Zuwachs der Verwaltungstätigkeit der Staat abgestorben sei; die Marxschen Prognosen seien ohne revolutionären Umbruch in den westlichen Industriegesellschaften Realität

8) Siegfried Landshut, Die Gegenwart im Lichte der Marxschen Lehre, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1956

geworden. Helmut Schelsky vertritt mit seiner „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" eine ähnliche Position.

Kennzeichnend für solche Theorien ist die Abstinenz von der Ökonomie — ein Luxus, den Soziologen sich in Zeiten der Hochkonjunktur leisten können, weil dann die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sich nicht direkt auf soziale Prozesse störend auswirken. Daß die Konzentration und Zentralisation des Kapitals derweilen neue Abhängigkeiten schafft, die in vielem denen des Feudalismus nicht nachstehen, muß ihnen jedoch bei dieser Methode entgehen.

Der Industriefeudalismus hat als Basis die großen Kapitalgesellschaften. Durch deren freiwillige Leistungen — Werkswohnungen, Kindergarten, Treueprämien, Pensionen und dergleichen — werden die Arbeiter faktisch an die Betriebe gebunden wie im Mittelalter die Bauern an die Scholle. Hans Paul Bahrdt hat beschrieben, wie die Aktivität eines Großbetriebes mitunter das Leben einer ganzen Stadt durchsetzt. „Die Industriewerke bauen Wohnungen oder verhelfen dem Arbeitnehmer sogar zu Hausbesitz . . ., sie veranstalten Konzerte und Theaterabende, halten Fortbildungskurse ab, sorgen für alte Leute, Witwen und Waisen. Mit anderen Worten: Eine Reihe von Funktionen, die ursprünglich von nicht nur im juristischen, sondern auch im soziologischen Sinn öffentlichen Institutionen erfüllt wurden, werden von Organisationen übernommen, deren Tätigkeit nicht öffentlich ist und es ihrer Natur nach auch nur in bescheidenem Umfang werden kann." [9]) Öffentliche Leistungen, dies ist das Resümee, werden zunehmend zu privaten Leistungen großer Konzerne, die mit Hilfe von Public Relations den repräsentativen Aufwand des Feudalherrn kopieren. Ihre demokratisch nicht legitimierte Macht ist nach den Untersuchungen Berles über die „Kapitalistische Revolution des 20. Jahrhunderts" in den USA so groß, daß ihr Mißbrauch nur noch von der öffentlichen Meinung als einer Art Appellationsrecht eingeschränkt wird. Helge Pross hat in ihrer Untersuchung über „Manager und Aktionäre und Deutschland" ähnliche Tendenzen für die Bundesrepublik festgestellt.

Mit den Konzernen wachsen die Bürokratien, mit ihnen die „Diensttuenden", welche das Getriebe der immer totaler werdenden Verwaltung in Gang halten und ihm zugleich als Verwaltungsobjekte ausgeliefert sind. Die gleichfalls an Boden gewinnende Kultur- und Bewußtseinsindustrie täuscht die Menschen über ihre wahre Lage hinweg und präformiert ihre Wünsche und Hoffnungen zugunsten der stärksten ökonomischen Interessen. Wenn auch die Manipulation der Stütze objektiver Verbesserungen bedarf, so können diese doch dazu dienen, die Menschen auszusöhnen mit der repressiven Arbeit angesichts objektiver Möglichkeiten ihrer Abschaffung. Im Lichte dieses Interesses enthüllen die objektiven Verbesserungen in der Situation des Arbeitnehmers eine rückschrittliche Kehrseite.

[9]) Hans Paul Bahrdt, Die moderne Großstadt (rde Bd. 127). Reinbeck 1961, S. 92

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Großkopf als Erzieher

In Hessen nimmt der Schulunterricht immer bedenklichere Züge an. Gerade erst hat richterliche Spitzfindigkeit das traditionelle Morgengebet als einen Verstoß gegen den sogenannten Gleichheitsgrundsatz der Verfassung diskreditiert (aus falsch verstandener Toleranz gegenüber den bedauerlicherweise ungetauften Schülern), da treibt die alles zersetzende Demokratisierung schon weitere Giftblüten. In Kirchhain, im Landkreis Marburg, sind in der Unterprima Auszüge aus der Schrift: „Der große Plan der CDU: die ‚formierte Gesellschaft' " durch einen Lehrer verlesen und zur Diskussion gestellt worden. Reinhard Opitz, der Verfasser des Pamphlets, das den Primanern auch noch zur Anschaffung empfohlen wurde, entblödet sich nicht, am gesunden Willen der Bundesregierung, der bundesdeutschen Gesellschaft eine neue Staats- und Wehrgesinnung zu bescheren, pingelig Kritik zu üben in der Art, wie man es auch von einigen Professoren, Gewerkschaftern und jenen Intellektuellen kennt, die schon der Bundeskanzler als Nichtskönner, Banausen und Pinscher entlarvte. Da wird unter Berufung auf das Grundgesetz (das doch durch eine formierte Leistungshierarchie abgelöst werden soll im Zeichen der Kompetenz-Klarheit schaffenden Notstandsverfassung) gejammert, die Meinungsfreiheit sei ein höheres Gut als die nationale Geschlossenheit. Und das ohne jegliche Rücksicht auf die neue Einkreisung der Deutschen durch ihre alten Feinde in West und Ost, die uns das Recht auf die Wiederherstellung unserer Grenzen von 1937 und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen vorenthalten!

Angesichts dieser ernsten Lage hat deshalb der Fraktionsführer der CDU im hessischen Landtag, Dr. Erich Grosskopf, seine verdammte nationale Pflicht und Schuldigkeit getan und in einer Kleinen Anfrage den hessischen Kultusminister Prof. Schütte (SPD) aufgefordert, mit der Sprache herauszurücken, wie er „die Wiederholung eines solchen Falles" der Diskussion politisch entarteter Demokratismus-Plädoyers in der Schule künftig zu verhindern gedenkt.

Weil Dr. Erich Grosskopf weiß, was auf dem Spiele steht, wenn wir auf dem Wege zur formierten Gesellschaft solche Rückfälle in den Status einer schon in den Schulen informierten Gesellschaft zulassen, sollte er eigentlich nun auch einen Schritt weitergehen und konsequent verlangen, daß im Bundesinformationsamt in Bonn ein Index aufgestellt und täglich ergänzt wird, der alle Schriften enthält, die im Schulunterricht zu meiden sind, weil sie jene „Kritiksucht" anstacheln, die sich für verantwortungsbewußte Staatsbürger nicht gehört (wie uns das Staatsoberhaupt persönlich, Bundespräsident Heinrich Lübke, noch einmal am 1. Mai auf einer großen Freiheitskundgebung in Berlin durch seine wegweisenden Ausführungen mit aller Autorität seines hohen Amts väterlich einschärfte). Wenn wir wieder ein organisches Volksganzes werden wollen, bleibt uns in der Tat keine andere Wahl, als den inneren Schweinehund zu bekämpfen, der uns immer aufs neue zu selbständigem Denken über unseren Staat und seine Führung verlocken will. Das hat für den Lehrkörper genau so zu gelten wie für die ihm anvertrauten Schüler, die zu gläubigem Vertrauen in die Staatsführung, nicht aber zur Nörgelei zu erziehen sind. Denn was in der Schule zersetzt wird, kann auch in Nagold nicht wieder zurechtexerziert werden.

L. R.

„Generationenwechsel"

Neuerdings hört man in der deutschen politischen Diskussion öfters das Wort „Generationenwechsel". Ein Generationenwechsel sei fällig, heißt es. Bei dem Streit um die Nachfolge Adenauers als CDU-Vorsitzender zum Beispiel spielte das Argument eine Rolle, der neue Vorsitzende

müsse jemand sein, der die Partei in die siebziger und achtziger Jahre hineinführen könne — also ein Vierziger, höchstens ein Fünfziger. Und ein CDU-Politiker dieser Altersklasse gestand mir um dieselbe Zeit im Gespräch, die Vierziger und Fünfziger hätten es jetzt wirklich eilig, an die Spitze zu kommen, denn ihnen trete bereits eine Generation von Dreißigern und sogar Endzwanzigern auf die Hacken, für die sie bereits alte Herren seien, und wenn sie sich nicht dranhielten, würden sie morgen von diesen noch Jüngeren einfach übersprungen werden. Das klingt eigentlich schon nicht mehr nach solid-behäbigem Generationenwechsel, sondern nach einem ziemlich verzweifelten Wettlauf von Dekaden und Jahrgängen.

Aber gibt es denn überhaupt so etwas wie einen Generationenwechsel in der Politik, oder ganz allgemein im öffentlichen Leben? Ich glaube, das Wort wird ein bißchen zu lose, zu ungenau gebraucht, es wird auf Verhältnisse angewandt, auf die es nicht recht paßt. Von Generationenwechsel kann man doch eigentlich nur dort sprechen, wo sich etwas vom Vater auf den Sohn vererbt. Wenn der alte Bauer ins Ausgedinge zieht und sein Sohn den Hof übernimmt — das ist ein echter Generationenwechsel; oder auch wenn der König stirbt und der Kronprinz König wird — „le roi est mort, vive le roi!" Aber in der parlamentarischen Politik — oder auch in den großen Verbänden, den Gewerkschaften, den Kirchen und Universitäten, in der Presse und im Rundfunk — paßt da das Wort „Generationenwechsel", gibt es da überhaupt Generationen? Das Kanzleramt und ebenso die Bischofs- und Präsidenten- und Intendantenposten sind doch nicht etwas, was vom Vater auf den Sohn übergeht; und es ist auch keineswegs immer so, daß der Nachfolger, dem Alter nach, sozusagen der Sohn seines Vorgängers sein könnte. Oft ist er ungefähr gleichaltrig, manchmal sogar älter. Stalin war nur zwei Jahre jünger als Lenin, Adenauer sogar vierzehn Jahre älter als Hitler. Als Churchill endlich Premierminister wurde, war er 65 und hatte vorher fast zehn Jahre lang als passé gegolten. Mir scheint, daß in allen Verhältnissen, wo kein Erbfolgeprinzip herrscht — und das sind heute die allermeisten — von Generationenwechsel eigentlich keine Rede sein kann. Natürlich sterben überall die Alten langsam weg, und Junge wachsen nach, das ist eine banale Feststellung. Aber ein sichtbarer, markierter Einschnitt, ein Zeitpunkt, von dem an man sagen kann: Hier ist eine Generation abgetreten und eine neue ist am Ruder, so etwas gibt es einfach nicht. Die Dreißig- bis Siebzigjährigen, in Ausnahmefällen auch noch Jüngere und noch Ältere, sind immer alle zugleich auf der Szene. Was es allenfalls gibt, ist ein ewiges, nie entschiedenes Tauziehen zwischen „den Jungen" und „den Alten".

Es gibt immer noch wichtige hierarchisch geordnete Gebiete — die Verwaltung, die Justiz, die Kirchen, auch das Militär —, in denen es ziemlich strikt nach der Anciennität geht, in denen niemand unter sechzig eine wirkliche Chance hat, an die Spitze zu kommen, und die höhere Stellung immer, oder fast immer, dem höheren Dienstalter, also dem höheren Alter gehört. In der freien Wildbahn der eigentlichen Politik oder der Wirtschaft oder der Presse ist das natürlich nicht so; da hat ein glänzender junger Mann unter Umständen auch schon ganz früh eine Chance. Aber auch da ist es eher die Ausnahme als die Regel, daß jemand unter fünfzig oder gar unter vierzig auf einen wirklichen Spitzenposten kommt, und das Wort, daß die besten Jahre eines Politikers seine sechziger sind, gilt als allgemeine Erfahrungstatsache immer noch. Nur in den ganz freien, ganz einsamen Berufen — Schriftstellerei, Schauspielerei, Musik, bildende Kunst — gibt es die ganz frühen schöpferischen Hochleistungen und Durchbrüche zum Weltruhm, nur dort gilt wirklich Fontanes berühmtes Wort von den Jungen:

„Eins läßt sie stehen auf siegreichem Grunde:
Sie haben den Tag, sie haben die Stunde.
Der Mohr kann gehen, neu Spiel hebt an,
Sie beherrschen die Szene, sie sind dran."

Und auch da mag es zu denken geben, daß der alte Fontane selber über siebzig war, als er das schrieb — und daß er gerade damals erst seinen Tag und seine Stunde hatte.

Nun freilich: Das es in diesen künstlerischen Berufen oft — nicht immer, aber oft — außerordentliche Fälle von Frühreife

gibt, wunderbare Höchstleistungen von Dreißig- oder sogar Zwanzigjährigen, das gibt zu denken.

Wenn man sie nicht künstlich aufhielte, wenn ihnen die zählebigen Alten mit ihrem ewigen Pochen auf Erfahrung und Verdienste nicht den Weg versperrten, würden dann die Jungen nicht vielleicht auch auf anderen Gebieten die Welt in Erstaunen setzen? Es gibt da merkwürdige Beispiele, besonders aus der Welt des Krieges: Karl XII. von Schweden und Friedrich der Große von Preußen waren noch nicht dreißig, als sie ihre ersten siegreichen Kriege führten, Napoleon vollbrachte seine größte strategische Genieleistung, den Italienischen Feldzug, mit 26, und sein großer Gegenspieler, der jüngere Pitt, wurde sogar mit 23 englischer Premierminister — und einer der größten Premierminister, die England je gehabt hat.

Nun, Krieg ist eine sehr besondere und nach Meinung vieler heute überholte Sache, im Kriege spielt auch offensichtlich die rein physische Vitalität eine gewaltige Rolle, ähnlich wie im Sport und in der Liebe — Gebiete, in denen ja auch die Überlegenheit der Jugend über das Alter unbestritten ist. Aber wie ist es zum Beispiel mit den exakten Wissenschaften, die ja heute ein Hauptmotor der Weltgeschichte geworden sind? Mein Sohn, der Mathematiker ist, erzählt mir, daß fast alle großen Mathematiker ihre beste schöpferische Periode sehr früh haben (wie ja übrigens auch die meisten Schachspieler); nach vierzig käme selten mehr etwas Rechtes dazu. Einstein war ein ganz junger Mann von unter dreißig, als er die Relativitätstheorie aufstellte; Lenin konzipierte das perfekte Revolutionsinstrument, die leninistische Partei, mit 32. Das alles ist erstaunlich und gibt zu denken. Berauben wir uns vielleicht wirklich möglicher Genieleistungen, wenn wir auf den meisten Gebieten, mehr oder weniger streng, die Jungen immer noch aus der höchsten Verantwortung heraushalten und auf Bewährung und Erfahrung, auf „Reife" bestehen?

Nun kann man aber auch eine Gegenrechnung aufmachen. Die Menschen leben heute bekanntlich länger, und es scheint, daß auch ihre Jugendkräfte — die vitalen sowohl wie die geistigen — länger vorhalten. Es hat nie eine solche Zeit der „Wundergreise" gegeben wie die heutige. Bertrand Russell, Albert Schweitzer, Bernard Shaw, Toscanini, Adenauer, die alle noch mit neunzig oder darüber vollkräftig aktiv waren oder sind; Picasso und Strawinsky, die noch als Achtziger neue und erstaunliche Experimente starten — und noch immer die Größten ihres Fachs sind, von keinem Jüngeren überholt und in den Schatten gestellt: Wann und wo hat es so etwas früher gegeben? Ein Zeitalter, dem es gelungen ist, Leben und Lebenskraft — auch und gerade die Lebenskraft des Geistes — so großartig zu verlängern und zu überhöhen — würde das nicht sich selbst ad absurdum führen, wenn es nun, in Umkehrung althergebrachter Gesittung, ganz auf die immerhin unsichere Karte „Jugend" setzte und die Alten früher als je nötigte, den Jungen den Platz zu räumen? Wozu das Leben verlängern, wenn man dann von dem verlängerten Leben und dem vergrößerten Kapital an Erfahrungsweisheit, das damit gewonnen ist, keinen Gebrauch machen will?

Und weiter: Die Lebensverlängerung — und Jugendverlängerung — die uns die moderne Biologie und Medizin beschert hat, ist vielleicht nur gerade rechtzeitig gekommen, um mit dem unheimlich gesteigerten Tempo der Geschichte und des Wissens- und Erfahrungsstoffes, den der Mensch sich heute aneignen muß, Schritt zu halten. Früher war es ja so, daß eine Geschichtsepoche normalerweise viel länger dauerte als ein Menschenleben, und auch der Fortschritt des Denkens und Wissens war langsam: Was ein Mensch in seiner Jugend gelernt hatte, hielt damals ein Leben lang vor. Heute umspannt ein Menschenleben mehrere Geschichtsepochen, und man braucht eine Zeit, die früher einem ganzen Leben entsprochen hätte, um auszulernen; und umzulernen.

Der fünfundsiebzigjährige Goethe tat sich im Gespräch mit Eckermann etwas darauf zugute, daß er lebendiger Zeuge des Siebenjährigen Krieges, der Trennung Amerikas von England, der französischen Revolution und der napoleonischen Epoche gewesen war: „Hierdurch bin ich", sagte er, „zu ganz anderen Resultaten und Einsichten gekommen, als allen denen möglich sein wird, die jetzt geboren werden, und die sich jene großen Begebenheiten durch Bücher aneignen müssen, die sie nicht ver-

stehen." Ein heute Fünfundsiebzigjähriger darf in dieser Hinsicht über Goethe beinah lächeln: Er hat zehnmal so viel „große Begebenheiten" — und zehnmal größere Begebenheiten — erlebt. Wenn er ein Deutscher ist, hat er in vier verschiedenen Staatswesen gelebt, deren jedes sich für die Ewigkeit bestimmt dünkte; er hat zwei Weltkriege, hat Weltrevolution und Weltgegenrevolution erfahren, und seine Umwelt ist durch Wissenschaft und Technik nach und nach bis zur Unkenntlichkeit verändert worden und verändert sich immer weiter: Wenn er geistig mitgegangen ist und seine Erfahrungen zu verarbeiten gewußt hat, ist er heute wissender und erfahrungsschwerer als irgendein weiser Patriarch der Vergangenheit — und wie überlegen muß er sich den Jüngeren fühlen, die das alles „sich durch Bücher aneignen müssen, die sie nicht verstehen"!

Zumal da diese Jüngeren sich vor dem überwältigenden Geschichtsandrang oft einfach in das alte Vorrecht der Jugend flüchten, zu glauben, die Welt finge mit ihnen an, und vor dem Jüngstvergangenen, das doch immer noch weiterwirkt, einfach die Augen verschließen. Man kann es ihnen nicht einmal allzu übelnehmen: Alles zu lernen, was sie eigentlich lernen müßten, würde sie heute gewiß ihr halbes Leben kosten. Und auch das muß man ja zugeben: In gewissem Sinne sind die Jungen, heute wie immer schon, älter als die Alten. Denn die Alten haben zwar die längere eigene, individuelle Erfahrung hinter sich, aber die Jungen die längere Erfahrung des Menschengeschlechts. Und so schnell wie diese heute zunimmt, macht selbst eine Generation schon etwas aus. Es ist ein merkwürdiger Gedanke, daß die heute Zwanzigjährigen schon die Atombombe und alles, was sie bedeutet, sozusagen mit der Muttermilch eingesogen haben. Haben sie also nicht vielleicht recht, alles, was vorher war, als veraltet und überholt beiseite zu lassen? Haben sie nicht recht, selbst die Vierzigjährigen schon als vorsintflutliche alte Herren, als „von gestern" zu betrachten — und die Sechzigjährigen als von vorgestern?

Vielleicht doch nicht. Denn die Atombombe hat zwar vieles, was vorher galt, ungültig gemacht, aber nicht alles; und obwohl zwischen dem Heute und dem Gestern und Vorgestern in unserer Zeit mehr Umwälzendes geschehen ist als vielleicht je vorher in so kurzem Zeitraum, ist doch das Gestern und Vorgestern immer noch nur eben das Gestern und Vorgestern — nah und weiterwirkend, beinah noch gegenwärtig; seine Worte hallen noch nach, seine Wunden tun noch weh. Den jungen Leuten, die es nicht miterlebt haben und deswegen nicht wahrhaben wollen, fehlt etwas Entscheidendes; ehe sie es nicht nachgeholt haben — und sei es „aus Büchern, die sie nicht verstehen" — können sie irgendwie nicht mitreden.

Wir sind hier, zuguterletzt, an einem neuralgischen Punkt angekommen. Vielleicht redet man gerade in Deutschland, und gerade auf politischem Gebiet, deswegen so gern von einem notwendigen Generationenwechsel, weil man auf diese Weise das Gestern und Vorgestern auf billige Weise, sozusagen automatisch, loszuwerden hofft. Die heute Dreißigjährigen waren unter Hitler kleine Kinder, sie haben Hitler nicht gewählt, sie haben seinen Krieg nicht mitgemacht, sie haben von seinen Untaten nicht gewußt, sie sind durch ihren Geburtsschein entlastet. Laßt diese Unschuldigen, Unbelasteten schnell ans Ruder, laßt die alte, schuldige, belastete, befleckte Generation abtreten, und Deutschland wird seines Gestern ledig sein, es wird der Welt wieder wie neugeboren, frei von Schuld und Fehler, gegenübertreten können! Ich fürchte, dieser Gedanke liegt irgendwo hinter den vielen Hinweisen, daß heute schon die ganze jüngere Hälfte der lebenden Deutschen nichts mehr von Hitler weiß. Ich habe manchmal den Eindruck, man wünscht einen Generationenwechsel vor allem, damit man nicht mehr bei jedem neuernannten Minister oder Staatssekretär oder Bundesanwalt auf peinliche Zitate aus seiner Vergangenheit gefaßt sein muß.

Das ist natürlich verständlich, aber ganz so einfach wird es nicht gehen. Die Identität und Kontinuität eines Staates liegt in seinen Traditionen und Institutionen, in seiner Gesellschaftsstruktur, seinem Verwaltungsaufbau, seinem Machtgefüge und seinem politischen Stil. Ein bloßer Personen- und Generationenwechsel macht aus dem alten Deutschland noch nicht ein neues Deutschland. Je mehr die jüngere Generation den Holländern oder Polen, Juden oder Russen mit einem einfach auf das Geburtsdatum gegründeten Anspruch

auf Vergessen gegenübertritt, um so mehr, fürchte ich, werden sie sich erinnern. Solange die Bundesrepublik darauf besteht, das weiterbestehende Deutsche Reich von 1937 darzustellen, solange wird es ihr nichts helfen, von Männern vertreten zu sein, die 1937 noch kurze Hosen trugen. Ob man nun den Machtübergang von den älteren auf die jüngeren Jahrgänge beschleunigen will oder nicht — auf keinen Fall sollte man sich etwas von ihm versprechen, was er bestimmt nicht leisten kann. Die Mittel, mit denen ein Land sich ein neues Gesicht gibt und ein neues Blatt aufschlägt, — wenn es das wirklich will —, sind andere. Ein Generationenwechsel ist kein Ersatz für eine Revolution.

Sebastian Haffner

Bücher

Die Unstimmigkeiten des KPD-Verbotsurteils

Helmut Ridder, Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbotes. Luchterhand Verlag, 1966, 62 S., 6,— DM.

Zu den vielerlei Steinen, die wir uns selbst in den ohnehin so schwierigen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gelegt haben, gehört auch das durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 herbeigeführte KPD-Verbot. Als ob die andere Seite überhaupt je ernstlich daran denken könnte, sich auf Erörterungen über eine Wiedervereinigung einzulassen, wenn nicht die tragende Staatspartei des anderen Teiles Deutschlands — wie auch immer sie zu dieser Stellung gelangt sein mag — dabei überall wieder mit im Spiele ist. Es ist deshalb überaus verdienstlich, daß der Gießener Staats- und Verwaltungsrechtler Helmut Ridder — als Katholik langjähriger Mitarbeiter in verschiedenen kirchlichen Gremien (Görres-Gesellschaft, katholische Rundfunk- und Fernseharbeit, Gutachter der nordrhein-westfälischen Domkapitel u. a. m.) und damit wohl von vornherein über jeden Verdacht der Anfälligkeit gegenüber der kommunistischen Ideologie erhaben — in einer gründlichen Arbeit die Frage untersucht, „ob und gegebenenfalls welche juristischen Möglichkeiten es gibt, die verbotene Partei wieder zu ‚legalisieren'" (S. 8).

In 9 Abschnitten behandelt er diese Frage unter allen erdenklichen Gesichtspunkten, wobei er sie „nach der rechtlichen Intensität der zur jeweiligen Verwirklichung erforderlichen Maßnahmen" (S. 15) ordnet, also mit der Darlegung derjenigen Möglichkeiten beginnt, die nach seiner Meinung theoretisch ohne alle weiteren rechtlichen Voraussetzungen (Gesetzesänderungen u. dgl.) gegeben sind, wenn auch nicht ohne erhebliche praktisch-politische Schwierigkeiten (Abschnitt IV — VIII), um am Ende (Abschnitt IX) „die völlige Beseitigung des Verfassungsinstituts der Parteiillegalisierung mit Hilfe eines verfassungsändernden Gesetzes" zur Erörterung zu stellen. Die Richtigkeit („Stimmigkeit") des Urteils an sich wird nicht in die Untersuchung einbezogen, aber gelegentlich gestreift und offensichtlich nicht durchweg als zweifelsfrei angesehen, worauf nochmals zurückzukommen sein wird.

Das Kernstück der Arbeit ist nach Umfang und Gewichtigkeit der Abschnitt IV (S. 16 bis 39): „Die konkret-historische Fixierung der Urteilsfeststellungen und die neuere Programmatik des Weltkommunismus und der KPD". Hier wird dargelegt, daß von den 4 Gründen des Verbotsurteils (A: Allgemeine Zielsetzung der KPD, B: Allgemeine Betätigung der KPD im Sinne des Marxismus-Leninismus, C: Aktuelle Zielsetzung der KPD, D: Politischer Gesamtstil der KPD) jedenfalls die beiden letzte-

Neu im August 1966

372 Felix Timmermans: Bauernpsalm. Roman

373 Jerzy Andrzejewski: Warschauer Karwoche Roman

••374 Die goldene Truhe Chinesische Novellen aus zwei Jahrtausenden Hrsg.: W. Bauer/H. Franke

375 Bernt Engelmann: Meine Freunde — die Millionäre

••376 George F.W. Hallgarten: Dämon oder Retter? Eine kurze Geschichte der Diktatur seit 600 v. Chr.

••GA87 Friedrich Schiller: Theoretische Schriften I

GA88 Friedrich Schiller: Theoretische Schriften II

•••4004 WG Band 4 Ernst Nolte: Die faschistischen Bewegungen

Hier-zulande

••286 Einigkeit und Recht und Freiheit Westdeutsche Innenpolitik 1945-1955 (dtv-dokumente)

324 Günter Gaus: Zur Person. Porträts in Frage und Antwort

••338 Richard Kaufmann: Gebrannte Kinder. Die Jugend in der Nachkriegszeit

••347 DDR. Geschichte und Bestandsaufnahme

349 Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe

359 Die Provinz Kritik einer Lebensform

••4011 WG Band 11 Thilo Vogelsang: Das geteilte Deutschland

Normalband DM 2,80
Grossband•• DM 3,80
Doppelband••• DM 4,80

dtv

ren inzwischen entfallen sind, so daß nur noch die beiden ersten Gründe (allgemeine Zielsetzung und Betätigung) als fortgeltend in Frage kommen könnten.

Besonders wichtig ist die Darlegung, daß das „Programm der Nationalen Wiedervereinigung" der KPD nach der seitherigen politischen Gesamtentwicklung „einer heute abgeschlossenen geschichtlichen Periode angehört" (S. 22), daß „eine Rückkehr zu dem einer einmaligen historischen Situation verhafteten Aktionsprogramm völlig ausgeschlossen" (S. 23) ist und daß damit „die auf dieses konkrete politische Vorhaben der KPD bezogenen Ausführungen der Urteilsbegründung gegenstandslos geworden" (S. 24) sind. Weit über die Hälfte der eigentlichen Urteilsgründe (75 von insgesamt 131 Seiten!) war jenem Wiedervereinigungsprogramm gewidmet gewesen, weit über die Hälfte auch den vorangegangenen mündlichen Verhandlungen! Mit Recht sieht Ridder hierin überhaupt „die wichtigste Motivation für die Einleitung des Verbotsverfahrens" (S. 21). Mit der heutigen Gegenstandslosigkeit aller diesbezüglichen Ausführungen ist das Verbotsurteil, so wird man angesichts der Ridderschen Feststellungen folgern müssen, bereits so gut wie auseinandergebrochen, und kein noch so strenger Verfassungsschutz wird diesen Teil der Verbotsgründe einer KPD noch oder jemals wieder entgegenhalten können.

Gerade wegen der besonderen Wichtigkeit dieses Punktes scheint hierzu allerdings eine Vertiefung angebracht, die sich auch der Richtigkeit der Verbotsgründe zuwenden und in Erweiterung der Ridderschen Annahmen dazu führen muß, daß schon im Zeitpunkt des Urteils selber der gesamte Teil C seiner Gründe („Die aktuelle Zielsetzung der KPD") eigentlich nicht mehr haltbar war. Denn die Lossagung vom „Programm der nationalen Wiedervereinigung" ist nicht klanglos erfolgt, wie Ridder auf Seite 22 bemerkt, sondern in aller Öffentlichkeit und Form auf der 23. Tagung des Parteivorstandes der KPD am 17./18. März 1956 durch Erklärungen Reimanns („Formulierung von revolutionärem Sturz des Adenauer-Regimes war falsch") und durch eine am 18. März 1956 formell angenommene Erklärung „Es muß und kann anders werden" und durch eine Veröffentlichung von Walter Fisch am 29. April 1956 in „Freies Volk" („KPD erstrebt Änderungen nur auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege" usw.), genauer nachzulesen etwa bei Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, Köln, 1959, S. 49 f, wo auch zutreffend festgestellt ist, daß für den Widerruf der früheren revolutionären Losungen in erster Linie der berühmte XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 mit seiner radikalen Umkehr der kommunistischen Taktik und Strategie maßgebend gewesen ist. An der Endgültigkeit und Aufrichtigkeit dieses Wandels, der bekanntlich der KPdSU den unversöhnlichen Haß der Chinesen und den Vorwurf des schmählichen Verrats eingebracht hat, dürften kaum Zweifel erlaubt sein. Die Umkehr der KPD kam zwar für die am 14. Juli 1955 abgeschlossene mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht zu spät. Aber unter dem 5. April 1956 hatten die KPD-Vertreter deswegen unter genauem Beweisantritt ausdrücklich Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung beantragt, worüber das Gericht nur mit einer kurzen Begründung hinwegging, dieses „Vorbringen sei nicht geeignet, eine andere Beurteilung der KPD herbeizuführen" (Dokumentarwerk zum KPD-Prozeß, 3. Band, S. 745). Vergeblich sucht man aber bei der Feststellung: „Wesentliche Grundlage ist und bleibt das Programm der Nationalen Wiedervereinigung selbst" (a.a.O. S. 679) irgendwelche Auseinandersetzungen mit den dieser Annahme geradewegs entgegenstehenden Erklärungen vom März und April 1956 oder gar dem XX. Parteitag der KPdSU! Es scheint, als ob die KPD hier in einem entscheidenden Punkte doch wohl nicht das ihr zukommende rechtliche Gehör gefunden hat, auf das sonst das Bundesverfassungsgericht verdienstlicherweise ja so besonderen Wert zu legen pflegt ... Um so mehr wird aber nach alledem der Ridderschen Feststellung beizupflichten sein, daß insoweit das Verbotsurteil sich eben als gegenstandslos herausgestellt hat.

Aber auch die allgemeine Zielsetzung und Betätigung der KPD im Sinne des Marxismus-Leninismus läßt Ridder heute nicht mehr als schlechthin unvereinbar mit der freiheitlichen Grundordnung gelten, von der das Bundesverfassungsgericht mit Recht und von Ridder insoweit nicht widersprochen ausgegangen ist (S. 25 ff). Hier stellt der Verfasser die seitherige Entwicklung

besonders auf das vielerörterte „politische Testament des Genossen Togliatti" (S. 31 ff) ab, das er auch in seinen Auswirkungen auf andere westeuropäische Parteien würdigt. Insgesamt folgert er (S. 37):

„Dieser Aufbruch zur eindeutigen Harmonisierung überkommener marxistisch-leninistischer Postulate mit der Legalordnung der bürgerlich-rechtsstaatlichen Demokratie enthält die eindeutig positive Bewertung dieser Legal- und Verfassungsordnung, die Absage an die These vom notwendigen Zwischenstadium der ‚Diktatur des Proletariats', so wie sie sich in der Auffassung der BVerfG darstellt, die Absage an ‚totalitäre' Konzeptionen . . ."

Die Entwicklung habe somit die KPD „bereits jetzt aus der Begründungsdecke des Verbotsurteils herausgeführt" (S. 38).

Der Verfasser folgert aus seinen Feststellungen weiter, daß die KPD derzeit der „Banngewalt" des Verbotsurteils gar nicht mehr unterworfen sei, sondern sich wieder auf die durch Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG verbürgte Gründungsfreiheit aller Parteien berufen könne, der auch eine — vom Verfasser abgelehnte — materielle Rechtskraft des Verbots nicht entgegengehalten werden könne (S. 40 ff), auch keine sonstige, fast gesetzesgleiche Dauerwirkung, die auf eine bedenkliche „Sterilisierung" des ganzen Raumes der politischen Willensbildung hinauslaufe (S. 57); zutreffend weist der Verfasser dabei auch darauf hin, daß das Verbotsurteil selbst sich nur eine zeitlich und sachlich beschränkte und begrenzte Wirkung beimessen will, die nicht über den „vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum hinausgeht" (a.a.O. S. 607), also z. B. bei Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen wieder entfalle.

Die Arbeit verdient allerseits größte Aufmerksamkeit und weitere Überlegung, wie die damit aufgeworfenen Rechtsfragen vielleicht schon vorab wiederum vom Bundesverfassungsgericht maßgeblich geklärt werden könnten. Theoretisch wäre dies z. B. dadurch denkbar, daß eine Landesregierung sich den Ridderschen Standpunkt zu eigen machte und eine oder „die" KPD bei Landtagswahlen wieder zuließe, worauf dann die Bundesregierung ihren vermutlich gegenteiligen Standpunkt wieder durch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durchzusetzen versuchen würde. Hiermit sind freilich auch schon die großen praktisch-politischen Schwierigkeiten aufgezeigt, die bei der Bewältigung des KPD-Problems zu überwinden sein werden. Welcher Innenminister würde es wohl wagen können, einen solchen Weg zu beschreiten und sich damit im Wahlkampf sofort dem tödlichen Vorwurf ausgesetzt zu sehen, ein Handlanger des Kommunismus zu sein? Es werden also wohl andere Wege ausfindig gemacht werden müssen, um hier weiterzukommen.

Helmut R. Külz

Dokumente zur Abrüstungsfrage

Heinrich Siegler, Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit Bd. 1: von 1943—1959, 550 S. / Bd. 2: von 1960—1963, 480 S., Siegler & Co., Verlag für Zeitarchive, Bonn —Wien—Zürich, Paperback, Preis je Band 40,— DM.

Rüstungsbeschränkung und Sicherheit, Bd. 1: Probleme der internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der Vereinten Nationen 1945—1961. Von Hermann Volle und Claus-Jürgen Duisberg, mit einer Einführung von Ulrich Scheuner. Zwei Teilbände, XLVIII, XX, 984 S., Ln. 96,— DM / Bd. 2: Sicherung vor Überraschungsangriffen im Atomzeitalter. Ausgewählte Dokumente zusammengestellt und bearbeitet von Hermann Volle und Helga Haftendorn. Mit einer Einführung von Prof. Dr. Jerome B. Wiesner. 184 S., 2 Kt., Ln. 28,— DM. / Bd. 3: Die Genfer Abrüstungskonferenz von 1960. Ausgewählte Dokumente zu den Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf (März bis Juni 1960). Zusammengestellt von Hermann Volle und Helga Haftendorn. Mit einer Einführung von Prof. Dr. Ulrich Scheuner. XVIII, 166 S., Ln. 28,— DM / Bd. 5: Strategie und Abrüstungspolitik der Sowjetunion. Ausgewählte sowjetische Studien mit einer Einführung von Curt Gasteyger. 364 S., br. 36,80 DM / Bd. 7: Die Einstellung der Kernwaffenversuche. Probleme und Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen. Von David E. Mark. Mit einer Einführung von Fritz

Erler. XXVIII, 436 S. br. 34,— DM. Alfred Metzner Verlag Frankfurt—Berlin.

Der Zeitraum, in dem eine allgemeine, kontrollierbare Abrüstung noch durchführbar erscheint, ist begrenzt. Er ist es technisch und er ist es politisch. Die Produktion atomarer Waffen ist außerordentlich vereinfacht, die Entwicklung der Trägerwaffensysteme macht rasante Fortschritte. Im Laufe der nächsten Jahre wird die verfeinerte Satellitentechnik neue militärische Operationsgebiete erschließen. Eine wirksame Kontrolle über die Herstellung, die Lagerung und die eventuelle Vorbereitung zum Einsatz atomarer Waffen wird immer schwieriger. Auf der politischen Ebene wächst unverkennbar die Gefahr, daß sich die Zahl der Atommächte vergrößert. Ist die drohende Ausweitung des Atomklubs erst einmal vollzogen, dann werden sich die Chancen für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung drastisch verschlechtern. Die Situation verlangt darum gebieterisch umfassende Abrüstungsmaßnahmen, die schon in nächster Zeit wirksam werden können.

Die Praxis der internationalen Bemühungen um Abrüstung ist jedoch gegenwärtig auf weitaus bescheidenere Ziele gerichtet. Die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen nach dem letzten Weltkrieg lehrt, daß die Akteure die Suche nach dem Traumziel — jenem weltweiten Vertrag über den kontrollierten Abbau der konventionellen wie atomaren Waffen — zunächst abgebrochen haben. Im Widerstreit zwischen nationaler oder blockgebundener Machtpolitik und einem angesichts der erhöhten Vernichtungskapazitäten schnell wachsenden Sicherheitsbedürfnis erscheint es ihnen offenbar opportun, sich erst einmal schrittweise an einen Zustand heranzutasten, der einen Stopp des Wettrüstens mit zuverlässigen Methoden gegenseitiger Rüstungskontrolle verbindet. Man mag dieses Herunterschrauben des Verhandlungszieles bedauern. Das Studium der Abrüstungsbemühungen in der Nachkriegsperiode lehrt jedoch, daß die ohnehin spärlichen Möglichkeiten für echte Fortschritte in Richtung Rüstungsabbau gegenwärtig nur auf dieser Ebene zu finden sind.

Die Information über dieses weitgesteckte Teilgebiet internationaler Politik ist dem auf deutschsprachige Literatur angewiesenen Interessenten in letzter Zeit etwas erleichtert worden, nachdem die Abrüstungsfrage lange Jahre von den politischen Verlagen der Bundesrepublik — das offizielle Verhalten der Bonner Politik in dieser Sache reflektierend — ignoriert wurde. Neben interessanten Abhandlungen zu Einzelfragen der Abrüstungspolitik ist eine Reihe dokumentarischer Werke erschienen, auf die hier näher hingewiesen werden soll.

Heinrich Siegler, Herausgeber des „Archiv der Gegenwart", hat eine zweibändige „Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit" vorgelegt. Die hier zusammengestellten Texte und Informationen sind chronologisch geordnet und werden durch ein durchdachtes thematisches Register erschlossen. Der erste Band beginnt bei der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943, in deren Schlußerklärung sich die Vertreter Großbritanniens, der UdSSR, der USA und Chinas für ein Abrüstungsabkommen in der Nachkriegszeit aussprechen, und reicht bis zu dem Ende 1959 gefaßten Beschluß über die Einberufung des Zehn-Mächte-Abrüstungsausschusses. Als Nachtrag enthält er die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow vom 14. Januar 1960, in der dieser eine Reduktion der sowjetischen Streitkräfte begründet. Dieses einseitige Entgegenkommen der sowjetischen Regierung wurde damals von westlicher Seite nicht honoriert und die Truppenverminderung als reine Umrüstungsmaßnahme gewertet. Sieglers zweiter Band nimmt hier die Ereignisse mit dem Beginn des Jahres 1960 auf und endet mit der Botschaft Chrustschows an alle Regierungen (31. Dezember 1963), ein Abkommen über Gewaltverzicht bei der Regelung territorialer Streitfragen und über Garantie aller territorialen Bestände gegen gewaltsame Änderungen abzuschließen.

Der Wert dieses praktischen Nachschlagwerkes wird erhöht durch eine im ersten Band enthaltene Übersicht über wichtige Vorschläge zur Schaffung von Entspannungszonen, die durch zahlreiche Skizzen anschaulich dargestellt werden. Wie der Herausgeber mitteilt, soll nach einem Band über die Abrüstungspolitik der Jahre 1964/65 die Dokumentation jeweils mit einem Jahresband fortgesetzt werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung jenes fatalen Mangels an sachgerechten Publikationen zur internationalen Ab-

rüstungsdiskussion leistet das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit seiner Schriftenreihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit", herausgegeben von Hans-Adolf Jacobsen und Hermann Volle. In dieser Reihe sollen sachkundig ausgewählte Dokumente in textkritischer Edition vorgelegt werden.

Band 1 der Reihe — ein Doppelband — ist den Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung gewidmet. Er umfaßt die Jahre 1945 bis 1961 und enthält im ersten Teil eine zusammenfassende, kommentierte Darstellung der Abrüstungspolitik der Weltorganisation im angegebenen Zeitabschnitt. Die Einleitung Professor Scheuners versucht eine begriffliche Bestimmung der Abrüstung und einen historischen Abriß. Der zweite Band bringt den englischen Originaltext aller wichtigen Dokumente und daneben zum Vergleich die deutsche Übersetzung. Der Band wird ergänzt durch fünf Kartenskizzen, die die westlichen und östlichen Vorschläge für eine internationale Luftinspektion veranschaulichen. Eine sechste Karte verdeutlicht die östlich-westlichen Kräftefelder, soweit sie bündnismäßig erfaßbar sind. Dieser umfangreiche Dokumentenband ist die erste deutschsprachige dokumentarische Übersicht über die Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen. Ein vorzüglich angelegtes Register erleichtert die Arbeit mit diesem Nachschlagewerk.

Band 2 der Reihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit" bringt ausgewählte Dokumente zu jener Genfer Expertenkonferenz des Jahres 1958, die die Sicherung vor Überraschungsangriffen im Atomzeitalter zum Thema hatte. Die Konferenz ist im Dezember 1958 abgebrochen, nicht beendet worden. Zu ihrer Wiederaufnahme ist es bis heute nicht gekommen, wohl aber hat die Problematik eines zuverlässigen Schutzes vor Überraschungsangriffen in den späteren Abrüstungsverhandlungen und auch in der internationen Fachdiskussion über die Möglichkeiten und Modalitäten einer Abrüstung eine wichtige Rolle gespielt. Aus den Verhandlungen der Experten, den in Genf vorgelegten Arbeitsplänen und Erklärungen aller Beteiligten geht das Bemühen hervor, wirksame Maßnahmen zu finden, die einen plötzlichen Angriff konventioneller oder atomarer Natur ausschließen. Das würde jeder an weiteren Abrüstungsverhandlungen interessierten Seite die Gewähr dafür bieten können, eine schrittweise Reduktion des militärischen Potentials unter Einschluß der unvermeidbar auftretenden Disproportionen einleiten zu können, ohne gleich einen überraschenden Angriff von hoher Effektivität befürchten zu müssen. Die Skala der denkbaren und praktikablen Sicherungsmethoden ist breit gespannt. Darüber informiert auch ein einführender Aufsatz des bekannten amerikanischen Gelehrten Jerome B. Wiesner, der als einer der führenden Experten der USA auf diesem Gebiet Mitglied der US-Delegation auf dieser Konferenz war.

—

Es sei hier angemerkt, daß sich ein Vorschlag über die Jahre seit dieser Konferenz gerettet hat und auch heute noch von großer aktueller Bedeutung ist: die Errichtung von Bodenkontrollposten und Luftinspektionen in einem begrenzten Gebiet beiderseits der mitteleuropäischen Nahtstelle der beiden Machtblöcke. Dieser von den Delegationen der Oststaaten vorgebrachte und im einzelnen erläuterte Gedanke könnte dazu führen, daß die für jeden Überraschungsangriff notwendige Konzentration von Truppen und militärischem Gerät wenn nicht verhindert, so doch in einem Frühstadium entdeckt und ein plötzlicher Überfall einer Seite dadurch unmöglich gemacht wird. Dieser Vorschlag hat eine weitreichende politische Bedeutung: seine Realisierung ist eine wichtige Voraussetzung für die Einrichtung von Entspannungszonen. Ein funktionierendes Kontrollsystem würde die Befürchtung, militärisch verdünnte Zonen seien ein Vakuum, das den potentiellen Aggressor zur militärischen Besitzergreifung ermutigt und eine Basis für weitere Aggressionen schafft, widerlegen, — sofern diese Befürchtung nicht ohnehin nur propagandistischen Charakter hat. Der vorliegende Band „Sicherung vor Überraschungsangriffen im Atomzeitalter" bietet in seinem ausführlichen Dokumententeil genügend Material, um dem Interessenten bei der Bildung eines eigenen Urteils über Möglichkeit und Nutzen von Sicherungen gegen Überfälle zu helfen.

Band 3 der Schriftenreihe enthält ausgewählte Dokumente zu den Verhandlungen der Genfer Zehn-Mächte-Abrüstungskom-

mission vom März bis Juni 1960. Die Dokumentation greift in die Vorbereitungsphase der Konferenz von 1960 zurück. Die Beschlüsse der Außenministerkonferenz aus dem Jahre 1959 und die Resolutionen der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen werden ebenso wie die Tagesordnungsvorschläge der wichtigsten Beteiligten teils im Wortlaut, teils auszugsweise wiedergegeben. Die berühmt gewordene Rede Chrustschows vor den Vereinten Nationen, in der dieser die allgemeine kontrollierte Abrüstung innerhalb von vier Jahren vorschlägt, findet sich in diesem Band im vollen Text. Die abgedruckten Konferenzdokumente beweisen, wie dieser Vorschlag — an dessen Ernsthaftigkeit kaum gezweifelt werden kann — in den Verhandlungen dann zerredet wurde. Das Studium der Dokumente legt den Schluß nahe, daß damals, im Jahre 1960, die letzte große Chance vertan wurde, in einer vergleichsweise kurzen Zeit auf der Basis eines wohlabgewogenen Stufenplans zur allgemeinen Abrüstung zu kommen.

Band 5 der Reihe trägt den Titel „Strategie und Abrüstungspolitik der Sowjetunion". Es handelt sich um eine Sammlung sowjetischer Reden und Aufsätze, die einen Überblick über die sowjetische Diskussion zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle geben soll. Es ist Tatsache, daß der an sachlicher Information interessierte Beobachter der internationalen Abrüstungsdiskussion lange Zeit nur sehr unzureichende Einblicke in die Auseinandersetzungen sowjetischer Fachkreise gewinnen konnte. Das hat sich in den letzten Jahren schon darum gebessert, weil einige sowjetische Standardwerke in westliche Sprachen übersetzt wurden. Dennoch finden sich in dem von Curt Gasteyger eingeführten Auswahlband interessante Informationen über die sowjetische Argumentation. Die Arbeit endet im Jahre 1962. Hier liegt eine, wenn auch kaum vermeidbare, Schwäche, denn es ist bekannt, daß sich gerade in den letzten zwei bis drei Jahren die sowjetischen Diskussionen über strategische Fragen durch einen offeneren Austrag theoretischer Meinungsverschiedenheiten belebt und von gewissen Dogmen getrennt haben, die lange Zeit hindurch die Lektüre militärpolitischer Aufsätze zu einem etwas monotonen Geschäft werden ließen. Neben die Bekundungen der Bereitschaft zur allgemeinen Abrüstung ist jetzt die Auseinandersetzung über Methoden der Rüstungskontrolle getreten. Die Diskussion geht mehr ins Detail und nähert sich hier dem westlichen Standard. Der Unterschied liegt darin, daß auch heute noch die Mehrzahl aller sowjetischen Stellungnahmen in dieser Frage Ausdruck der offiziellen Politik sind. Hier liegt ihr besonderes Gewicht. Ausgesprochen private Meinungen, wie sie etwa auf amerikanischer Seite im Überlfuß geäußert werden, sind selten. Der vorliegende Band macht die Ansätze zu einer detaillierten Diskussion strategischer und abrüstungspolitischer Fragen in der UdSSR erkennbar.

Band 7 der Schriftenreihe dokumentiert Vorbereitung und Vertragsschluß des ersten und bisher leider auch einzigen großen Ergebnisses der internationalen Abrüstungsbemühungen: des Moskauer Abkommens über eine teilweise Einstellung der Atomtests. Der Amerikaner David E. Mark, Wissenschaftler und Beamter des State Departments, hat diese Arbeit als Ergebnis eines Studienauftrags am Center for International Affairs der Harvard Universität vorgelegt. Die sehr detaillierte kommentierende Darstellung der fünfjährigen Verhandlungszeit gibt im wesentlichen den offiziellen Standpunkt der amerikanischen Regierung in der Amtszeit John F. Kennedys wieder. Der Dokumententeil nimmt die Hälfte des Bandes ein. Das hier unterbreitete Material drängt zwei gegenwartsbezogene Schlüsse auf: unter der Präsidentschaft Kennedys hat Washington mit großer Intensität am Zustandekommen bestimmter Fortschritte in Richtung Rüstungsstopp gearbeitet; diese Zielstrebigkeit ist seit dem Amtsantritt Johnsons verloren gegangen. Dem Buch ist zu entnehmen, wie in der wechselvollen Vorbereitung des Moskauer Abkommens die langen Perioden der Stagnation durch das genau kalkulierte Entgegenkommen der Beteiligten überwunden wurden. Hier findet sich — bei aller Einsicht in die Begrenztheit des im Jahre 1963 tatsächlich Erreichten — der Schlüssel zu einem erfolgreichen Vorgehen auf dem weiten Gebiet der noch ungelösten Fragen der Abrüstung. H.H.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Marx-Engels Studienausgabe. Herausgegeben von Iring Fetscher. Fischer Bücherei, Frankfurt, kart. je Band 3,80 DM. / Bd. 1: Philosophie. 255 S. / Bd. 2: Politische Ökonomie. 287 S. (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 764 und 765). — Band 1 enthält Frühschriften von Karl Marx, Abschnitte aus der „Heiligen Familie" und der „Deutschen Ideologie" sowie eine von Friedrich Engels verfaßte Studie über Feuerbach. Band 2 umfaßt unter anderem Auszüge aus „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" und „Lohn, Preis und Profit". Zwei weitere Bände mit Arbeiten zur Geschichte und Politik befinden sich in Vorbereitung.

Heinrich Heine, Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland. Herausgegeben von Wolfgang Harich. Insel Verlag, Frankfurt, 248 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 17). — Als Bd. 18 erschien: Johann Gottfried Seume, Apokryphen. Mit einem Essay von Hermann Schweppenhäuser (184 S., Ln. 6,— DM).

Hans W. Kopp, Parlamente: Geschichte, Größe, Grenzen. Fischer Bücherei, Frankfurt, 314 S., kart. 4,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 707). — Mit einer informativen historischen Darstellung der Ausbreitung des Parlamentarismus und der parlamentarischen Arbeit, Literaturhinweisen und einem Sach- und Personenverzeichnis.

Geschichte und Zeitgeschichte

Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 384 S., Text- und Übersichtsskizzen, Ln. 19,80 DM. — Ein Sammelband mit Beiträgen über die politisch-diplomatische Vorgeschichte, den Ablauf des Feldzuges und der Schlacht bei Königgrätz. Beigegeben sind Berichte von Zeitgenossen und zahlreiche Illustrationen.

Gordon A. Craig, Königgrätz. Paul Zsolnay Verlag, Hamburg/Wien, 438 S., Ln. 22,— DM.

Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928—1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung. Droste Verlag, Düsseldorf, 199 S., Halbln. 32,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30).

William Sheridan Allen, „Das haben wir nicht gewollt!" Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 bis 1935. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 352 S., 5 Tab., Ln. 24,— DM.

Francis Boyd, Britische Politik seit 1945. Aus dem Englischen von Marianne Grund. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 204 S., Paperback 9,80 DM (Politische Paperbacks).

Aktuelle Themen

Kann und soll die Schweiz den Vereinigten Nationen beitreten? Eine Diskussion in der „Neuen Zürcher Zeitung". Buchverlag der „Neuen Zürcher Zeitung", Zürich, 91 S., kart. 4,15 DM. — Eine UN-Mitgliedschaft wurde wegen der damit verbundenen Verpflichtungen in der schweizerischen Öffentlichkeit bisher weitgehend als unvereinbar mit dem Neutralitätsstatut des Landes angesehen. Juristen, Politiker und Publizisten diskutieren diese Frage nun unter einigen neuen Aspekten; Dr. Urs Schwarz nennt seinen Beitrag ausdrücklich ein „Plädoyer für den Beitritt der Schweiz".

Heinrich Werner, Feststellungen am Ende einer Deutschlandpolitik. Monitor Verlag, Düsseldorf, 126 S., kart. 1,— DM.

Helmut Rödl, Vietnam. Hintergründe, Zusammenhänge, Lösungen. Weltkreis-Verlags-GmbH, Jugenheim/Frankfurt, 76 S., kart. 1,50 DM.

Vaticanum II. Vollständige Ausgabe der Konzilsbeschlüsse. Mit ausführlichem Stichwortverzeichnis. Verlag A. Fromm, Osnabrück, 811 S., kart. 16,80 DM (Fromms Taschenbücher, Bd. 44) — Als Band 38 erschien: Zweites Vatikanisches Konzil / 4. Sitzungsperiode. Dokumente, Texte, Kommentare. Zusammengestellt von Konrad W. Kraemer (672 S., kart. 14,80 DM).

XXIII. Parteitag der KPdSU 1966. Verlag Presseagentur Nowosti, Moskau / Vertrieb in der Bundesrepublik Brücken-Verlag, Düsseldorf, 488 S., br. 4,50 DM. — Enthält die Referate und Berichte von Parteisekretär Breshnew und Ministerpräsident Kossygin sowie die Beschlüsse der Delegierten, darunter die Direktiven für den Fünfjahr-Volkswirtschaftsplan (1966—1970).

Fernseh-Spalte

N D R (FAHRUNGEN)

Die vornehme Definition für einen Akt permanenter Meinungsunterdrükkung lautet: über „Panorama" walte ein Unglücksstern. „Panorama"-Opfer Proske und von Paczensky machten anläßlich ihrer Zwangsentfernung indessen andere als astrologische Erfahrungen. Eugen Kogon prangerte, nachdem er gegangen war, die autokratischen Verhältnisse an (vgl. „Spiegel", 3/65). Er kritisierte „Funkhaus-Intrigen" und eine „Vielzahl der Anstalts-Tabus". Die Ablösung Joachim Fests zum Jahresende wird mit allerlei Spitzfindigkeiten begründet. In Wahrheit geht es um die Ausschaltung des kritischen „Panorama", das in ein opportunistisches Zeitmagazin verwandelt werden soll. Der neue Leiter, Peter Merseburger (SPD), enger Freund des NDR-Intendanten, dürfte der beste Garant für eine solche Metamorphose sein. Intendant Schröder will sich nächstes Jahr wieder als Kandidat für den Posten aufstellen lassen. Nun sei er bestrebt, kommentierte der „Mannheimer Morgen" am 15. 7. 1966, „möglichst alle Entrüstungswogen über ‚Panorama'-Sendungen zu glätten. Endziel Schröders sei es, den jetzigen Chefredakteur des NDR-Hörfunks, Klaus Bölling, an die Spitze der Hauptabteilung Zeitgeschehen zu stellen." Offiziell heißt es aber, Fest bleibe Chef der Hauptabteilung Zeitgeschehen. Und man versichert allzu laut, sein Abruf von der „Panorama"-Redaktion habe keine politischen Gründe. In all den Kommentaren zu diesem Fall vermißt man einen exakten Hinweis auf die bereits Anfang des Jahres erfolgte Berufung Dietrich Schwarzkopfs (bisher Deutschlandfunk) zum Programmdirektor des NDR-Fernsehens. In seinen Kompetenzbereich fallen „Panorama" und „Hallo, Nachbarn"! (Und niemand merkt etwas?) Er hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen, was der „Deutsche Ostdienst" freudig kommentierte. Kein Wunder, denn Schwarzkopf genießt das politische Vertrauen der Landsmannschaften. Auch NDR-Chefreporter Neven-du Mont erhielt inzwischen seine Kündigung, angeblich wegen Intrigen gegen Intendant Schröder. Der Grund, der Schwarzkopf heißt, erscheint indessen plausibler.

Die NDR-Krise brach bekanntlich offen aus, als Intendant Schröder (SPD) seinen Stellvertreter v. Hammerstein (CDU) eindeutig unterstützte, als dieser das Kesseltreiben seiner Parteifreunde gegen „Hallo, Nachbarn!" in aufrechter deutscher Beamtenart honorierte und die Sendung einfach verbot. Programmdirektor Dr. Arnold kritisierte in einem Gespräch mit v. Hammerstein dieses Verhalten. Schröder hörte mit (nach Darstellung Arnolds wurde das Gespräch sogar mitgeschnitten). Dann löste Schwarzkopf Arnold ab. Die Konstellationen — um in der vornehmen Terminologie zu bleiben — besagen: Das politische Schicksal des NDR dürfte besiegelt sein. Selbst wenn Schröder im nächsten Jahr nicht wiedergewählt wird, hat er mit seiner permanenten Taktik der Selbstzensur und Selbstentmündigung unmäßigen Schaden angerichtet. Wo immer die Feinde der freien Meinung und der offenen politischen Auseinandersetzung das Haupt erhoben, stellte er die Sicherheit seiner Person vor das öffentliche Interesse. Dabei hätte er sich nur auf sein garantiertes Recht zu berufen brauchen. So stieg unter seiner Leitung die einst mutigste und qualifizierteste Rundfunkanstalt der Bundesrepublik langsam aber stetig ab. Das persönliche Versagen des NDR-Intendanten kostete die Demokratie eine ihrer saubersten Bastionen. Schwarzkopf statt Arnold, Merseburger statt Fest, schon das ist ein vernichtender Schlag gegen die entschieden demokratischen Kräfte. Und vielleicht gehen mit Neven-du Mont auch Regnier, Monk, Reiche...? Man munkelt davon. Was dann? Wie man sieht, waltet nicht nur über „Panorama" ein Unglücksstern.

E. H. Wahl

Die politische Satire

KONSEQUENZEN

„Man kann feststellen, daß Berlin seit der Mauer vom August 1961 als Besuchsobjekt einen bisher nie erreichten Stand erreicht hat. Es ist nicht ausschließlich die Verbundenheit der Freunde Berlins, die der Anlaß solcher Reisen ist, sondern auch die Absicht, die Mauer mitten durch die Stadt mit eigenen Augen zu sehen ... Es ist gerechtfertigt, die Mauer zu einem Schauobjekt zu machen. In der Auswirkung der Mauerbesichtigung liegt eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit östlicher Thesen, die einmal schwerer wiegen kann als der vorgebliche Nutzen der Mauer für den Osten." (Aus dem Tätigkeitsbericht der Bundesregierung.)

Da steht's also amtlich, kurz und in schlechtem Deutsch: die Mauer nützt uns, schadet dem Osten. Berufsmäßiger Pessimist, der ich bin, hatte ich dann auch gleich heute nacht einen Alptraum.

Mir träumte, die Mauer sei weg. Einfach weg. Abgerissen über Nacht von den Brüdern da drüben. Nicht zu verwechseln mit den Brüdern und Schwestern. Erst wollte ich mich ja so richtig freuen, weil ich aber gerade so mit dem Tätigkeitsbericht unter dem Arm herumstand, schwante mir schlimmes: Das war ein Schlag gegen die Berliner Wirtschaft, das Fremdenverkehrsgewerbe. Hilton will verkleinern, vier von fünf Kabaretts müssen schließen. Und die Berliner SPD: müssen jetzt einen unheimlichen Linksrutsch machen, nach halbrechts; müssen am Ende noch den Neuß wieder aufnehmen: als Rechtsintellektuellen. Überhaupt gerät alles in Unordnung, es hatte sich doch so hübsch eingespielt. Wie will man jetzt die Einreise unerwünschter Funktionäre, mit Haftbefehl und so, kontrollieren? Vielleicht, so ließen die zum einschlägigen Schutz bestellten Organe sich vernehmen, könne man doch den unkontrollierten Übergang rein technisch etwas erschweren, durch Gräben, Hecken oder künstliche Bauwerke. Nicht grundsätzlich, versteht sich, nur der Personalmangel ... Sie verstehen. Technisch wäre die Überwachung an einigen wenigen Übergängen leichter durchzuführen.

Und überhaupt, mal grundsätzlich: was ist die ganze westliche Freiheit ohne Mauer? Wo bleibt da der Kontrast? Prellte da dann auch bald Barzel als erster vor und erklärte, nun hätten die sogenannten Kommunisten doch endlich ihr wahres Gesicht gezeigt. Scheuten sie doch selbst davor nicht zurück, sich der Menschlichkeit als Tarnmäntelchen für ihre aggressiven Zwecke zu bedienen. Und der Berliner Senat erklärte als Soforthilfemaßnahme eine Fabrikmauer in Neukölln zur Schandmauer. Wohin sonst mit den Staatsbesuchen? Und die Busse haben auch wieder ihr Ziel. Mende ging wie immer eigene Wege, rief sofort die Aktionen „Rettet die Freiheit" und „Macht das Tor zu" ins Leben. Der Volkskanzler aber forderte — was sonst? — vom deutschen Volke in einer Fernsehansprache, die Mauer als ein Symbol der Unfreiheit in der sogenannten Zone durch ein deutsches Gemeinschaftswerk wieder aufzubauen. Das Kuratorium „Unheilbares Deutschland" übernahm den Verkauf von Bausteinen. Nur einer freute sich: Korber. Konnte er doch endlich befördert werden. Ich war schon wieder fast beruhigt, mit meinem Tätigkeitsbericht unter dem Arm. Nur eins: einfacher Wiederaufbau nützt ja nicht viel, Mauer ohne Märtyrer ist doch für die Freiheit kalter Kaffee. Was, wenn die Brüder da drüben auch nicht mehr schießen? Hier wachte ich schweißgebadet auf. Es war ja alles nur ein Alptraum gewesen. Und vor der Zukunft graut mir nicht ... Sollte der Ulbricht tatsächlich jemals eine Schwächeanwandlung haben: Unser Bundestag wird es schon wieder verstehen, ihm durch eine geschickte Gesetzgebung wie stets den Rückzug zu erleichtern.

PS: Das Zitat ist nicht geträumt.

Dietrich Kittner

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (III)

Protokoll der Unterredung zwischen Stalin und Roosevelt

29. November 1943, 14.30 Uhr

ROOSEVELT sagt, er wolle Marschall Stalin vor allem einige Materialien übergeben. Er, Roosevelt, habe den Bericht eines amerikanischen Offiziers erhalten, der sechs Wochen bei den Partisanen zusammen mit Tito war. Roosevelt sagt, er möchte, daß Marschall Stalin diesen Bericht kennenlerne, und er bitte Stalin, das Material nach Kenntnisnahme zurückzugeben. Roosevelt händigt Stalin dann ein Protokoll über den Vorschlag der amerikanischen Delegation auf der Moskauer Konferenz aus, der die Bereitstellung von Stützpunkten für amerikanische Bomber betrifft, die eine Bombardierung ganz Deutschlands durchführen werden. Roosevelt sagt, er wolle Marschall Stalin weiterhin zwei Vorschläge übergeben, die sich auf die Vorbereitung der sowjetischen Luftstützpunkte in der Region Primorje sowie auf die Vorbereitung der Operation der Kriegsmarine im nordwestlichen Teil des Stillen Ozeans bezögen.

Roosevelt händigt Stalin zwei Protokolle zu diesen Fragen aus und sagt, daß er diese Angelegenheit natürlich als vollkommen geheim betrachte und verspreche, daß man alle Maßnahmen zur Geheimhaltung ergreifen werde.

Roosevelt sagt, daß es außer dieser Frage noch viele andere Dinge gebe, die er, Roosevelt, mit Marschall Stalin erörtern möchte. Insbesondere wäre es vorteilhaft, die Frage nach der künftigen Ordnung in der Welt zu diskutieren. Es wäre wünschenswert, wenn das noch vor der Abfahrt möglich wäre. Roosevelt sagt, es müsse eine solche Organisation geschaffen werden, die wirklich einen dauerhaften Frieden nach dem Kriege sichern würde. Eben deshalb habe er, Roosevelt, während der Moskauer Konferenz auch vorgeschlagen, eine Deklaration der vier Großmächte zu unterzeichnen, in die auch China einbezogen werden solle, das ebenfalls große Bedeutung für die künftige Welt haben werde. Roosevelt fügt hinzu, daß die Diskussion über eine solche Organisation nicht so eilig sei, aber er wäre erfreut, wenn das noch vor der Abreise geschehen könnte.

STALIN bemerkt, daß einer solchen Erörterung nichts im Wege stehe und daß man diese Frage diskutieren könne.

ROOSEVELT sagt, seiner Meinung nach müsse nach Beendigung des Krieges eine Weltorganisation geschaffen werden, die auf den Prinzipien der Vereinten Nationen basiere und die sich nicht mit militärischen Fragen befasse. Sie sollte keine Ähnlichkeit mit dem Völkerbund haben. Sie werde aus 35, vielleicht auch aus 50 Vereinten Nationen bestehen und werde Empfehlungen geben. Eine andere Befugnis als die Erteilung von Empfehlungen sollte diese Organisation nicht haben. Die Sitzungen dieser Organisation sollten nicht an einem bestimmten Ort, sondern an verschiedenen Orten stattfinden. Das wäre sehr wirkungsvoll. Roosevelt führt als Beispiel an, daß die Zusammenkunft der 21 amerikanischen Republiken nie zweimal an ein und demselben Ort stattfinde.

STALIN fragt, ob es hier um eine europäische oder um eine Weltorganisation gehe.

ROOSEVELT antwortet, daß das eine Weltorganisation sein müsse.

STALIN fragt, wer zu dem ausführenden Organ dieser Organisation gehören werde.

ROOSEVELT antwortet, er erinnere sich nicht im einzelnen an die Details, aber er sei der Meinung, dem Exekutivkomitee müßten die UdSSR, Großbritannien, die USA, China, zwei europäische Länder, ein südamerikanisches Land, ein Land des Mittleren Ostens, ein Land Asiens (neben China) und ein britisches Dominion angehören. Roosevelt sagt, daß Churchill mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei, da die Engländer in diesem Falle nur zwei Stimmen — die Stimme Großbritanniens und eines Dominions — haben würden. Roosevelt sagt weiter, daß dieses Exekutivkomitee in nächster Zeit zusammenkommen könnte, besser jedoch nicht in Genf oder an einem anderen spezifischen Ort. Dieses Exekutivkomitee solle sich mit Problemen der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelversorgung und der Wirtschaft sowie mit Fragen des Gesundheitsschutzes befassen. Außer diesem Komitee würde sozusagen ein Polizeikomitee, ein Länderkomitee bestehen, das auf die Wahrung des Friedens achten und keine neue Aggression von seiten Deutschlands und Japans dulden würde. Das wäre das dritte Organ.

STALIN fragt, ob dieses Komitee Beschlüsse fassen würde. Was geschähe, wenn sich ein Land weigern würde, einen von diesem Komitee gefaßten Beschluß durchzuführen?

ROOSEVELT antwortet, in diesem Falle werde das Land, das die Durchführung des Beschlusses verweigert, künftig nicht mehr an den Beschlüssen des Komitees mitwirken können.

STALIN fragt, ob das Exekutivkomitee und das Polizeikomitee einen Teil der Gesamtorganisation bilden oder Einzelorgane darstellen sollten.

ROOSEVELT antwortet, daß das drei Einzelorgane sein würden. Die Gesamtorganisation werde aus 35 Vereinten Nationen bestehen. Das Exekutivkomitee werde, wie er bereits gesagt habe, aus zehn oder elf Ländern bestehen. Dem Polizeikomitee werden insgesamt vier Länder angehören. Roosevelt führt weiter aus, er denke, für den Fall, daß die Gefahr einer Aggression oder irgendeiner Verletzung des Friedens entsteht, brauche man ein solches Organ, das schnell reagieren könne, denn in diesem Fall werde nicht genügend Zeit sein, um diese Frage selbst in einem solchen Organ wie dem Exekutivkomitee zu erörtern.

STALIN bemerkt, das werde folglich ein Organ sein, das Zwangsmaßnahmen ergreift.

ROOSEVELT sagt, er wolle ein Beispiel anführen. Als Italien 1935 ohne Warnung Abessinien überfiel, habe er, Roosevelt, Frankreich und England gebeten, den Suezkanal zu schließen, um Italien die Weiterführung des Krieges unmöglich zu machen. Aber weder England noch Frankreich hätten etwas unternommen, sondern sie hätten diese Frage dem Völkerbund zur Entscheidung übergeben. Dadurch sei es Italien möglich gewesen, die Aggression fortzusetzen. Das Organ, das er, Roosevelt, jetzt vorschlage und das nur vier Länder umfassen solle, werde schnell reagieren und in einem ähnlichen Falle eine rasche Entscheidung über die Schließung des Suezkanals treffen können.

STALIN sagt, das verstehe er.

ROOSEVELT bemerkt, er freue sich sehr, daß er Marschall Stalin mit seinen Überlegungen habe bekannt machen können. Sie seien natürlich noch allgemein und bedürften der detaillierten Ausarbeitung. Er, Roosevelt, wolle Fehler der Vergangenheit vermeiden und sei deshalb der Meinung, daß es nützlich wäre, erstens ein Polizeikomitee zu schaffen, dem vier Länder angehören, zweitens ein Exekutivkomitee zu gründen, das sich mit allen Problemen außer militärischen Fragen befassen wird, drittens ein allgemeines Organ zu bilden, in dem jedes Land so viel, wie es will, sprechen kann und in dem kleine Länder ihre Meinung zum Ausdruck bringen können.

STALIN sagt, er vermute, daß die kleinen Länder in Europa mit einer solchen Organisation nicht zufrieden sein werden. Vielleicht wäre es zweckmäßig, eine europäische Organisation zu schaffen, der drei Länder — die USA, England und Rußland — und vielleicht noch ein europäisches Land angehören sollten. Außerdem sollte eine zweite Organisation gebildet werden, zum Beispiel eine Organisation für den Fernen Osten. Vielleicht wäre das die beste Lösung. Stalin sagt, er halte das vom Präsidenten dargelegte Schema selbst für gut; vielleicht wäre es aber besser, nicht eine, sondern zwei Organisationen, eine europäische und zweitens eine fernöstliche oder vielleicht eine Weltorganisation, zu schaffen. Es wären also entweder eine europäische und eine fernöstliche Organisation oder aber eine europäische und eine Weltorganisation möglich. Stalin sagt, er wolle gern die Meinung des Präsidenten zu dieser Frage hören.

ROOSEVELT sagt, daß dieser Vorschlag in gewissem Grade mit dem Vorschlag Churchills übereinstimme. Der Unterschied bestehe lediglich darin, daß Churchill eine europäische, eine fernöstliche und eine amerikanische Organisation vorgeschlagen habe. Es gehe jedoch darum, daß die USA nicht Mitglied einer europäischen Organisation sein können. Roosevelt sagt, daß nur eine so gewaltige Erschütterung, wie der gegenwärtige Krieg, die Amerikaner zwingen könne, ihre Truppen über den Ozean zu schicken. Wenn Japan 1941 nicht die USA angegriffen hätte, so hätte er, Roosevelt, niemals den Kongreß zwingen können, amerikanische Truppen nach Europa zu entsenden.

STALIN fragt, ob die Amerikaner, falls die von Roosevelt vorgeschlagene Weltorganisation geschaffen würde, Truppen nach Europa schicken müßten.

ROOSEVELT sagt, das sei nicht unbedingt so. Wenn es jedoch notwendig werde, Streitkräfte gegen eine eventuelle Aggression einzusetzen, so könnten die Vereinigten Staaten ihre Flugzeuge und Schiffe zur Verfügung stellen, Truppen müßten jedoch England und Rußland nach Europa bringen. Um Streitkräfte gegen eine Aggression einzusetzen, gebe es zwei Methoden. Wenn die Gefahr einer Revolution oder Aggression oder eine andere Gefahr für den Frieden entstehe, so könne das betroffene Land isoliert werden, um zu verhindern, daß sich der Brand von hier auf andere Territorien ausdehnen könne. Nach der zweiten Methode könnten die vier dem Komitee angehörenden Nationen dem betreffenden Land ein Ultimatum stellen, die den Frieden bedrohenden Aktionen einzustellen, da dieses Land anderenfalls bombardiert oder sogar besetzt werde.

STALIN sagt, daß er, Stalin, während des gestrigen Mittagessens, als Roosevelt bereits gegangen war, mit Churchill eine Unterredung darüber gehabt habe, wie der Frieden in der Zukunft erhalten werden soll. Er müsse sagen, Churchill nehme diese Sache sehr leicht. Er sei der Meinung, daß sich Deutschland nicht so schnell wieder erholen könne. Stalin sagt, daß er dem nicht zustimme. Er nehme an, Deutschland werde schnell wieder aufgebaut sein. Dazu werde es insgesamt 15 bis 20 Jahre benötigen. Wenn Deutschland durch nichts gehindert werde, so glaube Stalin, werde sich Deutschland bald wieder erholt haben. Dafür benötige Deutschland nur wenige Jahre. Der erste große von Deutschland begonnene Krieg im Jahre 1870 endete 1871. Insgesamt 42 Jahre nach diesem Krieg, das heißt 1914, begann Deutschland einen neuen Krieg. Nach wiederum 21 Jahren, das heißt im Jahre 1939, entfachte Deutschland erneut einen Krieg. Die für die Wiederherstellung Deutschlands notwendige Frist verkürzt sich also offensichtlich. Sie wird sich auch weiterhin verkürzen.

Welche Verbote wir Deutschland auch auferlegen, die Deutschen werden eine Möglichkeit finden, diese zu umgehen. Wenn wir den Bau von Flugzeugen verbieten, können wir nicht gleichzeitig die Möbelfabriken schließen, und bekanntlich können Möbelfabriken schnell auf die Produktion von Flugzeugen umgestellt werden. Wenn wir Deutschland verbieten, Granaten und Torpedos zu produzieren, so können wir nicht gleichzeitig die Uhrenfabriken schließen; jede Uhrenfabrik kann aber schnell auf die Produktion der wichtigsten Teile von Granaten und Torpedos umgestellt wer-

den. Deshalb wird sich Deutschland erneut erheben und eine Aggression beginnen können.

Um eine Aggression abzuwenden, werden die vorgesehenen Organe nicht ausreichen. Man muß die Möglichkeit haben, die wichtigsten strategischen Punkte zu besetzen, damit Deutschland sie nicht in seine Hand bekommen kann. Nicht nur in Europa, sondern auch im Fernen Osten müßten diese Punkte besetzt werden, damit auch Japan keine neue Aggression beginnen könne. Das zu schaffende Organ müsse das Recht haben, strategisch wichtige Punkte zu besetzen. Für den Fall, daß von seiten Deutschlands oder Japans eine Aggression drohe, müßten diese Punkte unverzüglich besetzt werden, um Deutschland und Japan einzukreisen und niederzuhalten. Es wäre gut, einen Beschluß zu fassen, daß die zu schaffende Organisation das Recht hat, strategisch wichtige Punkte zu besetzen. Stalin sagt, das seien seine Überlegungen.

ROOSEVELT antwortet, er stimme Marschall Stalin hundertprozentig zu.

STALIN bemerkt, daß in diesem Falle alles gesichert sei.

ROOSEVELT sagt, auch er könne wie Marschall Stalin hart sein. Was Deutschland anbetreffe, so könnten die Deutschen ihre Werke natürlich auf Kriegsproduktion umstellen, in diesem Falle müsse jedoch schnell gehandelt werden, und wenn man entschiedene Maßnahmen treffe, so werde Deutschland nicht genügend Zeit haben, um sich zu bewaffnen. Darauf müsse auch die Kommission der vier Nationen achten, von denen er, Roosevelt, sprach.

STALIN sagt, in Kürze werde das Schwert König Georgs VI. an die Stadt Stalingrad übergeben.

ROOSEVELT sagt, daß er davon wisse. Roosevelt bemerkt, er und Marschall Stalin hätten einen großen Fortschritt in den Verhandlungen erzielt.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Antwort der schwedischen Regierung auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966

Es ist nach Ansicht der schwedischen Regierung die eiligste und dringendste Aufgabe auf dem Gebiet der Abrüstung, weitere Kernwaffenrüstungen einzustellen. Dies kann durch vollständiges Verbot von Versuchen mit Kernwaffen und ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke in Verbindung mit dem Abschluß eines Abkommens über ein wirksames Verbot einer Verbreitung von Kernwaffen in weitere Länder geschehen. Durch die genannten Maßnahmen, ergriffen unter gehöriger internationaler Kontrolle, können weitere Kernwaffenrüstungen verhindert werden.

Aber diese Maßnahmen sind nicht genügend. Die schwedische Regierung ist, wie bekannt, grundsätzlich bereit, Schweden in eine möglichst umfangreiche kernwaffenfreie Zone in Europa, welche Länder in Mitteleuropa und Nordeuropa, die über keine eigenen Kernwaffen verfügen, umfaßt, eintreten zu lassen. Die Idee regionaler kernwaffenfreier Zonen hat in anderen Teilen der Welt bedeutendes Interesse gefunden. Diese Methode würde unter Voraussetzung einer genügenden Teilnahme mit Vorteil auch in Europa angewandt werden können. Die nordische Region ist gegenwärtig in der Praxis kernwaffenfrei. Eine Vereinbarung über eine umfangreiche kernwaffenfreie Zone in Europa würde ohne Zweifel auf die Möglichkeiten, eine Weiterverbreitung von Kernwaffen aufzuhalten, günstig einwirken.

Hier wurden in der Abrüstungsfrage nur die Kernwaffen berührt. Dies darf nicht als eine Unterschätzung der Gefahren, die mit den sog. konventionellen Rüstungen verbunden sind, aufgefaßt werden. Auch diese müssen im Rahmen des Grundsatzes der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte, welcher den Bestrebungen um eine allgemeine und vollständige Abrüstung zugrunde liegt, stufenweise beschränkt und verringert werden. Der Kernwaffenfrage muß jedoch in der Abrüstungsarbeit Priorität eingeräumt werden. Maßnahmen der obengenannten Art sind so wichtig, daß sie nicht Fortschritte bei der Lösung politischer Probleme außerhalb des Abrüstungsgebietes voraussetzen oder abwarten dürfen. Die schwedische Regierung ist im Gegenteil der Ansicht, daß wirksame Maßnahmen, um in erster Linie die Kernwaffenrüstungen zu begrenzen, geeignet wären, die Lösung ausstehender politischer Probleme zu erleichtern.

Zur weiteren Beleuchtung der Haltung der schwedischen Regierung zu der Abrüstungsfrage wird auf folgende hier beigefügte Dokumente hingewiesen:

1. Auszug aus der Regierungserklärung im Reichstag am 23. März 1966;

2. Text der Ausführungen von Frau Botschafter Alva Myrdal im Abrüstungskomitee in Genf am 24. Februar, 10. März und 14. April 1966.

Stockholm, den 18. Mai 1966

Reihe „Argumente zur Zeit" *

1	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Das Problem der Todesstrafe	DM —,50
2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden — Eine politische Betrachtung zur Notstandsgesetzgebung	DM —,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM —,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube — Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM 1,—
6	Dr. Hermann Etzel	Die Stunde Europas	DM —,50
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM 1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM —,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM —,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM 1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM —,75
15	Dr. Anton Reithinger	Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	DM 2,—
16	Felix Rexhausen	Der Linkische auf dem Weg zum Rechts-Staat	DM 1,—
17	Reinhard Opitz	Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"	DM 1,50
19	Prof. Dr. Marcel Reding	Gewerkschaft im freiheitlichen Staat	DM 1,—
20	Prof. Dr. Helmut Gollwitzer	Weshalb ich die Vietnam-Erklärung unterschrieben habe	DM —,50
21	Reinhard Opitz	Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft	DM 1,50
22	Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning	Mitbestimmung	DM 1,50
23	Horst Symanowski	Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz	DM 1,50
24	Prof. Dr. Max Bense	Die Funktion der „intellektuellen Opposition"	DM 1,50
25	Hans Heinz Holz	Intelligenz und Mitbestimmung	DM 1,50
26	Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf	„Politischer Gottesdienst" — Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth	DM 1,50
27	Claudia Wolff	Die Formierer gehen pragmatisch vor	DM 1,50
28	Dr. Achim v. Borries	‚Wohin treibt die Bundesrepublik?' — Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers	DM 1,50
29	Kurt Beutler	Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik	DM 1,50

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM 2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM 1,—
S 8	RA Heinrich Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM 1,—

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Treiben Bundesbehörden strafbaren Verfassungsverrat?

Strafanzeige des Vorstandes der Humanistischen Union wegen Verdachts eines Verbrechens nach § 89 StGB

Beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe erstattete der Vorstand der Humanistischen Union (HU) am 5. 5. 1966 Strafanzeige „gegen Unbekannt" wegen des Verdachts eines Verbrechens nach § 89 StGB („Verfassungsverrat"). Nach dieser Bestimmung wird mit Zuchthaus bestraft, „wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen einen der in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen."

Wie Bundesinnenminister Lücke am 3. 5. 1966 zugab, hat das Bundesinnenministerium geheime Ausnahmegesetze vorbereitet, die im „Notstandsfall" entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder aufgrund alliierter Vollmachten von deutschen Staatsorganen angewandt werden sollen. Diese geheimen „Schubladengesetze" sollen nach bis jetzt unwidersprochenen Pressemeldungen viel weiter gehen als die Notstandsgesetze, die dem Bundestag vorgelegt worden sind. Minister Lücke äußerte zu Pressevertretern: „Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich."

Der HU liegen Informationen vor, die zu dem Verdacht Anlaß geben, es bestehe eine Übereinkunft zwischen Bundesbehörden und den Besatzungsmächten, der Bundesregierung in bestimmten Fällen grundgesetzwidrige Sondervollmachten zuzuspielen, die diese auf legalem Weg durch das Parlament nicht erhalten könnte. Die HU führt in ihrer Strafanzeige einige von der Bundesregierung öffentlich angestrebte Notstandsvollmachten an, die — würden sie auf so außerparlamentarische Weise verwirklicht — den Tatbestand des Verfassungsverrats erfüllten. Da die geheimen „Schubladengesetze" sogar noch viel weiter gehen sollen, ist nach Ansicht der HU die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft dringend geboten.

Der Wortlaut der Strafanzeige der Humanistischen Union

An die
Bundesanwaltschaft
7500 Karlsruhe

Betr.: Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachts eines Verbrechens nach § 89 StGB („Verfassungsverrat")

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt!

Die Monatszeitschrift „Deutsches Panorama" veröffentlichte in Nr. 3/66 auf S. 11 einen Beitrag von Gösta v. Uexküll „Geheimgesetz... etwas außerhalb des Bundestages? Die Schubladen auf!" Eine Kopie dieses Artikels fügen wir bei. Der Autor berichtet in dem Artikel, die Bundesregierung habe Gesetze für den Fall ausgearbeitet, „daß die Alliierten von ihren Rechten im Generalvertrag Gebrauch machen", diese Gesetze „lägen fertig in der Schublade" und gingen viel weiter als die Notstandsgesetze, die dem Bundestag vorgelegt werden müssen. Es wird in dem Beitrag ferner behauptet, die Bundesregierung warte nur darauf, daß die Alliierten mit der Bitte um Zustimmung gem. Art. 5 Abs. 2 des Generalvertrages an sie heranträten, um festzustellen, daß die Umstände die Ausübung der alliierten Vorbehaltsrechte forderten. Es heißt wörtlich:

„Der britische oder amerikanische Botschafter wird im Bundeskanzleramt vorsprechen, man wird sich einigen, daß der Notstandsfall gegeben ist, und die Befugnisse aus dem Generalvertrag auf die Bundesregierung übertragen. Und dann wird mit den Gesetzen aus der Schublade regiert."

Der Artikel im „Deutschen Panorama" erweckt den Eindruck, als bestehe eine ausdrückliche oder stillschweigende Übereinkunft zwischen der Bundesregierung und den Drei Mächten, der Bundesregierung in einem bestimmten Fall durch ein abgekartetes Spiel

(„die Deutschen bitten die Alliierten, ihnen das zu erlauben, was ihnen nach dem Grundgesetz verboten ist") Gesetzesvollmachten zuzuspielen, die sie auf legale Weise nicht erhalten könnte.

Wir bitten Sie daher, sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt, ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt einzuleiten, weil im Falle der Richtigkeit des oben geschilderten Tatbestandes eine Verletzung des § 89 StGB vorläge. Nach dieser Vorschrift wird u. a. bestraft, wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen einen der in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Nach dem zitierten Artikel sollen die angeblich vorhandenen „Schubladengesetze" „viel weiter gehen als die Notstandsgesetze, die der Bundestag beschließen soll". Durch den Entwurf der Bundesregierung von 1962 für eine Notstandsverfassung (Bundesdrucksache IV/891) sollten für den Notstandsfall u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

1. Eine Notstandsgesetzgebung nach Art. 115 c des Entwurfs;

2. die Übertragung der Befugnisse der Bundesregierung auf einen Kabinettsausschuß, dessen Zusammensetzung vom Bundeskanzler bestimmt wird, gem. Art. 115 d des Entwurfs;

3. die Verlängerung der Wahlperiode des Bundestages und der Amtsperiode des Bundespräsidenten gem. Art. 115 g Abs. 3 des Entwurfs.

Da die angeblich vorliegenden „Schubladengesetze" über derartige Bestimmungen weit hinausgehen sollen, muß angenommen werden, daß sich in diesen Gesetzen mindestens gleiche oder ähnliche Bestimmungen finden. Durch die Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments und den Übergang der Gesetzgebungsbefugnis auf ein parlamentarisch nicht verantwortliches Gremium würde das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen (§ 88 Abs. 1 Nr. 1 StGB) beeinträchtigt, das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition und die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung wären gefährdet (§ 88 Abs. 2 Nr. 3 und 4 StGB), Willkürherrschaft wäre nicht auszuschließen (§ 88 Abs. 2 Nr. 6 StGB), wenn derartige oder ähnliche Maßnahmen nicht durch ordentliche Gesetze bestimmt würden, sondern sich auf geheime Vereinbarungen stützten.

Eine Beseitigung der geschützten Verfassungsgüter des § 88 Abs. 2 StGB liegt vor, wenn deren rechtliche Existenz vernichtet ist, sie werden außer Geltung gesetzt, wenn sie faktisch nicht mehr angewandt, also nicht mehr befolgt werden, wozu es genügt, daß ihre Anwendung zeitlich oder örtlich suspendiert ist (Schafheutle, Das Strafrechtsänderungsgesetz, JZ 51, 609, 614). Das Beseitigen und außer Geltung Setzen erfaßt jede Beeinträchtigung der ungehinderten Wirksamkeit dieser Verfassungsgrundsätze als Rechtssätze, sei es auch nur eine zeitweilige. Beseitigt ist ein Rechtssatz, wenn er abgeschafft ist (Leipz. Komm. z. StGB 8, Aufl. Anmerk. 3a zu § 89 StGB).

Ein Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen liegt in ihrem Gebrauch zu anderen als verfassungsmäßigen Zwecken oder zu anderen Zwecken, als denen die Befugnis nach dem Recht, auf dem sie beruht und nach welchem sie ordnungsgemäß ausgeübt wird, dienen soll. Anmaßen von Hoheitsbefugnissen liegt vor, wenn die Befugnisse dem Täter zur Tatzeit oder überhaupt nicht zustehen, er aber so auftritt und handelt, als stünden sie ihm zu (Leipz. Komm. aaO Anmerk. 3bc zu § 89 StGB). Beide Tatbestandsmerkmale könnten hier vorliegen, wenn Beamte oder Organe des Bundes — wie im Artikel des „Deutschen Panorama" angedeutet wurde — der Bundesregierung für einen Notstandsfall Hoheitsrechte übertragen ließen, die ihr auf Grund der deutschen Gesetzgebung nicht zustehen und die das Grundgesetz ausschließt.

Da diese Fragen von grundlegender Bedeutung für die Rechtsstaatlichkeit sind, erscheint eine Überprüfung der vom „Deutschen Panorama" berichteten angeblichen Fakten angezeigt. Wir weisen ergänzend darauf hin, daß der Verdacht strafbarer Handlungen von Bundesbeamten nach § 89 StGB durch einen Bericht der „Frankfurter Rundschau" Nr. 103 vom 4. 5. 1966, Ausgabe 1, noch erheblich verstärkt wird. Dort heißt es unter der Überschrift „Lücke droht Gewerkschaften mit geheimen Notstandsgesetzen" u. a.: „Das Bundesinnenministerium hat geheime Gesetzentwürfe vorbereitet, die in Kraft treten sollen, wenn die Alliierten von ihren Vorbehaltsrechten im Falle eines äußeren Notstandes Gebrauch machen. Ein Sprecher des B.I.M. erklärte am Dienstag in Bonn, diese Gesetze und Verordnungen würden dann entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder auf Grund alliierter Vollmachten von deutschen Stellen angewandt werden. Bundesinnenminister Lücke selbst sagte von den sog. ‚Schubladengesetzen': ‚Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich.' Der Bundesinnenminister drohte, daß im Notstandsfall ‚planmäßig' nach diesen Vorschriften gehandelt werde, sofern der Bundestag die von der Regierung gewünschte Notstandsverfassung ablehnt."

München, den 6. Mai 1966

HUMANISTISCHE UNION e. V.

gez. Rainer Haun
(Geschäftsführer)

Mitglieder des Vorstandes der Humanistischen Union sind:

Vorsitzender: Dr. Gerhard Szczesny — Vorstandsmitglieder: Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer — Dr. Otto Bickel — Prof. Dr. Tobias Brocher — Dr. Klaus Brockhaus — Rechtsanwalt Erwin Fischer — Walter Girsdner — Gerd Hirschauer — Prof. Dr. A. Mitscherlich — Beiratsmitglieder: Rechtsanwalt Dr. J. Augstein — Harri Bading MdB — Peter Blachstein MdB — Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz — Axel Eggebrecht — Prof. Dr. Thomas Ellwein — Oberbürgermeister Dr. L. Engel — Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim — Ruth Andreas Friedrich — Pfarrer Diether Gehrmann — Rabbiner Dr. Robert R. Geis — Prof. Dr. Rudolf Genschel — Prof. Dr. D. D. Helmut Gollwitzer — Pfarrer Günther Heipp — Prof. Dr. Hartmut von Hentig — Rektor Fritz Hermann — Dr. Hedda Heuser — H. M. Hieronimi — Rechtsanwalt Martin Hirsch MdB — Prof. Dr. W. Hochheimer — Dr. Herbert Jäger — Pfarrer Rudolf Kaffka MdB — Georg Kahn-Ackermann MdB — Hermann Kesten — Dr. Hans Kilian — Prof. Dr. Ulrich Klug — Oberkirchenrat DD Kloppenburg — Dr. Lotte Köhler — Prof. Dr. René König — Dr. Oswald Kohut — Bürgermeister Alfons Künstler — Wolfgang Leonhard — Prof. Dr. Werner Maihofer — Prof. Dr. Ludwig Marcuse — Prof. Dr. Heinz Maus — Prof. Dr. Gustav Mensching — Prof. Dr. Armand Mergen Dr. Sigurd Paulsen — Dr. Georg Pick — Else Reventlow — Dr. Juliane Roh — Prof. Dr. Walter Seitz — Prof. Dr. Hans Schaefer — Paul Schallück — Prof. Dr. Karl Schlechta — OLG-Präs. Dr. R. Schmid — Prof. Dr. Ulrich Sonnemann — Prof. Dr. Hermann Wein — Prof. Dr. Wilhelm Weischedel — Rechtsanwalt v. Nes Ziegler MdL — Prof. Dr. Lothar Zotz — Geschäftsführer: Rainer Haun.

Bemerkungen

Dr. Fenna van den Burg, geboren 1925, studierte politische Wissenschaften in Amsterdam und ist heute wissenschaftliche Assistentin am Polemologischen Institut (Kriegswissenschaftlichen Institut) der Universiät Groningen.

Dr. Fritz Köhler, geboren 1925 in Wintersfelde/Pommern, studierte Geschichte in Rostock und Berlin, promovierte in Leipzig zum Dr. phil. und arbeitet zur Zeit an seiner Habilitationsschrift. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Walter Friedrich — Leben und Wirken, Berlin 1963.

Prof. Dr. Wilmont Haacke, geboren 1911 in Monschau/Eifel, ist Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Göttingen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Publizistik — Elemente und Probleme, Essen 1962; Die Zeitschrift — Schrift der Zeit, Essen 1961; Handbuch des Feuilletons, Emsdetten 1951—1953; Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau, Heidelberg 1950; Aspekte und Probleme der Filmkritik, Gütersloh 1963.

Walther Müller-Jentsch, geboren 1935 in Düsseldorf, war nach Absolvierung einer kaufmännischen Lehre mehrere Jahre als Industriekaufmann und Journalist tätig. 1961 bis 63 Besuch des Frankfurter Hessen-Kollegs, seit 1963 Student der Soziologie in Frankfurt. Neben Aufsätzen in politischen Zeitschriften erschienen von ihm Gedichte in der von Peter Hamm herausgegebenen Anthologie „aussichten".

Helmut R. Külz, geboren 1903 in Meerane/Sachsen, ist Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Begründer des Königsteiner Kreises und Vorsitzender der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Berlin. Vater: Dr. Wilhelm Külz 1926—27 Reichsinnenminister.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Waldenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3.–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. t
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forras
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heidan
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Meas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Danil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Dr. Fenna van den Burg, geboren 1925, studierte politische Wissenschaften in Amsterdam und ist heute wissenschaftliche Assistentin am Polemologischen Institut (Kriegswissenschaftlichen Institut) der Universiät Groningen.

Dr. Fritz Köhler, geboren 1925 in Wintersfelde/Pommern, studierte Geschichte in Rostock und Berlin, promovierte in Leipzig zum Dr. phil. und arbeitet zur Zeit an seiner Habilitationsschrift. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Walter Friedrich — Leben und Wirken, Berlin 1963.

Prof. Dr. Wilmont Haacke, geboren 1911 in Monschau/Eifel, ist Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Göttingen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Publizistik — Elemente und Probleme, Essen 1962; Die Zeitschrift — Schrift der Zeit, Essen 1961; Handbuch des Feuilletons, Emsdetten 1951—1953; Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau, Heidelberg 1950; Aspekte und Probleme der Filmkritik, Gütersloh 1963.

Walther Müller-Jentsch, geboren 1935 in Düsseldorf, war nach Absolvierung einer kaufmännischen Lehre mehrere Jahre als Industriekaufmann und Journalist tätig. 1961 bis 63 Besuch des Frankfurter Hessen-Kollegs, seit 1963 Student der Soziologie in Frankfurt. Neben Aufsätzen in politischen Zeitschriften erschienen von ihm Gedichte in der von Peter Hamm herausgegebenen Anthologie „aussichten".

Helmut R. Külz, geboren 1903 in Meerane/Sachsen, ist Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Begründer des Königsteiner Kreises und Vorsitzender der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Berlin. Vater: Dr. Wilhelm Külz 1926—27 Reichsinnenminister.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Waldenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3.–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.